



Tätigkeitsbericht

Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

2023

Impressum

Herausgeber:in, Medieninhaber:in, Verleger:in:
Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Prinz-Eugen-Straße 20–22, 1040 Wien
Offenlegung gem. § 25 MedienG:
siehe wien.arbeiterkammer.at/Impressum

Redaktion: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien
Koordination & Endredaktion: Mag. Bertram Schütz
Grafik: Studio GRUND für Science Communications
Hersteller: Bösmüller Print Management GesmbH & Co. KG
Josef-Sandhofer-Straße 3, 2000 Stockerau

Fotocredits
Wenn nicht anders angegeben AK Wien

Cover	Andreas Pfohl papabogner
S2	Andreas Pfohl papabogner
S5	Hertha Hurnaus
S12	Christopher Glanzl, Erwin Schuh
S13	Julie de Bellaing
S14	Andreas Pfohl papabogner
S29	Julie de Bellaing
S33	Erwin Schuh
S36	Andreas Pfohl papabogner
S53	Yakoone
S70	Andreas Pfohl papabogner
S90	Andreas Pfohl papabogner

Inhalt

→ Die AK Wien im Überblick

04	Die Aufgaben der AK
07	Vorwort
08	Das hat die AK Wien 2023 erreicht
10	Ausgewählte Erfolge auf Bundesebene 2023
12	Highlights 2023

→ Schwerpunkte 2023

16	Energie- und Teuerungskrise
18	Zukunft des Sozialstaats
20	Unsere Vision vom Sozialstaat
22	Pensionen
24	AK Pflegeoffensive
26	Gesundheitspolitik
28	Arbeit im digitalen Wandel
30	Arbeitsmarkt Wien
32	AK und Stadt Wien
34	Erfolge auf EU-Ebene

→ Leistungsübersicht

38	Klimapolitik
40	Arbeits- und Sozialberatung
42	Konsument:innenschutz
44	Aus- und Weiterbildung

46	Gleichstellung von Arbeitnehmer:innen
48	Gesunde Arbeit
50	Service für Arbeitnehmer:innenvertreter:innen
52	Kunst & Kultur
54	Bibliothek & Netzwerk Wissenschaft
56	AK Jugend
58	Kommunikation
60	Aktuelle Publikationen
64	Unterstützte Einrichtungen
66	Finanzbericht 2023

→ Organisation & Selbstverwaltung

72	Die Selbstverwaltung
74	Die Vollversammlung
78	Anträge & Beschlüsse
86	Das AK Wien Büro
88	Die AK Wien wird klimafit

→ Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen

92	Übersicht
93	Wirtschaft
96	Soziales
98	Arbeitsrecht, Rechtsschutz
98	Bildung, Konsument:innen, Wien



#deineStimme macht dich stark

Die AK vertritt deine Rechte.

Die AK Wien im Überblick

- 04 Die Aufgaben der AK
- 07 Vorwort
- 08 Das hat die AK Wien 2023 erreicht
- 10 Ausgewählte Erfolge auf
Bundesebene 2023
- 12 Highlights 2023

Die Aufgaben der AK

Die Arbeiterkammer hat klare Zuständigkeitsbereiche

- Arbeitsrecht und Arbeitnehmer:innenschutz
- Arbeitsmarktpolitik
- Lehrlings- und Jugendschutz
- Sozialversicherungsfragen
- Sozialpolitik
- Steuerpolitik
- Konsument:innenschutz
- Insolvenzschutz
- Frauenpolitik
- Aus- und Weiterbildung
- Wirtschaftspolitik
- Klima- und Umweltschutz
- Kultur
- Grundlagenforschung

Die Arbeiterkammer hat klare gesetzliche Befugnisse

- Die Arbeiterkammer hat das Recht, Gesetzesentwürfe zu begutachten und zu formulieren
- Kontrolle der Schutzeinrichtungen für Arbeiter:innen
- Mitwirkung in zahlreichen Kommissionen und Beiräten (z.B. Lehrlinge, Arbeitsbedingungen, Wettbewerbs- / Arbeitsmarktpolitik, Konsument:innenschutz)
- Recht auf Begutachtung von Verordnungen
- Vorschläge für Laienrichter:innen bei den Arbeits- und Sozialgerichten
- Beisitzer:innen beim Kartellgericht

Die Arbeiterkammer hat einen klaren Serviceauftrag für ihre Mitglieder

- **Beratung** zu allen zuständigen Themengebieten, speziell Arbeits- und Sozialrecht
- **Rechtsvertretung** vor dem Arbeits- und Sozialgericht (in Kooperation mit dem ÖGB)
- **Publikationen**, Broschüren, Studien, Ratgeber, Website und weitere **Informationsmaterialien**
- **Weiterbildung** und **Schulungen**
- **Vertretung** der Arbeitnehmer:innen **gegenüber Regierung und Wirtschaft**
- **Vertretung** der Arbeitnehmer:innen **in der Öffentlichkeit**
- **Interessenvertretung** auf **europäischer Ebene**



Die Arbeiterkammer ist ihren Mitgliedern verpflichtet.

AK Mitglieder sind grundsätzlich alle Arbeitnehmer:innen, auch freie Dienstnehmer:innen und Arbeitslose. Die Arbeiterkammer berät ihre Mitglieder in vielen Belangen. Außerdem vertritt die AK die Arbeitnehmer:innen gegenüber Politik und Wirtschaft, redet bei der Gesetzgebung mit und leistet Grundlagenforschung.

DIE KAMMERN FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE UND DIE BUNDESKAMMER FÜR ARBEITER UND ANGESTELLTE SIND BERUFEN, DIE SOZIALEN, WIRTSCHAFTLICHEN, BERUFLICHEN UND KULTURELLEN INTERESSEN DER ARBEITNEHMER UND ARBEITNEHMERINNEN ZU VERTRETEN UND ZU FÖRDERN.

§ 1 ARBEITERKAMMERGESETZ

Die AK in Ihrer Nähe

Öffnungszeiten AK Wien Zentrale:
Mo – Fr: 08.00 – 16.00 Uhr

Öffnungszeiten Beratungszentren:
Mo – Fr: 08.00 – 14.00 Uhr

1

ARBEITERKAMMER WIEN

Prinz-Eugen-Straße 20–22
1040 Wien

501 65-1341

2

BERATUNGSZENTRUM FLORIDSDORF

Pragerstraße 39
1210 Wien

501 65-16311

Arbeitsrechtliche Fragen,
Mutterschutz und Elternkarenz
Lehrlings- und Jugendschutz

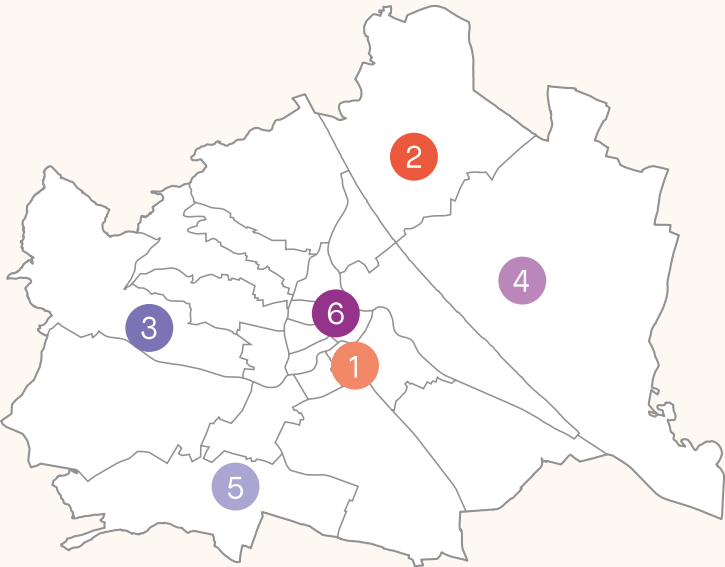
3

BERATUNGSZENTRUM OTTAKRING

Thaliastraße 125 A
Ecke Hettenkofergasse
1160 Wien

501 65-16205

Arbeitsrechtliche Fragen,
Mutterschutz und Elternkarenz



4

BERATUNGSZENTRUM DONAUSTADT

Wagramer Straße 147,
Stiege 3, Top 1
1220 Wien

501 65-1341

Arbeitsrechtliche Fragen,
Mutterschutz und Elternkarenz

5

BERATUNGSZENTRUM LIESING

Liesinger Platz 1
1230 Wien

501 65-16411

Arbeitsrechtliche Fragen,
Mutterschutz und Elternkarenz

6

FAKTORY

Universitätsstraße 9
1010 Wien

501 65-1406

Beratung für berufstätige Studie-
rende und Universitätsbeschäftigte



Silvia Hruška-Frank, Direktorin (links)
Renate Anderl, Präsidentin (rechts)

Unser Weg zum besten Sozialstaat

Die AK Wien hat 2023 das Leben für zahlreiche Menschen besser gemacht: Durch unsere Beratungserfolge sind Hundert-tausende zu ihrem Recht gekommen, durch uns haben viele Menschen Unterstützung bei der Weiterbildung erhalten und durch unsere Services wurden unsere Mitglieder besser über ihre Rechte informiert. Auch unser politisches Engagement im Kampf gegen die Teuerung oder durch Verbesserungsvorschläge für den Sozialstaat hat zu mehr Gerechtigkeit beigetragen.

So muss Sozialstaat

Unser Sozialstaat ist der sichere Boden, auf dem wir alle stehen. Egal ob Kinder und Pensionist:innen, Studierende und Unternehmer:innen, Landwirt:innen und Arbeitnehmer:innen, Menschen, die in Österreich geboren sind, und Menschen, die ihren Geburtsort verlassen haben: Unser Sozialstaat begleitet uns durch alle Lebenslagen. Wir haben in Österreich einen guten Sozialstaat, der aber gestärkt und ausgebaut werden muss. Die Arbeiterkammer hat sich eingehend damit befasst, wie der beste Sozial-staat der Welt aussehen soll. Über ein-einhalb Jahre hinweg haben Menschen

aus verschiedenen Organisationen und Betrieben an der Identifikation von Herausforderungen und der Entwick-lung einer Vision gearbeitet. Der beste Sozialstaat der Welt ist möglich, es sind nur zwei Dinge dafür nötig: eine ausreichende Finanzierung und der politische Wille.

Gerechtigkeit für die Vielen

Der Einsatz für mehr Gerechtigkeit für unsere Mitglieder stand auch 2023 im Mittelpunkt unseres Handelns: Wir haben auf verschiedenen Ebenen gegen die Teuerung gekämpft, konstruktive Vorschläge an die Bundesregierung

geliefert und Druck ausgeübt, um Maßnahmen gegen den Preisanstieg zu erreichen. Wir haben Lücken im Gesundheitssystem und in der Pflege aufgezeigt und unser Pensionssystem verteidigt. Wir haben uns bei Jugend- und bei Gleichstellungsthemen enga-giert und gemeinsam mit den Sozial-partner:innen eine Milliarde Euro mehr für den Ausbau von Kinderbildung und -betreuung gefordert. Im Einsatz für mehr Gerechtigkeit haben wir uns für höhere Steuern für Vermögende und die Schließung von Steuerlücken stark gemacht. Im Kampf gegen die Klima-krise standen wir Seite an Seite mit Klimabündnissen und haben Ideen für einen sozial-ökologischen Umbau mitgetragen.

Gute Arbeit für alle

Auch im Jahr 2023 waren wir als AK Wien wieder der Seismograf für Schief lagen in der Arbeitswelt und bei rechtlichen Standards. Ob unbezahlte Löhne, Über-stunden, die Auflösung von Arbeitsver-hältnissen oder die Vereinbarkeit von Familie und Beruf – wir haben in Wien über 475.000 Mal beraten. Als AK Wien greifen wir die Themen und Anliegen aus der Beratung auf und setzen uns aktiv im Sinne unserer Mitglieder für Verbesserungen in der Arbeitswelt und darüber hinaus ein.

Das hat die AK Wien 2023 erreicht

85,2 Mio. Euro hat die AK Wien durch gerichtliche und außergerichtliche Vertretungserfolge für ihre Mitglieder erstritten

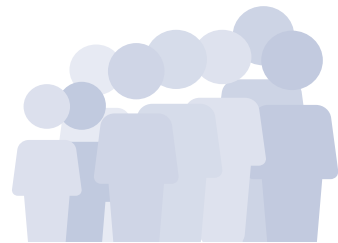
2,5 Mio. Versand und Downloads von Broschüren und Foldern

1.356 AK Mitglieder wurden bei der Initiative „Digi-Winner“ für die Teilnahme an Kursen und Lehrgängen aus dem Bereich Digitalisierung mit bis zu 5.000,- Euro gefördert.

476.141 BERATUNGEN LEISTETE DIE AK WIEN IM JAHR 2023. DER GRÖSSTE TEIL ENTFIEL AUF DEN BEREICH ARBEITS-, SOZIAL- UND INSOLVENZRECHT.

400 beratende Expert:innen der AK Wien aus unterschiedlichen Bereichen halfen den AK Mitgliedern tagtäglich, den Überblick zu bewahren und ihre Rechte geltend zu machen.

1.000.910 Mitgliedern steht die AK Tag für Tag mit Rat und Tat zur Seite.



326

BEGUTACHTUNGEN VON GESETZEN UND VERORDNUNGEN ERSTELLTEN EXPERT:INNEN UND GREMIEN DER AK.

36.606 Eintragungen in das Gesundheitsberuferegister hat die AK Wien seit 2018 positiv erledigt.



5.400 Jugendliche nahmen an 238 Berufsorientierungs- und Bewerbungstrainings der AK Wien teil.



1,1 Mio. Euro wurden durch die Einlösung der Bildungsgutscheine an AK Wien-Mitglieder ausbezahlt.

15.881



gerichtliche und außergerichtliche Vertretungen führte die AK Wien für ihre Mitglieder in den Bereichen Rechtsschutz, Arbeitsrecht, Sozialrecht, Insolvenzrecht und Konsument:innenschutz durch.

6.616

Arbeitnehmer:innen wurden von der AK Wien im Rahmen des Insolvenzrechtsschutzes unterstützt.

1.050

Stellungnahmen der AK Wien führten zu positiven Bescheiden für das erstmalige Ausbilden von Lehrlingen nach §3a Berufsausbildungsgesetz.

465.875

Euro Förderungen hat der AK Digitalfonds für fünf Projekte 2023 bewilligt.

1,5 Mio. Euro an Weiterbildungsförderungen im Rahmen der Initiative „Digi-Winner“

FERNWÄRME

Die AK machte Druck: Die Veröffentlichung von Wärmetarifen in einer Preisdatenbank schafft Transparenz und Vergleichsmöglichkeiten. Ein Verhaltenskodex der Wärmebranche bringt u.a. einen Abschaltverzicht während der kalten Jahreszeit.

900.000

Euro konnten durch eine Rückholaktion der AK für mehr als 20.000 Konsument:innen für zu viel bezahlte Zusatzentgelte zurückgeholt werden.

ALLIANZ MENSCHEN UND KLIMA SCHÜTZEN STATT PROFITE

Die AK hat ein Bündnis zwischen Gewerkschaft und Klimabewegung aufgebaut, das sich für ein klimafittes Arbeitsrecht und mehr öffentliche Investitionen beim Klimaschutz einsetzt.

1,1 Mrd.

Im Positionspapier zum Finanzausgleich forderte die AK mehr Geld für den Ausbau der Kinderbetreuung, den sozialen Wohnbau und Klimaschutzinvestitionen. In diesen Bereichen gibt es nun ab 2024 mind. 1,1 Mrd. Euro zusätzlich pro Jahr.

KAMPAGNE „UNSERE BAHNEN“ ERFOLGREICH

Gemeinsam mit der Gewerkschaft vida konnte eine weitere EU-Liberalisierung verhindert und der Druck für einen umfassenden Ausbau der Bahn für Fahrgäste, Klima und Beschäftigte erhöht werden.

SAUBERER ZUGANG ZU WASSER

Die AK gestaltete den „EU Blue Deal – Wasserwirtschaft in der Klimakrise“ maßgeblich mit. Der Zugang zu sauberem und leistbarem Wasser konnte verankert werden.

ELEMENTARPÄDAGOGIK GESTÄRKT



Das Versprechen der Bundesregierung, 4,5 Milliarden Euro in den Ausbau der Elementarpädagogik zu investieren, ist ein Erfolg der sozialpartnerschaftlichen Initiative.



3,6 Mio. Aufrufe des AK Youtube Channels

31 Mio.

Euro an offenen Energierechnungen wurden von der öffentlichen Hand nach Forderungen der AK übernommen, indem die Regierung einen Wohnschirm für Haushalte mit Zahlungsschwierigkeiten eingerichtet hat. Davon profitierten rund 16.000 Haushalte.

MIT DER GLOBALEN MINDESTSTEUER VON 15 PROZENT FÜR GROSS-KONZERNE WURDE 2023 EINE JAHRELANGE AK FORDERUNG IN ÖSTERREICH ENDLICH UMGESETZT.

ABGASSKANDAL DIESEL-PKW

800.000 Autos sind in Österreich abgasmanipuliert verkauft worden und noch immer unterwegs. Dank einer AK Studie erfuhr die Öffentlichkeit das volle Schadensausmaß für Konsument:innen und Umwelt.

1,9 Mio. Reichweite auf Instagram mit 47.000 Interaktionen und 17.000 Follower:innen

4,5 MIO. IMPRESSIONS AUF X (FRÜHER TWITTER) UND 16.350 FOLLO-WER:INNEN

BILLIGERE ERSATZTEILE

Die AK hat auf EU-Ebene erreicht, dass für Konsument:innen bei der Autoreparatur neben teuren Originalersatzteilen auch billigere Nachbauteile erhältlich sein müssen.

MIT EINER GEMEINSAMEN KAMPAGNE VON ARBEITERKAMMER UND ÖGB ZUR UMGESTALTUNG DER PENDLERPAUSCHALE WURDE DRUCK GEMACHT, DASS DER FREIBETRAG ZU EINEM ABSETZBETRAG UMGESTALTET WIRD.

2 Mrd.

Euro an Energiekostenentlastungen wurden im Jahr 2023 für die Haushalte erreicht: Durch eine Senkung der Energieabgaben, die Stromkostenbremse und Hilfen für vulnerable Haushalte.



20,6 Mio. Besuche aller AK Online-Angebote davon 17 Mio. Besuche der AK Online Rechner



EURO ENTLASTUNG BEI DEN STROM-NETZKOSTEN KONNTE DIE AK 2023 DURCHSETZEN. DAMIT KONNTE EIN TEIL DER BELASTUNGEN ABGEFEDERT WERDEN.

675 Mio.

SOZIALER UND ÖKOLOGISCHER UMBAU

Die Fördergeldvergabe in Österreich wurde nach Forderungen der AK nun an Auflagen geknüpft: Zukünftig müssen Betriebsräte eingebunden und verpflichtende Pläne zu Arbeitsplätzen, Qualifizierungs- und Weiterbildungskonzepten erstellt werden.

KALTE PROGRESSION

Mehr als die Hälfte der Forderungen von AK und ÖGB wurden in der Verteilung des sogenannten „dritten Drittels“ von der Regierung berücksichtigt. Dadurch wurden vor allem Bezieher:innen unterer und mittlerer Einkommen entlastet, da gerade sie die Teuerung am meisten spüren.

Highlights 2023



2023



→ **10. Jänner** ¹
Kinderbetreuungsgipfel der Sozialpartner:innen in der Wiener Hofburg.

→ **12. Jänner**
Wiener Stadtgespräch mit Annika Brockschmidt zum Thema „Amerikas Gotteskrieger“.

→ **18. Jänner**
Präsentation der Studie zu nachhaltigem Modekonsum mit Greenpeace.

→ **19. Jänner**
Präsentation der AK Online-Umfrage zum Thema „Krank arbeiten“.

→ **26. Jänner**
Pressekonferenz mit der Volkshilfe zum Thema „Wohnen darf kein Luxus sein“.

→ **Jänner bis Dezember**
Vier AK Klimadialoge zur gerechten Gestaltung des sozialen und ökologischen Umbaus.

→ **2. Februar**
Präsentation der Digitalisierungssorgen der Beschäftigten.

→ **7. Februar**
Pressekonferenz: Die AK fordert einen Mietpreisdeckel.

→ **21. Februar**
Pressekonferenz zur Zukunft der Sicherung der Hebammenbetreuung.

→ **6. März**
Vorstellung einer SORA-Studie zu Frauen und Jobsuche.

→ **21. März** ²
Wiener Stadtgespräch mit Marc Elsberg zum Thema „Wer kontrolliert das Klima?“.

→ **28. März** ³
Eröffnung der FAKTory, einem neuen Standort für berufstätige Studierende von AK und ÖGB.

→ **14. April**
AK Präsidentin Renate Anderl präsentiert eine Umfrage zu gesunder Vollzeit.

→ **19. April bis 21. April**
Erste Akademie für sozialen und ökologischen Umbau.

→ **1. Mai bis 19. Oktober** ⁴
AK|ÖGB Infotour: Roadshow durch Wien mit Fokus auf Beratung und Services.

→ **9. Mai**
Die AK deckt brutale Ausbeutungsfälle bei Burger King & Co auf.



→ **30. Mai**
Das Nachhilfe-Barometer belegt, wie teuer Nachhilfe geworden ist.

→ **14. Juni**
Wiener Stadtgespräch mit Tupoka Ogette zum Thema „Rassismuskritisch denken“.

→ **15. Juni**
Ergebnisse einer Wifo-Studie zu den Effekten von geänderten Arbeitszeiten.

→ **15. Juni**
Präsentation der Studie zum „Klimaschutz – Potenzial öffentlicher Investitionen“.

→ **27. Juni**
Lucas Chancel, Co-Direktor des World Inequality Lab, referierte zu Ungleichheit und Klimakrise.

→ **29. Juni**
Vorstellung des neuen Ausbildungsprogramms Öko-Booster.

→ **Juli 2023** ⁵
Summer in the City: Kostenlose Veranstaltungsreihe in ganz Wien.

→ **7. Juli**
Präsentation der Ergebnisse des Strukturwandelbarometers.

→ **10. September**
Mehr als 400 Besucher:innen nehmen am „Open House“ der AK Wien teil.

→ **26. September**
Pressekonferenz zum Thema „Lieferketten“.

→ **3. Oktober**
Der AK Wohlstandsbericht zeigt Rückschritte in Österreich.

→ **6. und 7. Oktober** ⁶
Internationale Jungökonom:innenkonferenz YEC.

→ **17. Oktober**
Wiener Stadtgespräch mit Silke Müller zum Thema „Wir verlieren unsere Kinder!“.

→ **8. November bis 11. November**
Elfte L14 – AK Bildungs- und Berufsinfomesse.

→ **15. November**
Pressekonferenz und Sozialstaatsgipfel zur Sozialstaats-Abschlusswoche.

→ **22. November** ⁷
Veranstaltung zum Abschluss der AK Digitalisierungsoffensive.

→ **12. Dezember**
Wiener Stadtgespräch mit Daniel Kehlmann über sein neues Buch „Lichtspiel“.

→ **13. Dezember**
Pressekonferenz zu den Firmeninsolvenzen von Martin Ho.



Schwerpunkte 2023

**#deineStimme
fordert Respekt für
alle Pflegeberufe**

Die AK vertritt deine Rechte.

- 16 Energie- und Teuerungskrise
- 18 Zukunft des Sozialstaats
- 20 Unsere Vision vom Sozialstaat
- 22 Pensionen
- 24 AK Pflegeoffensive
- 26 Gesundheitspolitik
- 28 Arbeit im digitalen Wandel
- 30 Arbeitsmarkt Wien
- 32 AK und Stadt Wien
- 34 Erfolge auf EU-Ebene

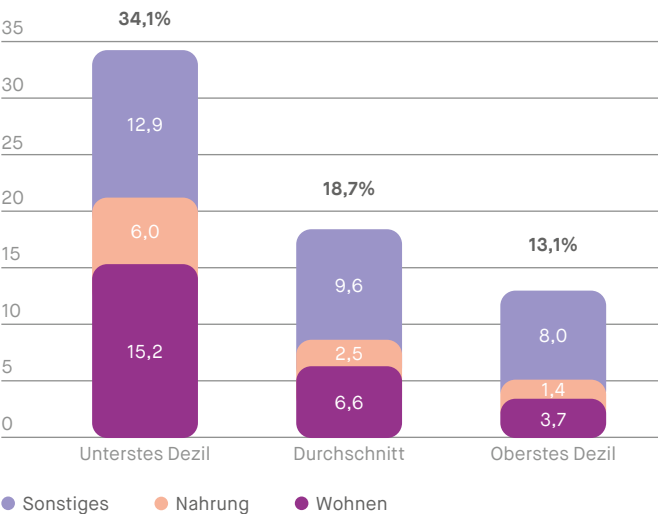
Energie- und Teuerungskrise bewältigen

Die Inflationsrate erreichte Anfang des Jahres 2023 mit 11,2 Prozent den höchsten Wert seit 70 Jahren. Auch der Jahresdurchschnitt war mit 7,8 Prozent rekordverdächtig. Die AK setzte sich 2023 für weitere preisdämpfende Maßnahmen bei Grundbedürfnissen wie Wohnen und Energie ein und unterstützte die Gewerkschaften in den Kollektivvertragsverhandlungen. Angespant bleibt die finanzielle Situation für all jene, deren Einkommen nicht stiegen. Eine Erhöhung von Arbeitslosengeld und Notstandshilfe ist nach wie vor dringend notwendig.

Kollektivvertragsabschlüsse sorgen für Ausgleich

Die kollektivvertraglichen Lohn- und Gehaltsverhandlungen sind das wichtigste Instrument zur dauerhaften Sicherung der Kaufkraft und zur Beteiligung der Beschäftigten am Produktivitätsfortschritt. Die AK unterstützt die Gewerkschaften dabei mit Informationen und Analysen. Trotz Wirtschaftsabschwung und hoher Inflation gelang es den Gewerkschaften, in nahezu allen Kollektivverträgen der Herbstlohnrunde 2023 einen Abschluss nahe oder sogar über der rollierenden Inflationsrate zu erreichen.

INFLATION TRIFFT HAUSHALTE MIT GERINGEREM EINKOMMEN STÄRKER



Quelle: Konsumerhebung 2019/20, Statistik Austria, eigene Berechnungen.

← Hypothetische Belastung durch inflationsbedingte Mehrausgaben Dez. 2023 (gegenüber Dez. 2020, in % des damaligen Haushaltseinkommens)

Preisdämpfende Maßnahmen setzen

Aufgrund der zaghaften Maßnahmen der Bundesregierung stieg im Jahr 2023 der Inflationsabstand Österreichs zum gesamten Euroraum auf ein Rekordniveau. AK und ÖGB zeigten regelmäßig die Folgen des Nichthandelns auf und schlugen konkrete Forderungen für preisdämpfende Maßnahmen vor. Neben den sozialen Verwerfungen sind es vor allem die langfristigen Nachteile, die für Österreichs Wirtschaft entstehen können, wenn das allgemeine Preisniveau stetig schneller wächst als in anderen europäischen Ländern.

Leistbares Wohnen für alle

Wohnen stellt für alle Menschen ein zentrales Grundbedürfnis dar. Österreichs Mieter:innen waren in den letzten beiden Jahren mit einem enormen Anstieg der Mietpreise konfrontiert, die in Extremfällen innerhalb von 15 Monaten zu vier Mietpreiserhöhungen im Ausmaß von insgesamt 23 Prozent geführt haben. Während die Mieten in Österreich um durchschnittlich 7,5 Prozent stiegen, waren es im Euroraum lediglich 2,6 Prozent. Die AK fordert eine Begrenzung der Mietpreissteigerungen auf maximal zwei Prozent.

” Wir fordern eine echte Mietpreisbremse, ein Energie-Paket und ein Preisgesetz mit Biss.

AK PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

Mehr Transparenz für günstige Lebensmittel

Die Bundeswettbewerbsbehörde hat u.a. auf Drängen der AK eine Untersuchung im Lebensmittelbereich vorgenommen, um zu klären, wer von den Preissteigerungen profitiert. Der Endbericht der BWB bestätigte einen von der AK immer wieder aufgezeigten Österreich-Aufschlag für idente Markenprodukte gegenüber Deutschland. Die AK hat die EU-Kommission aufgefordert, umgehend tätig zu werden, um den „Österreich-Aufschlag“ endlich abzuschaffen.

Strompreisbremse unzureichend

Die Preise für Haushaltsenergie sind in Österreich um ein Fünftel im Jahresvergleich gestiegen. Die Strompreisbremse konnte zwar das Preisniveau gegenüber dem Jahr 2022 um knapp fünf Prozent senken, dennoch fehlt eine Beweislastumkehr bei Preiserhöhungen. Das führte zu Mitnahmeeffekten und der preisliche Wettbewerb der Anbieter wurde gehemmt. Keine Maßnahmen wurden für Raumwärme ergriffen: Erdgas- und Fernwärmepreise sind 2023 um fast 60 Prozent gestiegen, Österreich ist damit EU-weit im Spitzenfeld.

Das fordert die AK

- **Preisgesetz mit Biss**
Die AK verlangt, dass eine Anti-teuerungskommission mit wirk-samen Befugnissen laufend Preismonitoring betreibt und ein neues Preisgesetz verab-schiedet wird.
- **Stopp der Miet-Preis-Spirale**
Bis zur längst überfälligen Miet-rechtsreform sollen die Mieten nicht öfter als einmal im Jahr und nur um maximal zwei Prozent erhöht werden dürfen – auch rückwirkend für 2022 und 2023.
- **Stabile Energiepreise schaffen**
Die AK fordert eine gesetzliche Regelung für eine Stromkosten-bremse im Krisenfall und ein Sonderkündigungsrecht von Ver-trägen bei zu hohen Preisen.
- **Preisbremse auch beim Heizen**
Die Rechte von Wärmekund:innen müssen ausgebaut und in einem eigenen Wärmewirtschaftsgesetz umfänglich geregelt werden.
- **Energie-Grundversorgung**
Gesetzliche Regelung einer allge-meinen Energie-Grundversorgung für alle sowie eines besonderen Schutzes für einkommensschwache Haushalte.
- **Abschöpfung der Übergewinne**
Eine Abschöpfung der Überge-winne nach dem Modell von AK und ÖGB.
- **Abschaffung des Österreich-Aufschlages**
Die AK fordert eine umfassende Preistransparenzdatenbank und eine Verschärfung des Wett-bewerbsrechts nach deutschem Vorbild.

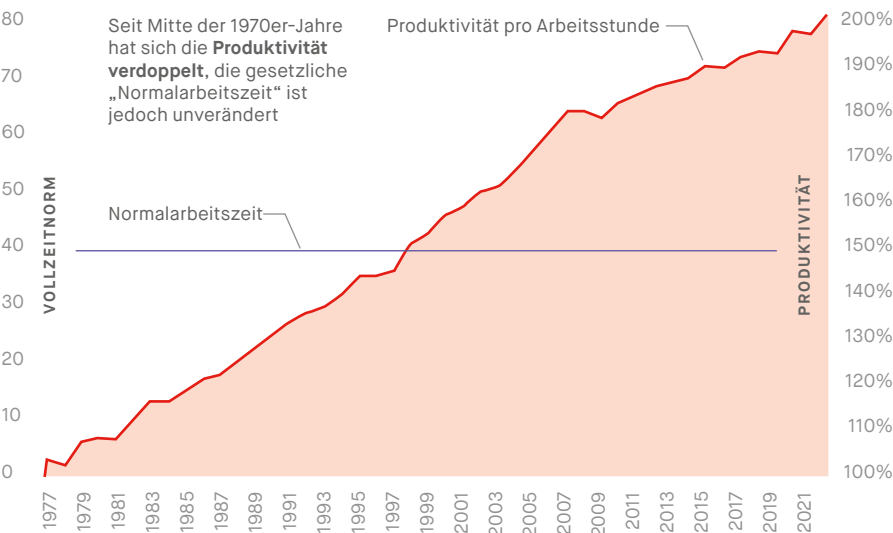
Recht auf Respekt und Sicherheit

Die Menschen in Österreich leisten extrem viel. Seit den 1970er-Jahren hat sich die Produktivität pro Arbeitsstunde verdoppelt – damit ist der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten enorm gestiegen, während Österreich bei den gesunden Lebensjahren EU-Schlusslicht ist. Die Teuerung macht das Leben für viele nur mehr schwer leistbar. Auch die Folgen der Klimakrise werden für Beschäftigte immer spürbarer. Die AK Wien hat 2023 deshalb zahlreiche Vorschläge eingebracht, die mehr Respekt für die Arbeitnehmer:innen bedeuten. Gleichzeitig konnten für jene, die am Ende ihres Arbeitslebens stehen, massive Nachteile verhindert werden.

Zeit für eine gesunde Vollzeit

Die Produktivität pro Arbeitsstunde hat sich in Österreich in den letzten 50 Jahren verdoppelt. Dadurch ist auch der Arbeitsdruck auf die Beschäftigten enorm gestiegen. Denn die gesetzliche Arbeitszeit ist unverändert geblieben, obwohl Konzerne immer größere Gewinne erzielen. Die AK Wien hat vielfach thematisiert, dass es höchste Zeit für eine neue, gesunde Vollzeit ist. Diese liegt laut AK Studien zwischen 30 und 35 Stunden und wird auch von den Beschäftigten gewünscht. Erfolgreiche Betriebsbeispiele zeigen, dass das auch in der Praxis funktioniert.

ENTWICKLUNG PRODUKTIVITÄT PRO ARBEITSSTUNDE* UND DER GESETZLICHEN ARBEITSZEIT SEIT 1977



*bis 1994: Arbeitsproduktivität pro Kopf; Quelle: ESG 2008/2010, eig. Darstellung

Das fordert die AK

- Eine neue, gesunde Vollzeit, die der modernen Arbeitswelt entspricht.
- Ein klimafittes Arbeitsrecht.
- Anhebung von Arbeitslosengeld, „Mindestpension“ und Sozialhilfe auf ein armutssicherndes Niveau.
- Kinderarmut beseitigen.
- Vermehrte betriebliche Kontrollen und eine ausreichende Ausstattung der Arbeitsinspektorate.
- Eine Stärkung der Kontroll- und Mitwirkungsbefugnisse der Betriebsrät:innen.
- Maßnahmen gegen „Wander-Geschäftsführer“.
- Wirksame Sanktionen bei arbeitsrechtlichen Verstößen.
- Wiedereinführung des Kumulationsprinzips und unverzügliche Umsetzung der EU-Transparenz-Richtlinie.
- Beschränkung von Subunternehmerketten und Haftung der Erstauftragsgeber:in.
- Nachhaltige Finanzierung des Sozialstaates statt Kürzung der Sozialstaatsbeiträge.
- Sanktionen für Arbeitgeber:innen, die Betriebsratswahlen zu behindern versuchen.

(Kinder-)Armut bekämpfen

Die Teuerung im Jahr 2023 hat jene Familien getroffen, wo es schon bisher knapp war. Haushalte aus dem untersten Einkommensfünftel geben mehr als die Hälfte ihres Einkommens für Wohnen, Energie und Verkehr aus. Die AK Wien hat sich massiv für höhere Arbeitslosenleistungen, eine bessere Sozialhilfe und die nachhaltige Bekämpfung von Kinderarmut durch bessere Bildungschancen und Zugang zu hochwertigen Unterstützungsangeboten eingesetzt. Bei den Pensionen konnten massive Nachteile aufgrund der Teuerung für Hunderttausende Menschen verhindert werden.



Die AK hat die Herausforderungen des Sozialstaates identifiziert und daraus Visionen für eine solidarische Gesellschaft entwickelt.

Lohn- und Sozialdumping bekämpfen

Zu den Kehrseiten der Personenfreizügigkeit im EU-Binnenmarkt gehört, dass dadurch Lohndumping begünstigt wird. Österreich ist davon besonders betroffen. AK und Gewerkschaft konnten im Jahr 2023 unfaire slowenische Entsende-Klauseln erfolgreich bekämpfen. Auch bei der Umsetzung der Hinweisgeberrichtlinie wurden massive Mängel aufgezeigt. Die AK steht dazu im laufenden Austausch mit der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA). Weiters wurde öffentlich thematisiert, dass mit der Kürzung von „Lohnnebenkosten“ dem Staat wichtige Sozialstaatsbeiträge entgehen.

Mitbestimmung stärken

Unternehmen mit einem Betriebsrat haben größeren wirtschaftlichen Erfolg, eine höhere Produktivität und ein besseres Arbeitsklima. In einer Studie zur Mitbestimmung 2023 wurden Vorteile des Betriebsrates und auch anstehende Herausforderungen beleuchtet. Gerade bei den sensiblen Themen Datenschutz und KI braucht es eine Weiterentwicklung der Mitbestimmung. Gleichzeitig benötigen Betriebsrät:innen auch großzügigere Freistellungen. Arbeiterkammer und Gewerkschaft erarbeiten dazu unter Einbindung von Wissenschaft und Lehre gerade essenzielle Lösungen.

So muss Sozialstaat!

Die Arbeiterkammer hat sich eineinhalb Jahre intensiv damit befasst, wie der beste Sozialstaat der Welt für alle, die hier leben, aussehen kann. Gemeinsam mit Expert:innen aus Wissenschaft und Forschung haben wir eine Vision für den besten Sozialstaat entwickelt. Diese Vision haben wir Ende des Jahres der Bundesregierung präsentiert. In unserer Rolle als größte Interessenvertretung des Landes und als verantwortungsvolle Sozialpartnerin sind wir jederzeit bereit, an den nötigen Verbesserungen mitzuwirken.

- 5 %**
besitzen mehr als die Hälfte des Vermögens
- 80 %**
tragen Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen zum Staatshaushalt bei
- 75.000**
Pflegekräfte werden bis 2030 zusätzlich gebraucht

Wir wollen den besten Sozialstaat für alle

Wir wollen den besten Sozialstaat der Welt für alle, die hier leben. Alle profitieren vom Sozialstaat. Er begleitet uns durch alle Lebenslagen – von Geburt an über Kindergarten, Schule und Ausbildung, durch unser Arbeitsleben bis in die Pension. Unser Sozialstaat ist der sichere Boden, auf dem wir stehen. Er ist das Fundament, auf dem unsere Gesellschaft aufgebaut ist. Der beste Sozialstaat ist möglich, dafür sind nur zwei Dinge nötig: ausreichende Finanzierung und der politische Wille.

- 42 %**
sind Frauenpensionen niedriger als jene der Männer (2021)
- 22 %**
der Menschen in Österreich werden durch ihre Wohnkosten mittlerweile schwer belastet
- 76.000**
Menschen über 50 Jahre suchen Arbeit

Unsere Vision einer gerechten Gesellschaft

Das muss keine Utopie bleiben. Wir wissen, was zu tun ist. Der Sozialstaat begleitet uns durch alle Lebenslagen und hilft uns in Notlagen – bei Krankheit, Arbeitslosigkeit, Armut oder Problemen im Berufsleben. Wir haben in vielen Bereichen die Herausforderungen identifiziert und Visionen entwickelt, wie wir die Arbeits- und Lebensbedingungen unserer Mitglieder verbessern und uns eine solidarische Gesellschaft vorstellen. Wenn wir das viele Vermögen in Österreich besser verteilen, können wir die sozialstaatlichen Leistungen gut und dauerhaft absichern.

- 1,3 Mio.**
Menschen sind von Armut bedroht
- 1,5 Mio.**
Arbeitnehmer:innen können sich nicht vorstellen, bis zur Pension im aktuellen Job zu bleiben
- 139.000**
Menschen arbeiten unfreiwillig in Teilzeit

Der Sozialstaat ist der sichere Boden, auf dem wir alle stehen. Er ist das Fundament, das die Gesellschaft zusammenhält.

AK PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

Im besten Sozialstaat der Welt ...

VERTEILUNG
... tragen die Reichen mehr als bisher zur Finanzierung bei und alle Menschen haben die gleichen Chancen, unabhängig davon, in welche Familie sie geboren werden.

DEMOKRATIE UND MITBESTIMMUNG
... haben alle Menschen, die hier leben und arbeiten, eine Stimme und können mitbestimmen und mitgestalten.

BILDUNG
... ist Schule nicht von den finanziellen Möglichkeiten und den Ressourcen der Eltern abhängig, sondern ein guter Ort für Kinder, Jugendliche, Lehrer:innen und Eltern – ein Ort, an den man gerne geht und wo man eine gute Lernumgebung bzw. einen guten Arbeitsplatz und gute Arbeitsbedingungen hat.

GESUNDHEIT
... gibt es ein Gesundheitssystem, in dem alle Menschen die beste Versorgung erhalten – und zwar unabhängig von ihrem Geldbörse.

PFLEGE
... sorgt eine Ausbildungsoffensive dafür, dass es in der Pflege ausreichend Personal gibt, das verbessert die Arbeitsbedingungen, nutzt den Patient:innen und entlastet die pflegenden Angehörigen – in aller Regel Frauen.

GLEICHSTELLUNG
... gibt es keinen Gender Pay Gap mehr und Care-Arbeit ist gerecht verteilt. Qualitativ hochwertige Kinderbildungs- und Pflegeeinrichtungen sind überall verfügbar, ganztägig geöffnet und kostenlos – denn im besten Sozialstaat der Welt haben Eltern und insbesondere Frauen echte Wahlfreiheit.

WOHNEN
... ist Wohnen ein Grundrecht und kein Luxus. Wohnraum muss ausschließlich fürs Wohnen da sein und nicht für Spekulation. Ein modernes Mietrecht sorgt dafür, dass Wohnen für alle Menschen leistbar bleibt.

PENSIONEN
... haben alle gesunde Arbeitsplätze, aus denen sie am Ende ihres Erwerbslebens in eine Pension gehen, von der sie gut leben können.

KLIMA
... ist Klimapolitik sozial gerecht gestaltet und Reiche leisten einen gerechten Beitrag zur Bekämpfung der Klimakrise.

ARBEITSMARKT
... sorgt Arbeitsmarktpolitik für die nötigen Qualifikationen für Arbeitssuchende und unterstützt Menschen mit besonderem Bedarf.

GUTE ARBEIT
... arbeitet man gerne, die Arbeit macht nicht krank, man bekommt Anerkennung, kann sich weiterentwickeln und gesund in Pension gehen.

ARMUT
... gibt es keine Armut, sondern die Sicherheit, nicht abzustürzen – egal, was das Leben bringt. Der beste Sozialstaat ist der sichere Boden, auf dem wir alle stehen.

Die Arbeiterkammer sichert die Pensionen

Österreich hat im internationalen Vergleich eines der besten Pensionssysteme. Trotz der demografischen Herausforderung sind gute Pensionen für die Jungen gewährleistet, auch, weil die AK im Jahr 2023 einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung unseres Pensionssystem geleistet hat. Die extrem hohe Inflation in den Jahren 2022 und 2023 hätte zu großen Pensionsverlusten bei den Neuzugängen geführt. Die AK hat federführend daran mitgewirkt, Kürzungen durch ein Aussetzen der Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung zu verhindern und eine Schutzklausel für Pensionsantritte 2024 einzuführen.

200.000
Frauen würden gerne ihre Arbeitszeit erhöhen. Voraussetzung dafür ist, dass ausreichend Kinderbetreuungsplätze zur Verfügung stehen.

1/3
der 350.000 arbeitslosen Menschen verfügt nur über einen Pflichtschulabschluss.

Aussetzen der Pensionsaliquotierung

Die Aliquotierung der ersten Pensionsanpassung bedeutet, dass nur jene Anspruchsberechtigten, die im Jänner in Pension gehen, im Folgejahr die volle Pensionsanpassung erhalten. Mit jedem Kalendermonat später wird die Pensionsanpassung um zehn Prozent gekürzt. Die Stichtage November und Dezember erhalten im Folgejahr gar keine Anpassung. Dies führt zu einer unsachlichen Pensionskürzung. Gemeinsam mit dem ÖGB ist es gelungen, ein Aussetzen der Aliquotierung der Anpassung für die Jahre 2024 und 2025 durchzusetzen und damit enorme Pensionsverluste zu verhindern.

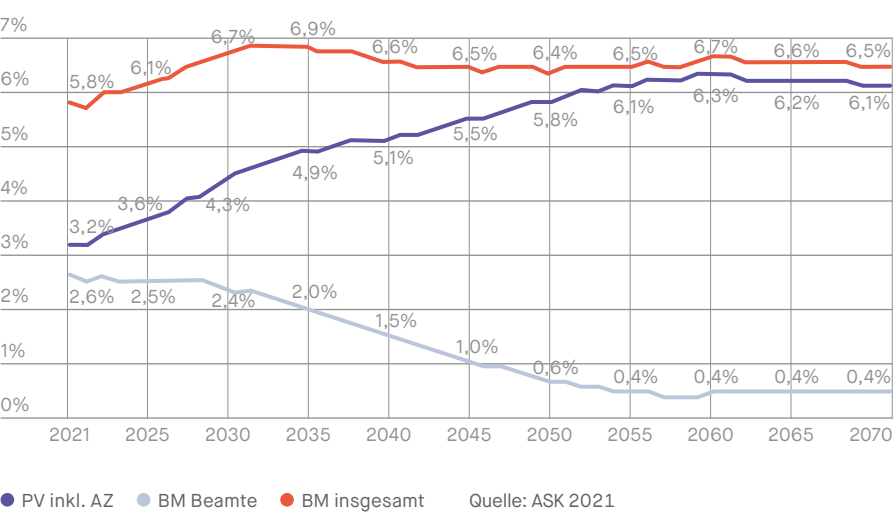
Einführung einer Schutzklausel

Die Gutschrift auf dem Pensionskonto ist mit der Lohnentwicklung durch den Aufwertungsfaktor jährlich wertgesichert. Dieser Aufwertungsfaktor bestimmt sich durch einen Vergleich der Einkommensentwicklung zwischen dem dritt- und dem zweitvorangegangenen Kalenderjahr. Das bedeutet, dass die hohen Lohnabschlüsse aufgrund der hohen Inflation erst mit dem Aufwertungsfaktor 2025 berücksichtigt werden. Für die Neupensionen 2024 konnte eine Schutzklausel von 6,2 Prozent erreicht werden. Fast alle Pensionen, die 2024 angetreten werden, erhalten nun diesen Erhöhungsbetrag.

Gutachten der Alterssicherungskommission (ASK)

Von der ASK werden jährlich Mittelfristprognosen erstellt. Im Dreijahresabstand erfolgen Langfristberechnungen und Berichte der Europäischen Kommission („Ageing Report“) zur voraussichtlichen Entwicklung des öffentlichen Pensionssystems. In der zu pessimistischen Mittelfristprognose von 2023 blieben die Bundesmittel deutlich unter den Referenzwerten des Langfristgutachtens. Sämtliche Langfristberechnungen zeigen, dass der Pensionsaufwand ebenso wie die Bundesmittel langfristig nur sehr moderat steigen. Die aktuellen Prognosen liegen dagegen im Rahmen.

BUNDESMITTEL FÜR PENSIONSVERSICHERUNG
INKL. AUSGLEICHSZULAGEN NACH LANGFRISTGUTACHTEN
DER ALTERSSICHERUNGSKOMMISSION (ASK)



200.000
Frauen müssen länger am Arbeitsmarkt bleiben. Grund dafür ist die Anhebung des Pensionsantrittsalters von 60 auf 65 Jahre.

150.000
Menschen stehen zusätzlich zwischen 60 und 64 als Arbeitskraft zur Verfügung, wenn die Beschäftigungsquote gleich hoch ist wie bei 55 bis 59 Jährigen.

„Welchen Sinn hat eine Anhebung des Pensionsalters auf 67, wenn fast eine Million Menschen jünger als 65 nicht oder nicht voll in Beschäftigung stehen?“

AK PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

Pensionsalter mit 67: Der falsche Weg

Österreich hat auf die demografische Herausforderung längst mit Reformen reagiert. Die Pensionsharmonisierung unter Einbeziehung der Beamt:innen leistet dazu einen wesentlichen Beitrag. Das Leistungsniveau wird im Großen und Ganzen gehalten, es kann aber erst verzögert in Anspruch genommen werden. Auch die Reform der Invaliditätspensionen hat die Neuzugänge um fast 50 Prozent verringert. Der aktuelle Rechnungshofbericht bescheinigt unserem Pensionssystem, langfristig die Alterssicherung zu gewährleisten, wenn das faktische Pensionsalter weiter angehoben wird.

Das fordert die AK

- Die Anhebung des faktischen Pensionsalters erfordert eine intelligente Beschäftigungspolitik.
- Wir müssen Rahmenbedingungen für längeres Arbeiten schaffen. Hier sind vor allem auch die Arbeitgeber:innen gefordert – die Arbeitsbedingungen sind entscheidend.
- Für Unternehmen soll ein Bonus-/Malus-System eingeführt werden, um Anreize zu schaffen, ältere Arbeitnehmer:innen zu beschäftigen.
- Kinderbetreuungsangebote sind großflächig auszubauen und mobile Pflegeangebote zu verbessern, um mehr Frauen Vollzeit zu ermöglichen.
- Qualifizierungsoffensive für arbeitslose Menschen, aber auch begleitend zu einer Beschäftigung.

Gute Arbeitsbedingungen sichern eine gute Pflegeversorgung

Der Bedarf an gut qualifiziertem Gesundheitspersonal und Berufsangehörigen der Sozialen Arbeit steigt weiterhin an. Dass ihre Arbeit wichtig ist, ist überall anerkannt. Bessere Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen sind notwendig, damit sich kranke, pflege- und unterstützungsbedürftige Menschen auf professionelle Hilfe verlassen können. Erste Maßnahmen sind auf gemeinsamen Druck von Arbeiterkammer, Gewerkschaften und Berufsverbänden bereits ergriffen worden. Das reicht jedoch noch nicht, um eine gute Versorgung in der Pflege und Sozialen Arbeit für die Bevölkerung sicherzustellen.



Gute Arbeits- und Ausbildungsbedingungen

Im Zuge des Finanzausgleichs wurden die Regelungen über die Entgelterhöhung und den Pflegeausbildungsbonus in das Pflegefondsgesetz transferiert. Um Gesundheits- und Sozialberufe attraktiv zu gestalten, braucht es aber weitere Maßnahmen wie gesunde Arbeitszeitmodelle, mehr Dienstplansicherheit und längere Erholungsphasen. Die derzeitigen Fördermodelle sind nicht existenzsichernd und stehen nicht für alle Ausbildungen im Gesundheits- und Sozialbereich zur Verfügung.



Unterstützung für pflegende Angehörige

Die Einführung des Angehörigenbonus für pflegende Angehörige ist bei Weitem nicht existenzsichernd für pflegende Angehörige, da es keine ausreichende professionelle Unterstützung gibt. Die Erhöhung der Förderung für Personenbetreuung deckt zumindest teilweise die inflationsbedingten Kosten für die Betreuung zu Hause ab. Die Ausweitung der Hausbesuche durch diplomierte Pflegekräfte sowie der Angehörigengespräche können aber nicht die fehlenden professionellen Angebote ersetzen.



Gesundheitsberuferegister

Im Jahr 2023 wurden in Wien 11.976 Verlängerungen der Berufsberechtigung, 13.025 Änderungsmeldungen sowie 1.301 Erstregistrierungen im Gesundheitsberuferegister durchgeführt. Zur Gewährleistung der Gesundheitsversorgung sollten auch weitere Gesundheits- und Sozialberufe, insbesondere medizinische Assistenzberufe, Sanitäter:innen und Berufsangehörige der Sozialen Arbeit, in das Register aufgenommen werden. Darüber hinaus sind technische und bürokratische Erleichterungen notwendig.



Bessere Ausbildung für Gesundheits- und Sozialberufe

Auf Drängen der Arbeiterkammer für mehr Kompetenzen der Diplomierten Gesundheits- und Krankenpflege wurde endlich das Erstversorgungsrecht für Medizinprodukte sowie die Erstellung von Gutachten für die Einstufung von Pflegegeld eingeführt. Zur Entlastung von Krankenhäusern und einer besseren Versorgung im niedergelassenen Bereich braucht es jedoch mehr Kompetenzen und bessere Ausbildungen aller Gesundheitsberufe. Insbesondere Sanitäter:innen könnten die Spitäler mit einer besseren Ausbildung entlasten.



Berufsrecht für Sozialarbeiter:innen

Auf Drängen der Arbeiterkammer und des Berufsverbands der sozialen Arbeit (obds) wurde 2023 ein Bezeichnungsschutz-Gesetz für Soziale Arbeit im Parlament eingebracht, um die Bezeichnung „Sozialarbeiter:in“ oder „Sozialpädagog:in“ zu schützen. Was noch fehlt, ist ein bundesweites Berufsrecht, um die Qualität der Sozialen Arbeit zu gewährleisten. Dieses muss die Definition und Kernaufgaben des Berufes, Ausbildungsregeln, Rechte und Pflichten, Rahmenbedingungen interprofessioneller Kooperation sowie Regelungen über Entscheidungskompetenzen und die Registrierung der Berufsangehörigen enthalten.

”

Wir werden die rund 950.000 Menschen, die ihre Angehörigen pflegen, nicht im Regen stehen lassen!

AK PRÄSIDENTIN RENATE ANDERL

“

Das fordert die AK

- Gesunde Arbeitszeitmodelle, mehr Dienstplansicherheit und längere Erholungsphasen für alle Gesundheits- und Sozialberufe.
- Maßnahmen zur Reduktion von belastenden Situationen, insbesondere gegen Aggression und Gewalt.
- Österreichweit für alle Gesundheits- und Sozialberufe existenzsichernde Ausbildungsförderungen.
- Ausbau des professionellen Pflegeangebots, um pflegende Angehörige besser zu unterstützen und zu entlasten.
- Bessere Ausbildungen und mehr Kompetenzen für alle Gesundheits- und Sozialberufe, um eine gute Versorgung für die Bevölkerung sicherzustellen.
- Ein umfassendes Berufsrecht für die Berufsangehörigen der Sozialen Arbeit, damit die Qualität ihrer Leistungen sichergestellt wird und Rechtssicherheit herrscht.
- Die längst überfällige Reform des Gesundheitsberuferegistergesetzes, in dem andere Gesundheitsberufe wie z.B. Sanitäter:innen aufgenommen und bürokratische Erleichterungen umgesetzt werden.

AK erreicht Verbesserungen bei Vollziehung der ÖGK

Seit dem Umbau der Sozialversicherung mit den Änderungen in der Selbstverwaltung und der Fusion der neun Gebietskrankenkassen zur Österreichischen Gesundheitskasse (ÖGK) sahen sich zahlreiche Mitglieder mit Problemen in der Vollziehung der ÖGK konfrontiert und wandten sich an die AK. Durch Beratung und Vertretung in Einzelfällen und begleitende Öffentlichkeitsarbeit konnten im Laufe des Jahres 2023 einige konkrete Verbesserungen für die Betroffenen erreicht werden. Es wurde auch ein regelmäßiger und strukturierter Austausch zwischen Arbeiterkammer und ÖGK eingeleitet.

Erfolge im Einzelfall für unsere Mitglieder

In der täglichen Beratung traten vor allem Probleme bei Krankenständen und deren Beendigung sowie dem Anspruch auf Krankengeld auf. Nach Vorlage von Unterlagen und mit Verweisen auf die Judikatur konnte die AK auf direktem Wege in zahlreichen Fällen bei der ÖGK einen Erfolg für die Betroffenen erwirken. Da es anfangs keine konkreten Ansprechpersonen gab, war dies oft mit sehr viel Aufwand verbunden, bis unsere Mitglieder zu ihrem Recht kamen. Allein im Jahr 2023 erfolgten über 200 Interventionen bei Einzelfällen.

Effiziente Öffentlichkeitsarbeit der AK

Nachdem schriftliche Kontaktaufnahmen der Arbeiterkammer mit der ÖGK-Leitung anfangs leider zu keinen Veränderungen in der Vollziehung führte, veranstaltete die AK Wien im August 2023 ein Pressehintergrundgespräch zu den Vollziehungsproblemen mit der ÖGK. Die große Resonanz – auch in der Öffentlichkeit – führte aber zu einer offeneren Gesprächsbereitschaft seitens der ÖGK. Nach weiteren Gesprächen erklärten sich die Fachbereiche zu einem inhaltlichen und regelmäßigen Austausch zu den relevanten Themen bereit.

Besserer Austausch von AK und ÖGK-Fachbereichen

Im September 2023 fand ein erstes Treffen mit der ÖGK statt, bei dem die von der AK übermittelten Einzelfälle und Probleme analysiert wurden. Die AK konnte mit vielen Praxisfällen belegen, womit die Betroffenen bei der Vollziehung der Gesundheitskasse zu kämpfen haben. Ein weiterer Austausch fand im November statt: Bei rechtlichen Fragestellungen kann nun auf direktem Weg ein Konsens gefunden werden. Bei unterschiedlicher Auffassung wurde die Ausnutzung des gerichtlichen Instanzenzugs bis zum OGH zur Klärung vereinbart.

Verbesserte Hilfe bei Einzelfällen

Für auftretende Rechtsfragen sowie für rasche Lösungen in einzelnen Härtefällen oder bei Fehlern in der Vollziehung wurden der AK nun Kontaktdaten zu einzelnen Fachbereichen und Abteilungen übermittelt. Die zuständigen Entscheidungsträger:innen können im Sinne einer versichertenfreundlichen Verwaltung oder bei rechtlichen Anliegen nun auf kurzem Wege kontaktiert werden. Die Verfahren bis zur Ausstellung eines vor Gericht bekämpfbaren Bescheids wurden beschleunigt. Die Kommunikation zwischen AK und ÖGK wurde enorm verbessert.

Erfolg bei Anrechnung von Schwerarbeitszeiten bei Pension

Herr P. arbeitete jahrelang als Monteur von Deckenleuchten und Verkehrszeichen in Tunnels. Auf einer Hebebühne stehend demontierte und montierte er täglich Dutzende rund 60kg schwere Leuchten. Dienste bis zu zwölf Stunden, teilweise in der Nacht, waren keine Seltenheit. Die PVA lehnte das Vorliegen von Schwerarbeit ab. Im Gerichtsverfahren wurden Bilder seiner Tätigkeit vorgelegt, seine Vorgesetzten befragt und ein Gutachten eingeholt, wonach festgestellt wurde, dass im gesamten Zeitraum Schwerarbeitszeiten vorliegen.

Verbesserungen bei Krankenständen

Der AK wurde von der Leitung der Österreichischen Gesundheitskasse zugesichert, die oft kurzfristigen bzw. teilweise sogar rückwirkenden Beendigungen von Krankenständen durch die Forderung von neuen Unterlagen – wie beispielsweise fachärztlichen Befunden, die von den Betroffenen nicht zu erlangen sind – in dieser Form abzustellen. Bereits in der zweiten Jahreshälfte nahmen solche Fälle in der Beratung der Arbeiterkammer deutlich ab. Für dennoch auftretende Einzelfälle konnten oft zeitnahe Lösungen gefunden werden.

Arbeitslosenversicherung für geringfügig Beschäftigte

Eine Kellnerin erzielte mit mehreren geringfügigen Beschäftigungen in Summe ein Einkommen über der monatlichen Geringfügigkeitsgrenze. Da sie dieses aus mehreren geringfügigen Beschäftigungen erzielte, war sie nicht arbeitslosenversichert. Die AK Wien führte ein Verfahren bis zum VfGH und erreichte eine Aufhebung dieser sachlich nicht gerechtfertigten Ungleichbehandlung. Damit sind mehrfach geringfügig Beschäftigte mit einem monatlichen Einkommen über der Geringfügigkeitsgrenze künftig auch arbeitslosenversichert.

Das fordert die AK

- **Beendigung von Krankenständen**
Es ist nicht Aufgabe der Versicherten, den Fortbestand der Arbeitsunfähigkeit laufend mit aktuellen Befunden nachzuweisen. Entweder Kassenärzt:innen befristen von Vornherein die Arbeitsunfähigkeit oder die ÖGK lädt vor der Abschreibung zur Untersuchung in den Chefärztlichen Dienst.
- **Krankengeldanspruch für Arbeitslose und bei Karenzierung**
Nach einer Ausschöpfung der Höchstdauer des Krankengeldes wird Arbeitslosen bei einem neuen Krankenstand das Krankengeld verweigert. Die ÖGK argumentiert, dass in der Zwischenzeit – auch bei oft monatelangem Bezug von Arbeitslosengeld – keine Arbeitsfähigkeit eingetreten sei. In Fällen der Karenzierung wird von der ÖGK unter Hinweis auf die mangelnde Arbeitsverpflichtung ein Krankengeldanspruch abgelehnt.
- **Rechtliche Klärung bei strittigen Fragen**
Durch die fristgerechte Ausstellung von Bescheiden muss die Möglichkeit eröffnet werden, strittige Rechtsfragen gerichtlich zu klären. Bei relevanten Problemstellungen, die in der Bedeutung über den Einzelfall hinausgehen, muss die ÖGK eine höchstgerichtliche Klärung ermöglichen.
- **Rechtzeitige Berechnung des Krankengeldes**
Krankengeld ist fristgerecht und in richtiger Höhe auszuzahlen. Zusätzliche Hürden für kranke Versicherte oder missverständliche Formulare für Dienstgeber:innen müssen abgeschafft werden.

AK Zukunftsprogramm Digitalisierungs-offensive

2023 war das Abschlussjahr der Digitalisierungs-offensive des Zukunftsprogramms der Arbeiterkammern, das von 2019 bis 2023 durchgeführt wurde. Ein letztes Mal wurden Maßnahmen zur Qualifizierung und zur Förderung innovativer Projekte für eine gerechte Digitalisierung auf den Weg gebracht. Die Ergebnisse werden auch in den kommenden Jahren noch Früchte tragen und verwertet.



Qualifizierungsfonds

Im Rahmen des Qualifizierungsfonds unterstützte die Arbeiterkammer Wien unterschiedlichste Weiterbildungen rund um die digitale Fitness von Arbeitnehmer:innen. Ziel war es, durch Qualifizierung die Beschäftigung von ArbeitnehmerInnen zu sichern und sie beim beruflichen Aufstieg zu unterstützen. Im Jahr 2023 wurden mithilfe des Digi-Winners insgesamt 1.356 AK Mitglieder gefördert und seitens der AK Wien Förderungen in der Höhe von mehr als 1,5 Mio. Euro vergeben. Gemeinsam mit den Mitteln des Wiener Arbeitnehmer:innen Förderungsfonds (waff) betrug das Fördervolumen für AK Mitglieder 2,9 Mio. Euro.

Digifonds

Der Digifonds der AK Wien förderte zwischen 2019 und 2023 in Summe 159 Projekte im Rahmen des Zukunftsprogramms. Das Spektrum der Förderungen umfasste den gesamten Wirkungsbereich von Digitalisierung und beinhaltete u.a. die Schaffung digitaler Bildungsplattformen, Initiativen gewerkschaftlicher Organisation oder Forschung zur Technikfolgenabschätzung. Gefördert wurden auch die digitale Transformation in Betrieben sowie Initiativen, die speziell marginalisierte Arbeitnehmer:innen unterstützen.



1.356
AK Mitglieder erhielten eine Bildungsförderung im Zuge des Digi-Winners



1,5 Mio.
Euro an „Digi-Winner“-Förderungen im Jahr 2023

Digitalisierung der Berufsschulen

Berufsschulen werden von der Politik teilweise vernachlässigt, ihre Ausstattung bleibt oft hinter den Anforderungen einer modernen Lernumgebung zurück. Mit der Digitalisierungsoffensive für Wiener Berufsschulen gab die AK einen wichtigen Impuls, um die Digitalisierung an Wiener Berufsschulen voranzutreiben. Für die Pädagog:innen eröffneten sich dadurch neue Möglichkeiten in der Unterrichtsgestaltung. Das Projekt wurde 2023 um ein weiteres Jahr verlängert und auf die Polytechnischen Schulen Wiens ausgeweitet.

Förderbeispiele 2023

→ **Digital Gaming Projekt**
Die AK Wien produziert ein Videospiel für Jugendliche, das Themen wie Demokratie, Partizipation und Solidarität sowie die Arbeitnehmer:innenvertretung und Gewerkschaftsbewegung spielerisch erlebbar macht. Das Ziel: die Gesellschaft in einem kollaborativen Multiplayer Game zu transformieren. Nach



16,7 Mio.
Fördervolumen seit 2019 für insgesamt 159 Projekte

in Zusammenarbeit mit dem Unternehmen Kapsch ein Web-Tool für Menschen mit Behinderung, um ihnen das Arbeiten im Bereich des KI-Trainings zu ermöglichen.



Digitalisierungsfonds 4.0

Abschluss der EU-weiten Ausschreibung hat eine externe Expertenkommission die Auswahlentscheidung zugunsten des Konzepts der Rare-byte OG – einem österreichischen Gaming Studio – getroffen. Ab Ende Januar 2025 wird das Spiel für Smartphones in den App Stores zur Verfügung stehen.

→ **Annotation Training Station**
Der Verein Responsible Annotation entwickelte im Rahmen des Projekts Annotation Training Station und



5
bewilligte Projekte

zeugen (z.B. Hubstaplern) erleben lässt. Das Projekt macht sich so innovative Technologien zunutze, um die Ausbildung zu revolutionieren.



465.875
Euro an Projektförderungen 2023

→ **RidersCollectiveSpace**
In der Plattformökonomie, also dort, wo Arbeitnehmer:innen über digitale Plattformen beschäftigt werden, gibt es massive Umgehungen des Arbeits-, Sozial- und Steuerrechts. Der ÖGB hat daher im Rahmen des Digifonds der AK Wien einen Space für Fahrradbot:innen gegründet. Dort können sie in Sprechstunden ihren Betriebsrät:innen begegnen, sich vernetzen, Veranstaltungen besuchen oder rasten und sich auffrischen.

→ **StaTrain XR**
Arbeitssicherheitstraining mit XR (Extended Reality) für Hubstaplerführer:innen in Ausbildung. Im Projekt wird eine multilinguale Lern-App entwickelt, die mithilfe von XR Technologien (Extended Reality) unterschiedliche Szenarien der Handhabung von Flurförderfahr-



↑
AK Präsidentin Renate Anderl bei der Festveranstaltung der AK Digitalisierungsoffensive am 22. November 2023.

Herausforderungen auf dem Arbeitsmarkt

Die „Stagflation“ – eine Kombination aus wirtschaftlicher Stagnation und Teuerung – hinterlässt tiefe Narben auf dem Arbeitsmarkt. Besonders große Herausforderungen bestehen bei der Langzeitarbeitslosigkeit, dem hohen Anteil an gering qualifizierten Arbeitslosen, dem steigenden Arbeitskräftebedarf und den notwendigen Anstrengungen zur Unterstützung der sozial-ökologischen Transformation.

Langzeitarbeitslosigkeit bekämpfen

Der Anteil der Langzeitbeschäftigungslosen lag im Jahr 2023 bei fast 37 Prozent. Besonders schwierig ist die Situation, wenn es sich bei Langzeitarbeitslosen um ältere, gering qualifizierte oder gesundheitlich beeinträchtigte Personen handelt. Neben Maßnahmen wie der Joboffensive 50+ vom waff, werden im Pilotprojekt „Schritt für Schritt“ des Arbeitsmarktservice Wien (AMS) Menschen, die länger als fünf Jahre arbeitslos sind, bis zu drei Jahre

durchgängig betreut und mit einer sinnvollen Kombination von Fördermaßnahmen langfristig unterstützt. Die Arbeiterkammer Wien beteiligt sich an diesem Projekt im Rahmen der Steuergruppe. Zudem wurde die Zielarchitektur des AMS verändert, wodurch die Prävention von Langzeitbeschäftigungslosigkeit künftig stärker in den Fokus rückt.

ARBEITSMARKT WIEN KENNZAHLEN 2023

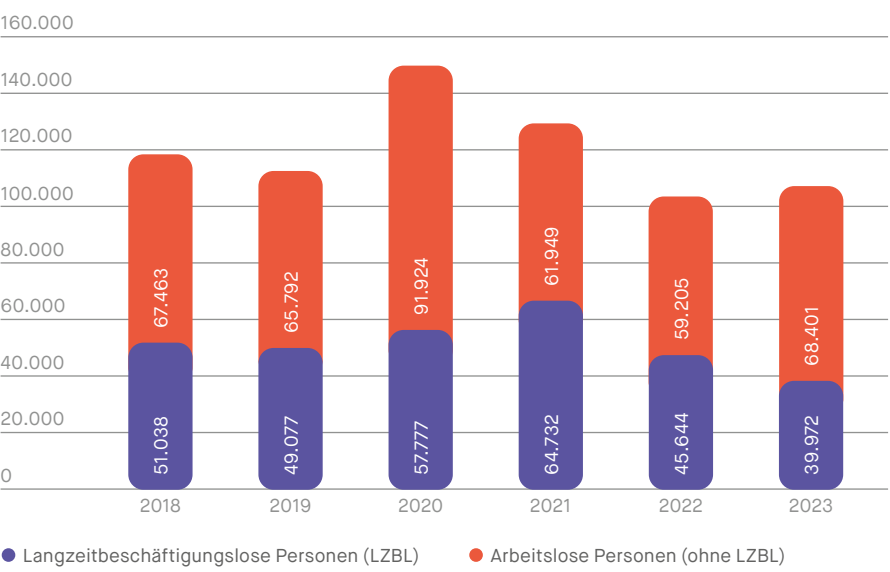
108.372	Personen waren 2023 durchschnittlich in Wien arbeitslos gemeldet
10,6 %	betrug die durchschnittliche Arbeitslosenquote 2023 in Wien
914.589	Personen waren im Jahresdurchschnitt 2023 in Wien unselbstständig beschäftigt
34.143	Personen haben 2023 durchschnittlich in Wien an Schulungen des AMS teilgenommen

Fachkräfte ausbilden und ökologische Transformation

Das Fachkräftezentrum Wien des waff analysiert den Fachkräftebedarf in Kooperation mit den Sozialpartner:innen und den Stakeholdern der Stadt. Das Fachkräftezentrum leistet einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung neuer Projekte und Initiativen für eine erfolgreiche Fachkräftesicherung in Wien mit einem Fokus auf die Bewältigung dringender gesellschaftlicher

Herausforderungen wie den Auswirkungen der Ökologisierung auf den Wiener Arbeitsmarkt. Die AK Wien hat sich an der Einrichtung des Fachkräftezentrums aktiv beteiligt. Darüber hinaus wurde zusammen mit dem AMS Wien und dem waff der „Öko-Booster“ ins Leben gerufen, wo junge Menschen in Zukunftsberufen ausgebildet werden. Zudem wurde 2023 die Stiftung „Jugend und Zukunftsberufe für junge Erwachsene“, die eine Ausbildung nachholen wollen, fortgeführt.

ARBEITSLOSIGKEIT IN WIEN: 2018 BIS 2023



Quelle: Arbeitsmarktdatenbank, AMS-Daten, eigene Darstellung (abgerufen am: 30.1.2024)

Das fordert die AK

- **Ausbau geförderter Beschäftigung**
Für alle langzeitbeschäftigungslosen Personen fordert die AK den Ausbau der geförderten Beschäftigung in sozialen Unternehmen bzw. in weiterer Folge eine Jobgarantie. Menschen, die arbeiten wollen, aber keine Beschäftigung finden, sollen eine kollektivvertraglich entlohnte sinnvolle Beschäftigung erhalten.
- **Mehr Angebote für junge Menschen**
Wien hebt sich durch eine relativ junge und diverse Arbeitsbevölkerung von den anderen Bundesländern ab. Viele der jungen Menschen haben das Potenzial, zu Fachkräften ausgebildet zu werden. Deshalb muss das „Jugendcollege“, ein Qualifizierungs- und Integrationsangebot des AMS Wien, weiter ausgebaut werden. Zudem muss die überbetriebliche Ausbildung gut abgesichert und durch Unterstützungsmaßnahmen ergänzt werden.
- **Bessere finanzielle Absicherung bei beruflicher Neuorientierung**
Mangelnde Existenzsicherung ist einer der Hauptgründe, eine Qualifizierung abubrechen oder gar nicht erst zu beginnen. Vor dem Hintergrund des steigenden Arbeitskräftebedarfs und der ökologischen Transformation braucht es eine gute Existenzsicherung für alle Berufsausbildungen im Erwachsenenalter und die Einführung eines Qualifizierungsgeldes mit einem Rechtsanspruch.
- **Mehr Personal für das AMS**
Die AK Wien fordert, dass das Arbeitsmarktservice sowohl personell als auch budgetär entsprechend ausgestattet wird, um Arbeitssuchende individueller und intensiver über Möglichkeiten zur beruflichen Höherqualifizierung zu informieren und zu unterstützen.

Wohnen für die Vielen

Die Entwicklungen der letzten Jahre stellen die Wohnungspolitik in Wien vor große Herausforderungen. Im Kontext von Pandemie, Kriegen, Fluchtbewegungen und massiver Teuerung stellen sich essenzielle Fragen in neuer Dringlichkeit. Während vom Wohnbauboom nur wenige profitiert haben, sind die Vielen von einem Mangel an leistbarer und zugänglicher Wohnversorgung betroffen. Die AK setzt sich dafür ein, die Grundlagen für den Wohnbau im Bereich des leistbaren, stabilen Segments mit besonderem Blick auf benachteiligte Gruppen zu verbessern und die Wohnbauproduktion zu erhöhen.

Gerechte Stadtentwicklung

Wien verfügt im internationalen Vergleich über eine gute stadtstrukturelle Basis. Geänderte Rahmenbedingungen wie z. B. das Bevölkerungswachstum und der sich vollziehende Klimawandel erfordern allerdings eine Schärfung städtischer Zielrichtungen. Gerechtigkeit in Bezug auf aktuelle Stadtentwicklung muss auch für die Zukunft sichergestellt sein. Wie soll städtischer Raum zukünftig verteilt werden? Wer hat Zugang zu welchen städtischen Räumen? Wie können alle Bevölkerungsgruppen an der Entwicklung teilhaben? Welche Rolle soll die öffentliche Hand bei der Entwicklung von Lebensbedingungen spielen?

Stadtgrün gerecht verteilen

Die Klimakrise wird immer spürbarer. In allen CO₂-intensiven Bereichen wie Verkehr, Energie und Gebäude braucht es daher konsequentes Handeln. Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen können dem Klimawandel wenig entgegenzusetzen. Beengte Wohnverhältnisse lassen die Frage nach der Qualität des Wohnumfelds und einer klimaresilienten Gestaltung des öffentlichen Raums in den Fokus rücken. Eine gerechte Verteilung und Versorgung mit Stadtgrün ist deshalb vor allem in dicht bebauten Grätzeln mit einem geringen Grünflächenanteil und hohem Anteil von Menschen mit weniger Einkommen prioritär voranzutreiben.

Stadttagung „Wohnen für die Vielen“

Die Tagung beschäftigte sich mit der Dringlichkeit von nachhaltigen Lösungen für die Sicherstellung einer leistbaren und stabilen Wohnraumversorgung. Wie ist das Angebot von leistbarem Wohnraum? Wie ist der Zugang dazu beschaffen? Unter hochkarätigen Vortragenden aus Wissenschaft und Praxis wurde der Frage nachgegangen, welche Funktion Wohnen als Grundbedürfnis für gesellschaftliche Teilhabe und soziale Inklusion hat und welche Gruppen besonders von prekären Wohnsituationen betroffen sind. Aus Sicht der AK muss Wohnen als Menschenrecht und Integrationsmotor sichergestellt werden.

Veranstaltungsreihe „Wohnrecht kompakt“

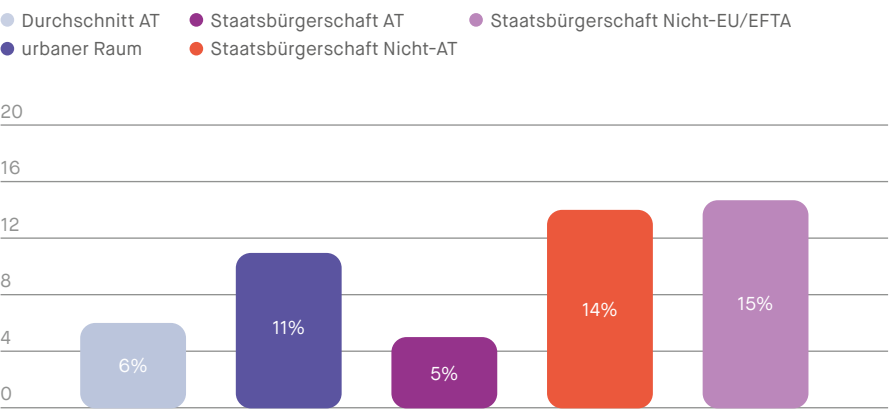
Wer gut informiert ist, kann oft unangenehme Situationen von vornherein vermeiden. Wohnungssuchende, aber auch Bewohner:innen von Miet- oder Eigentumswohnungen stehen immer wieder vor komplizierten Rechtsfragen. Dann ist es wichtig, über die eigenen Rechte und die Fallstricke des Miet- und Wohnrechts gut informiert zu sein. Das gilt auch beim Thema Wohnen. An sieben Info-Abenden haben AK Wohnrechts-Expert:innen daher verschiedene Themen rund ums Wohnen beleuchtet und Klarheit in das rechtliche Wirrwarr von Wohnungskauf, Genossenschafts- und Mietrecht gebracht.

Sommer-Programm in einer Stadt für alle

In Zeiten von Stadt- und Bevölkerungswachstum sind gut ausgestattete, nichtkommerzielle, frei zugängliche und mehrfach nutzbare öffentliche Räume zentral. Ziel des Programms von „Summer in the City – Stadt für alle“ ist es, die interessenpolitischen Positionen und Zielvorstellungen der AK zum öffentlichen Raum und urbanen Zusammenleben aufzuzeigen und in konkret erfahrbare, erlebbare Aktionen umzuwandeln. Mit einem vielfältigen Veranstaltungsprogramm wurden Möglichkeiten aufgezeigt, wie Potenzialflächen gerechter genutzt und aufgeteilt werden können, um so zu einer hohen Lebensqualität beizutragen.



WOHNKOSTENÜBERBELASTUNG: ANTEIL DER BEVÖLKERUNG, DER MEHR ALS 40% DES MONATSBUDGETS FÜR WOHNKOSTEN AUFWENDEN MUSS.



Quelle: Statistik Austria 2021

Das fordert die AK

- **Wohnkosten dürfen nicht zu dauerhafter Armut führen**
- **Wirksame Mieten-Bremse für Mietwohnungen**
Künftige Anpassungen sollen auf maximal zwei Prozent einmal im Jahr begrenzt sein.
- **Weg mit befristeten Mietverträgen**
Immobilienkonzerne, Versicherungen und andere große Wohnungseigentümer:innen sollen künftig nur mehr unbefristet vermieten dürfen. Für Privatpersonen soll es auch weiterhin Ausnahmen bei Eigenbedarf geben.
- **Vereinheitlichung des Mietrechts**
Das Mietrechtsgesetz soll zukünftig für alle Wohnungen gelten, die nicht dem Wohnungsgemeinnützigkeitsgesetz unterliegen.
- **Leichter Zugang zum sozialen Wohnbau**
Der Zugang zum Wiener Wohnticket muss für Menschen in schwierigen Lebenslagen verbessert werden, etwa durch Einführung des Zugangskriteriums „Wohnkostenüberlastung“.
- **Mehr „Housing First“**
Anstelle der Unterbringung von Wohnungslosen in Notschlafstellen und Wohnheimen braucht es mehr „Housing First“-Wohnungen. Diese sollen in das Kriterium „Soziale Nachhaltigkeit“ bei Bauträgerwettbewerben Eingang finden.

Die AK als Teil der Gegenmacht in Europa

Die AK zählt zu den treibenden Kräften für ein soziales Europa. Schließlich können die großen Fragen der Zeit wie die Klimakrise oder soziale Ungleichheit längst nicht mehr allein gelöst werden. Die zahlreichen Organisationen der Arbeitnehmer:innen sind gefordert, sich über die Grenzen hinaus zusammenzuschließen, um gemeinsam eine Gegenmacht zu den einflussreichen Wirtschaftslobbys zu bilden.



Pensionen: Die richtige Stellschraube

Unser Einsatz für eine faire öffentliche Pensionssystem trägt Früchte. Erneut hat die EU-Kommission auf eine Empfehlung zur Anhebung des gesetzlichen Pensionsantrittsalters verzichtet. In ihrem Länderbericht schreibt die EU-Kommission, dass „allgemeine Maßnahmen zur weiteren Anhebung des faktischen Pensionsantrittsalters den mit der Bevölkerungsalterung verbundenen Druck auf die Staatsfinanzen mindern“.



Streikrecht in Gefahr – AK greift ein

Die EU-Kommission hat eine Gesetzesinitiative gestartet, die eine rasche Reaktion auf Binnenmarkt-Krisen möglich machen soll. Die Kommission wollte dabei auch am Streikrecht rütteln. Die AK hat gemeinsam mit anderen Organisationen gefordert, entsprechende Schutzklauseln vorzusehen. Mit Erfolg: Die Möglichkeit zur Durchführung von Arbeitskämpfmaßnahmen bleibt auch in Krisenzeiten gesichert.



Einkommensgerechtigkeit stärken

2023 wurde die EU-Richtlinie zur Lohntransparenz beschlossen. AK und ÖGB haben sich gemeinsam erfolgreich dafür eingesetzt. Derzeit verdienen Frauen in Österreich durchschnittlich 19 Prozent weniger als Männer. Die neue Richtlinie schreibt vor, dass große Unternehmen die unterschiedliche Bezahlung von Männern und Frauen offenlegen und dagegen Maßnahmen setzen müssen.



AK deckt einflussreiches EU-Gremium auf

2023 wurde die AK auf den „Ausschuss für Regulierungskontrolle“, ein weitgehend unbekanntes EU-Gremium, aufmerksam. Eine AK Studie dazu deckte auf, dass diese demokratisch nicht legitimierte Behörde gesellschaftspolitisch wichtige Gesetzesinitiativen erheblich verzögern bzw. blockieren kann. Die AK forderte die Abschaffung dieses Gremiums. Medien aus fünf EU-Ländern berichteten von dieser Studie.



Globales Geschäft mit Pflege & Co unterbinden

In den letzten Jahren haben internationale Konzerne und Finanzinvestoren immer mehr Bereiche sozialer Infrastruktur vereinnahmt. Eine Studie der AK zeigte auf: Wo Pflege, Gesundheit und Wohnen zum Profitobjekt gemacht werden, zahlen Klient:innen, öffentliche Finanzen und Beschäftigte drauf. Deshalb müssen die Schutzvorkehrungen verstärkt werden. Die Entwicklungen in England sind ein warnendes Beispiel dafür.

1

Europaweite Kampagne

200+

Netzwerktreffen

22

Newsflash-Aussendungen

26

Publikationen

2

Webinare



Gerechtigkeit geht alle an! Das EU-Lieferkettengesetz

Unternehmen sollen künftig in ihren weltweiten Lieferketten Menschenrechte und Umweltschutz kontrollieren. Darauf einigten sich die wichtigsten EU-Entscheider:innen Ende 2023. Trotz erheblichen Widerstandes der Wirtschaftslobbys konnte der wichtige Rechtsakt umgesetzt werden. Die gemeinsame europaweite Kampagne „Gerechtigkeit geht alle an“ – „Justice is Everybody's Business!“ war damit ein großer Erfolg.

Handelspolitik für die Vielen

Handel ist ein zentraler Baustein für eine sozial-ökologische Wende. Leider steht die EU-Handelspolitik diesem Ziel im Weg. Umstrittene Abkommen schaden Arbeitenden, Umwelt und Klima. Gemeinsam mit ÖGB und NGOs konnten aber Erfolge erzielt werden: EU-Mercosur ist nun womöglich endgültig gescheitert. Wir treten weiterhin für einen fairen Handel ein!

6

Publikumsveranstaltungen

5

Policy Briefs

16

Position Papers



AK EUROPA

Das Jahr 2023 war auf EU-Ebene stark geprägt von geopolitischen Krisen, wie dem russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Vor allem im zweiten Halbjahr kam es zu einer außergewöhnlich hohen Aktivität in den EU-Institutionen, um noch eine möglichst hohe Anzahl an Dossiers vor den EU-Wahlen abzuschließen. Dies betraf vor allem auch die Bereiche Soziales, Digitales, Handel und Green Deal. AK EUROPA berichtete zeitlich parallel dazu. Der Kampf gegen Sozialdumping, die Sicherung der Zukunft unseres Wassers, faire Lieferketten und die Bekämpfung von Zwangsarbeit sowie ein fairer ökologischer und digitaler Übergang – das waren die Forderungen, die wir im Rahmen von Veranstaltungen in Brüssel platzierten.



Gerechter Übergang, resiliente Wasserversorgung

Im Jahr 2023 wurden noch wesentliche Bausteine des European Green Deal auf den Weg gebracht, vor allem in den Bereichen Industrie-, Verbraucher:innen- und Verkehrspolitik. Die AK hat ihre Forderungen mit Nachdruck in die Debatte in Brüssel eingebracht. Das Engagement des EWSA für eine resiliente und faire Wasserversorgung („EU Blue Deal“) wurde mit einer Veranstaltung im AK EUROPA Büro unterstützt.



#deineStimme für Gerechtigkeit

Die AK vertritt deine Rechte.

Leistungsübersicht

- 38 Klimapolitik
- 40 Arbeits- und Sozialberatung
- 42 Konsument:innenschutz
- 44 Aus- und Weiterbildung
- 46 Gleichstellung von Arbeitnehmer:innen
- 48 Gesunde Arbeit
- 50 Service für Arbeitnehmer:innenvertreter:innen
- 52 Kunst & Kultur
- 54 Bibliothek & Netzwerk Wissenschaft
- 56 AK Jugend
- 58 Kommunikation
- 60 Aktuelle Publikationen
- 64 Unterstützte Einrichtungen
- 66 Finanzbericht 2023

Klimapolitik: Sozialer und ökologischer Umbau der Wirtschaft

Die Klimakrise abzuwenden ist eine große Herausforderung. Die Arbeiter:innenbewegung war immer dann erfolgreich, wenn sie ein attraktives Bild für die Zukunft zeichnen konnte. Der soziale und ökologische Umbau ist unsere Vision, in der die Klimakrise bewältigt und dabei das Leben der Vielen verbessert wird. Gleichzeitig erarbeiten wir konkrete Maßnahmen, die als erste Schritte unmittelbar umgesetzt werden können. Als AK haben wir das Ziel, einen wesentlichen Beitrag zum notwendigen Umbau zu leisten. Im Jahr 2023 konnten wir dafür wichtige Schritte setzen.



Ein gesellschaftspolitisches Handlungsfeld

Die Klimakrise abzuwenden und das Leben unserer Mitglieder zu verbessern spielt für die AK in jedem Bereich eine zentrale Rolle. Wie sieht gute Arbeit für die Vielen aus? Wie können Wohlstand und die Einhaltung planetarer Grenzen miteinander verbunden werden? Welches Arbeitsrecht braucht es, um sich an die Klimaerhitzung anzupassen? Wie muss soziale Absicherung für die arbeitenden Menschen angesichts der Krisen aussehen? Wie finanzieren wir den Umbau? Die AK denkt Klimaschutz ganzheitlich und vernetzt. Sie zeigt Alternativen, betont gestalterische Möglichkeiten und macht konkrete Vorschläge.



Soziale Gerechtigkeit im Fokus

Klimafittes Arbeitsrecht: Hitze und Extremwetter haben massive Auswirkungen auf die Beschäftigten und betreffen inzwischen nahezu jeden Wirtschaftszweig. Die AK fordert daher ein neues klimafittes Arbeitsrecht, das die Menschen nicht nur am Arbeitsplatz z.B. vor extremen Temperaturen schützt, sondern klare Rechte für Beschäftigte bei Katastrophenwetter und Blackouts definiert. Die AK hat alle Fragen dazu in einer Broschüre zusammengefasst und konkrete Forderungen entwickelt, sodass sie sofort im Nationalrat beschlossen werden könnten.



Industriepolitik im Sinne der Beschäftigten

Die Transformation hin zu einer klimaneutralen Wirtschaft stellt die Industrie vor große Herausforderungen, doch die Ausgangslage ist gut: Innovativ und mit hochqualifizierten Beschäftigten kann der Umbau hin zur klimaneutralen Industrie gelingen. Die AK setzt sich mit den Gewerkschaften für eine aktive und strategisch ausgerichtete Struktur-, Industrie- und Transformationspolitik ein. Dafür bringt sie sich im Sinne der Beschäftigten ein und gestaltet dabei die industrielle Zukunft sowohl in Österreich als auch auf der EU-Ebene entscheidend mit.



Die AK fördert Vernetzung

Die AK konnte sich als Raum für Strategie- und Bündnisfähigkeit positionieren: Im April 2023 fand erstmals die „Akademie für sozialen und ökologischen Umbau“ in der AK Wien statt. Drei Tage lang kamen mehr als 150 Kolleg:innen aus Arbeiter:innen- und Klimabewegung sowie Wissenschaft zusammen, um gegenseitig voneinander zu lernen. Das Bündnis „Menschen und Klima schützen statt Profite“ aus Arbeiterkammer, Gewerkschaft Bau-Holz, Fridays for Future und System Change forderte gemeinsam Maßnahmen gegen Klimakrise und Hitze am Bau.



Qualifikationen für gute Arbeit

Wir zeigen vor, wie es gehen kann: Gemeinsam mit dem AMS Wien und dem waff bildet die AK Wien im Projekt Öko-Booster seit Juni 2023 junge Wiener:innen als Fachkräfte für die Energiewende aus. Durch Zusammenarbeit mit Wiener Leitbetrieben erwerben die 18-25-jährigen Teilnehmer:innen praxisnahe Erfahrungen. Bis 2027 werden mindestens 100 zusätzliche Facharbeiter:innen ihre Lehrabschlussprüfung absolviert haben und als Elektrotechniker:innen oder Installations- und Gebäudetechniker:innen den Heizungstausch in Wien vorantreiben.



Verteilung und gerechte Finanzierung

Öffentliche Investitionen sind Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen und dringend notwendigen sozialen und ökologischen Umbau: Schulen und Spitäler, der staatliche Fuhrpark, Solaranlagen auf Amtsgebäuden oder Wälder können einen wesentlichen Beitrag zur Klimaneutralität leisten. Die von der AK beauftragte Studie von TU Wien und Umweltbundesamt zeigt, dass allein der klimaneutrale Umbau öffentliche Investitionen von rund 68 Mrd. Euro erfordert und das Potenzial für grüne öffentliche Investitionen enorm ist. Jetzt gilt es, dieses zu heben.



Drei Säulen des sozialen und ökologischen Umbaus

Die AK unterstützt die Klimaziele des Pariser Abkommens. Um dieses zu erreichen, fordert sie die konsequente Verknüpfung der sozialen und ökologischen Frage. Es braucht einen umfassenden Umbau, der aus drei Säulen besteht:

- 1) Gerechte Vermögensverteilung, Ordnungspolitik gegen Überkonsum und Sicherstellung der für den Umbau notwendigen Finanzierung durch Vermögens- und Erbschaftssteuern sowie eine entsprechende Reform der Fiskalregeln.
- 2) Eine sozial gerechte, demokratische und inklusive Dekarbonisierung der Wirtschaft verbunden mit einer vorausschauenden, wohlstandsorientierten Planung sowie die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge.
- 3) Eine begleitende Politik, welche die Gesellschaft auf die Destabilisierung des Klimas vorbereitet, den Sozialstaat weiterentwickelt und ausbaut, Pflege- und Sorgearbeit aufwertet, Bildungsrechte garantiert und Qualifizierungsmaßnahmen sicherstellt.

Wir verhelfen unseren Mitgliedern zu ihrem Recht

Im Jahr 2023 stand die AK Wien ihren Mitgliedern bei zahlreichen Problemen rund um Kündigungen, unbezahlte Überstunden oder Diskriminierungen in der Arbeitswelt zur Seite. Mehr als 400 Expert:innen der AK aus unterschiedlichen Bereichen halfen den AK Mitgliedern, den Überblick zu bewahren und ihre Rechte geltend zu machen. Im Jahr 2023 wurden 476.141 Beratungen durchgeführt und den Mitgliedern zu mehr als 85,2 Mio. Euro verholfen

Insolvenzentwicklung in Wien

In Wien gab es im Jahr 2023 insgesamt 2.133 Insolvenzen. Bei rund 42 Prozent der Fälle war zumindest ein:e Arbeitnehmer:in betroffen, sieben Betriebe hatten mehr als 100 Beschäftigte. Die meisten Insolvenzen und auch die meisten Betroffenen gab es in der Baubranche, gefolgt vom Hotel- und Gastgewerbe. Die AK Wien hat 7.054 Arbeitnehmer:innen durch den Insolvenzrechtsschutz unterstützt, um 34 Prozent mehr als 2022.

Bekannte Firmen betroffen

Die AK hat 7.794 Insolvenzberatungen durchgeführt. 74 Prozent fanden als Gruppenberatungen bei 280 Terminen statt. Daneben gab es virtuelle und externe Termine, u.a. bei Kika/Leiner, Forstinger oder Gerry Weber. Die SIGNA-Gruppe schlitterte Ende 2023 mit bisher neun Unternehmen in die Pleite, betroffen waren 170 Beschäftigte. Von den vier Insolvenzen aus den Firmen des Martin Ho sind bisher rund 50 Arbeitnehmer:innen betroffen.

Rasche Hilfe in Krisenzeiten

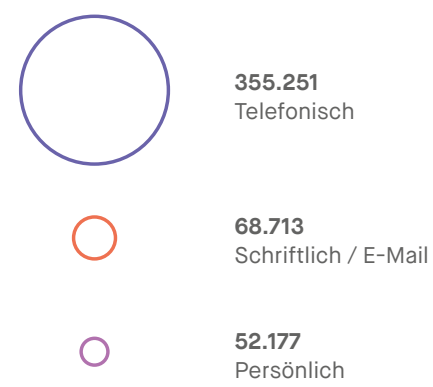
Fast alle von Insolvenz betroffenen Beschäftigten wurden und werden vom Insolvenzschutzverband ISA, dem gemeinsamen Verein von Arbeiterkammern und Gewerkschaft, vertreten. So konnte im Jahr 2023 die Auszahlung von 39,7 Mio. Euro an Insolvenzentsgelt für Mitglieder erreicht werden. Die Arbeitnehmer:innen erhielten im Durchschnitt 45 Tage nach Antragstellung die ersten Zahlungen des Insolvenzentsgelts.

Rasche Hilfe in Einzelfällen

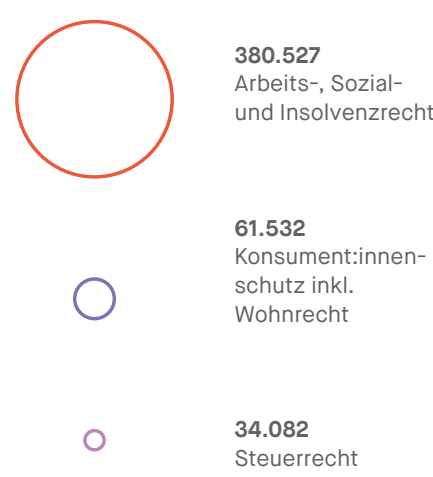
Ein Transportgewerbe mit 170 Beschäftigten arbeitete für Amazon und dpd und schlitterte in die Insolvenz. Die Fahrer verdienten wenig und hatten keinerlei Rücklagen, es drohten Lohnexekutionen und Delogierung. Mithilfe der AK gelang es, die Anträge rasch einzubringen und die Prüfung zu beschleunigen, sodass die Arbeitnehmer:innen weniger als 30 Tage nach Eröffnung erste Zahlungen erhielten.

476.141
BERATUNGEN

NACH BERATUNGSART



NACH THEMEN



Erfolgreiche AK Beratung 2023

- **Schattenseiten der Paketlogistik**
Die AK machte medienwirksam auf die schlechten Arbeitsbedingungen bei Paketzusteller:innen und in den Verteilzentren von Logistikunternehmen aufmerksam: Eine Vielzahl von Leiharbeiter:innen und die Auslagerung an Subunternehmen führen immer wieder zu atypischen und unsicheren Beschäftigungsverhältnissen, größtenteils migrantischer Arbeitnehmer:innen mit häufig unsicherem Aufenthaltsstatus. Durch den hohen Arbeits- und Zeitdruck und die systematische Unterentlohnung entsteht hier auch ein großer ökonomischer Druck.
- **Diskriminierende Kündigungen**
Das höhere Alter von Mitarbeiter:innen verleitet manche Arbeitgeber dazu, Dienstverhältnisse zu beenden. Bei der gerichtlichen Bekämpfung einer solchen Kündigung konnte mithilfe des Betriebsrats nachgewiesen werden, dass in dem Unternehmen systematisch Arbeitnehmer:innen über 50 Jahre gekündigt und durch Jüngere ersetzt wurden. Der Arbeitgeber stimmte einem Vergleich zu und musste dem Arbeitnehmer die finanziellen Nachteile aus dieser diskriminierenden Kündigung mit insgesamt 0,43 Mio. Euro brutto ausgleichen.
- **Weiterbeschäftigung erstritten**
In einem anderen Fall konnte nicht nur die Weiterbeschäftigung eines 62-jährigen gekündigten Arbeitnehmers erwirkt werden, sondern zusätzlich eine Altersteilzeit – zu sehr guten Bedingungen – ausverhandelt werden. Dies brachte dem Arbeitnehmer einen Vorteil von über 70.000,- Euro brutto.
- **Ungerechtfertigte Entlassung**
Eine Stubenfrau meldete eine Pflegefreistellung aufgrund der Erkrankung ihres Kindes, der Arbeitgeber sprach deshalb eine Entlassung aus. Die Arbeiter-

- kammer setzte für die betroffene Kollegin Ansprüche in der Höhe von acht Monatsgehältern durch.
- **Rechte für Lenker:innen durchgesetzt**
Die gerichtliche Durchsetzung von Ansprüchen von Taxi- und Mietwagenlenker:innen wird durch eine Vielzahl von strukturellen Problemen in dieser Branche erschwert: Lohnabrechnungen bestehen oft nur zum Schein, abgerechnet wird häufig auf Basis des tatsächlichen Umsatzes, Mehrarbeit wird oft nicht dokumentiert und auch nicht abgegolten. Trotz dieser Beweisprobleme bei Gericht gelang es mehrfach, Arbeitnehmer:innen zu ihrem Recht zu verhelfen. Einem Mietwagenlenker, der regelmäßig weit mehr als 60 Stunden in der Woche arbeitete und nur unregelmäßig von seinem Arbeitgeber Teilzahlungen erhielt, wurde bei Gericht ein Betrag von mehr als 10.000,- Euro brutto zugesprochen.
- **Ausbeutung in der Gastronomie**
In der AK Beratungspraxis stechen die Branchen Gastronomie, Handel, Zustellung oder Reinigung durch besonders viele Arbeitsrechtsverletzungen hervor. Im Jahr 2023 hat die AK die Reinigungsbranche näher unter die Lupe genommen. Die Arbeitsbedingungen sind extrem belastend und arbeitsrechtliche Verstöße keine Seltenheit. Die Missstände betrafen unter anderem offene Löhne, fehlende Lohnabrechnungen, offene Mehr- und Überstunden, kurzfristige Einteilung zu Diensten, hoher Arbeitsdruck sowie Kündigungen im Krankenstand.
- **Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz**
Sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist in unserer Gesellschaft leider noch immer ein Massenphänomen, die Anzahl der Beratungen in der AK Wien dazu ist in den letzten Jahren stark gestiegen. Sexuelle Belästigung

- kommt in allen Branchen vor, vermehrt aber im Dienstleistungssektor wie der Gastronomie, also dort, wo die Arbeit zum großen Teil im zwischenmenschlichen Kontakt besteht. Und sie kommt auf allen Hierarchieebenen vor, sie geht von Vorgesetzten, aber auch von Kollegen und Kunden aus. In der Praxis nehmen Arbeitgeber:innen ihre Verantwortung bei Prävention und Abhilfe völlig unzureichend wahr. Die AK berät und unterstützt ihre Mitglieder, wenn sie von sexuellen Übergriffen im Job betroffen sind und vertritt sie im Fall des Falles auch vor Gericht. In Zusammenarbeit mit der Gewerkschaft VIDA und der Fachgruppe Gastronomie Wien wurde eine Umfrage unter Arbeitnehmer:innen und Arbeitgeber:innen zum Thema sexuelle Belästigung durchgeführt. Die Erkenntnisse aus der Umfrage sollen schließlich dazu führen, Schutzkonzepte für Arbeitnehmer:innen in der Gastronomie zu entwickeln.
- **Digitale Serviceleistungen**
Rund um die Themen Karenz, Kinderbetreuungsgeld, Papamonat und Co. serviciert die AK werdende Eltern mittels digitaler Infoveranstaltungen. In der persönlichen Beratung gibt es zusätzlich Videoberatungen.
- **AK Beratung in der FAKTory**
Seit Mai 2023 bietet die AK in der FAKTory mitten im Universitätsviertel jeden Dienstag und Donnerstag arbeitsrechtliche Beratung für berufstätige Studierende und Universitätsbeschäftigte an. Für tiefergreifendere Beratungen stehen unsere Expert:innen nach Terminvereinbarung zur Verfügung.
- **Die AK informiert ihre Mitglieder**
Wir sorgen dafür, dass Mitglieder stets zu aktuellen Fragen rund um das Thema Arbeitsrecht und Vereinbarkeit von Beruf und Familie bestens informiert sind. Auf TikTok & YouTube geben wir Infos und Tipps.

Unterstützung in Zeiten der Teuerung

Die Teuerung belastet weiterhin die Budgets der Konsument:innen. Der AK Preismonitor von Lebensmitteln zeigte auch 2023 ein hohes Preisniveau sowie deutlich höhere Preise im Vergleich zu Deutschland. Auch die steigenden Kreditzinsen werden für viele Menschen zum Problem. Im Jahr 2023 konnten die AK Konsumentenschützer:innen rund 1,1 Mio. Euro für Konsument:innen zurückholen, unter anderem durch eine Sammelaktion, bei der Fitnessstudios ungerechtfertigte Gebühren zurückzahlen mussten.

AK Beratung hilft

Ob überhöhte Handyrechnungen, Gutscheine, die nach einem Jahr verjähren oder ein Elektrogerät, das kurz nach dem Kauf nicht mehr funktioniert: Bei diesen oder ähnlichen Problemen hilft die AK Konsument:innenberatung. Ein neues Phänomen sind Androhungen von Besitzstörungsklagen bei Parkplätzen. Auch hier unterstützen die AK Konsumentenschützer:innen. Die AK fordert eine gesetzliche Regelung gegen diese Abzocke.

EU-Regeln für KI

Eine KI, die automatisierte Entscheidung trifft, Verhalten überwacht, Cybercrime begünstigt oder Desinformationen verbreitet, kann Konsument:innen immens schaden. Entsprechend wichtig ist eine KI-Regulierung, die Konsument:innen präventiv schützt. Die AK hat sich aktiv mit Forderungen in den Gesetzwerdungsprozess eingebracht, etwa für eine bessere Regulierung von gesellschaftlich unerwünschten KI-Systemen.

Unterstützung in der digitalen Welt

Datendiebstahl, Zahlungsaufforderungen, Online-Betrug oder Abo-Fallen: Die AK hilft ihren Mitgliedern mit Beratung, Infos und Interventionen. Damit eng verknüpft ist die Unterstützung von Konsument:innen beim Umgang mit den Folgen von Cybercrime. Ziel dabei ist es, Schäden möglichst gering zu halten und Betroffenen zu ermöglichen, digital wieder möglichst sicher unterwegs zu sein.

Ökodesign Verordnung

Die Trilog-Verhandlungen zur Ökodesign-Verordnung wurden Ende 2023 abgeschlossen. Konsument:innen können künftig in vielen Bereichen umweltfreundlichere Produkte kaufen. Ersatzteile müssen eine bestimmte Zeit verfügbar sein und beim Kauf soll es Hinweise auf die Haltbarkeit sowie die Reparierfähigkeit geben. Unternehmen ist es künftig verboten, neuwertige Textilien und Schuhe zu vernichten.

Stark gestiegene Kreditzinsen und niedrige Sparzinsen

Die Zinserhöhungen der EZB führten zu stark gestiegenen Zinsen für Hypothekarkredite. So sind die Sollzinsen bei ausreichender Bonität zwischen 2020 und 2023 von einem Prozent auf 4,625 Prozent gestiegen. Das führte für viele Kreditnehmer:innen zu einer deutlich gestiegenen monatlichen Mehrbelastung. Während Kreditzinsen bei Zinserhöhungen rasch nachziehen, bleiben die Sparzinsen vergleichsweise zu niedrig.

Test von Kinderlebensmittel

Lebensmittel, die sich an Kinder richten, sollten deren Ernährungsbedürfnisse gut abdecken. Konkrete rechtliche Vorgaben fehlen allerdings, und für Werbung gilt nur eine Selbstverpflichtung der Hersteller:innen. Der AK Kinderlebensmitteltest zeigte einmal mehr Handlungsbedarf: Noch immer ist die Mehrheit zu süß, zu fett und/oder zu salzig und es handelt sich vor allem um hochverarbeitete Lebensmittel.

AK Lebensmittelmonitor

Der AK Preismonitor zeigte auf, dass insbesondere für preisgünstige Lebensmittel und Reinigungsmittel auch im Jahr 2023 die Preise sehr hoch waren und die AK Mitglieder belasteten. Die Arbeiterkammer nahm deshalb am Lebensmittel-Preisgipfel der Bundesregierung teil und die Bundeswettbewerbsbehörde startete eine Branchenuntersuchung.

Tarifmonitor Telefon und Internet

Die Inflation schlägt auch beim Telefonieren und Surfen voll zu. Wer im Handyvertrag Wertsicherungs- oder Indexanpassungsklauseln hat, musste 2023 mit kräftigen Preiserhöhungen rechnen. Die AK sorgte für den Marktüberblick und zeigte auf, dass etliche kleinere Unternehmen ihre Preise nicht geändert haben.

Finanzführerschein

Auch 2023 war die Nachfrage von Polytechnischen- und Berufsschulen beim Finanzführerschein groß. Im Rahmen von zwei Festakten in der AK Wien im Jänner und Juni wurden rund 1.000 Schüler:innen die Finanzführerschein-Zertifikate verliehen. Seit Beginn dieser Aktion erhielten in Summe rund 6.100 Schüler:innen den Wiener Finanzführerschein.

Digitale Fairness – Initiative der EU

Die digitale Wirtschaft gewinnt mit Daten und KI immer mehr Macht über Konsument:innen. Im digitalen Zeitalter sind alle permanent verletzlich. Die EU-Kommission prüft daher die „digitale Fairness“ im EU-Verbraucherrecht. Der Fitness-Check des Verbraucherrechts bietet die Chance, Bürger:innen zu selbstbestimmten Akteuren zu machen.

Das hat die AK Wien 2023 erreicht

- **Zusatzentgelte zurückgeholt**
Mehr als 20.000 Konsument:innen, die Zusatzentgelte wie Anmeldegebühren oder Servicepauschalen bei Fitnesscentern bezahlen mussten, beteiligten sich bei einer Sammelaktion der AK. Dadurch konnten rund 900.000,- Euro für mehr als die Hälfte der Teilnehmer:innen zurückgeholt werden.
- **Erfolg gegen Klarna Bank**
Die AK ist mit Erfolg gegen die schwedische Klarna Bank wegen sieben Klauseln und zwei Geschäftspraktiken vorgegangen. Erfolgreich bekämpft wurde etwa die Praktik, Geschäftsbedingungen auf der Website zu verstecken oder die Einhebung von gestaffelten pauschalen Mahnspesen.
- **Gütesiegel für Tarifvergleich**
Um den passenden Tarif für sein Smartphone oder das Internet zu Hause zu finden, bietet die AK Telekom- und Internettarifrechner an. Diese Vergleichsportale wurden nun von der Telekom- und Rundfunkregulierungsbehörde geprüft und mit einer Zertifizierung ausgezeichnet.
- **Altersdiskriminierung bei Kreditvergaben abgeschafft**
Ältere Menschen ab 70 Jahren hatten oft aufgrund ihres Alters keinen Kredit bekommen. Das war eine unzulässige Altersdiskriminierung und wurde aufgrund der Forderungen von AK und Seniorenvertretungen gesetzlich verboten.

Das fordert die AK

- **Verbandsklagenrichtlinie umsetzen**
Die Verbandsklagenrichtlinie wurde auf EU-Ebene geändert, um Massenschäden leichter abwickeln zu können. Ende 2023 war Österreich bei der Umsetzung noch immer säumig. Die AK fordert eine rasche Umsetzung, die eine klare Verbesserung der Durchsetzung von Konsument:innenrechten darstellen wird.
- **Kinderwerbung regulieren**
Werbung für energiedichte, zucker- und/oder fettreiche Lebensmittel ist insbesondere bei Kindern für Übergewicht und ungesunde Ernährung mitverantwortlich. Nötig ist eine verbindliche Regulierung, die Kinderwerbung im TV und in sozialen Medien beschränkt.
- **Nutri-Score umsetzen**
Der Nutri-Score ist eine einfache Darstellung des Ernährungswertes eines Lebensmittels auf der Verpackung. Einige EU-Länder wenden den Nutri-Score bereits als nationales freiwilliges System an. Das sollte Österreich als Vorbild dienen.
- **Shrinkflation sichtbar machen**
Um die hohe Teuerung teilweise zu verschleiern, mehrten sich die Fälle im Lebensmittelbereich, in denen die Füllmenge reduziert, die Packungsgröße aber beibehalten wurde. Deshalb soll ein verpflichtender und gut sichtbarer Hinweis auf der Verpackung oder am Regal darauf hinweisen.

Kampf für Bildungsgerechtigkeit in Zeiten der Teuerung

Die AK Wien legte auch im Jahr 2023 einen Fokus auf die Bildungs- und Karrierechancen ihrer Mitglieder. Infolge der Teuerungswelle wurden die Kosten für Schule und Weiterbildung eingehend untersucht. Daneben stand auch die Vereinbarkeit von Arbeit, Privatleben und Lernen im Mittelpunkt der Aktivitäten der AK Wien. Umso mehr macht sich die Arbeiterkammer für Schüler:innen, Lehrlinge, Studierende und deren Eltern stark – für eine bessere Bildung, Aus- und Weiterbildung!

31.168

Teilnehmer:innen bei 898 Veranstaltungen und Workshops für Jugendliche

19.746

Teilnehmer:innen bei 876 Schul-Workshops und Planspielen für Jugendliche

Teuerung und Schulkosten

Mit der anhaltenden Teuerung blieben auch die Schul- und Bildungskosten im abgelaufenen Jahr ein bildungspolitischer Dauerbrenner. Im Anschluss an das AK Nachhilfebarometer im Mai startete die AK die großangelegte Schulkostenstudie, bei der Eltern über das gesamte Schuljahr 2023/24 ihre schulischen Ausgaben dokumentieren. Sowohl das Nachhilfebarometer als auch die ersten Zwischenergebnisse der Schulkostenstudie zeigen: Der Bildungserfolg von Kindern ist vom Finanzpolster der Eltern abhängig und die Teuerung gefährdet die Bildungsteilhabe.

Erfolg Elementarpädagogik

Im Jänner 2023 wurde mit den Sozialpartner:innen ein Kinderbetreuungs-gipfel veranstaltet. Der politische Weckruf nach einer gut ausgebauten Kinderbetreuung und der Förderung frühkindlicher Bildung wurde gemeinsam immer stärker und führte zum Erfolg. Im Herbst 2023 einigten sich Bund und Länder auf ein Ausbaupaket. Gemeinsam mit dem ÖGB entwickelte die Arbeiterkammer außerdem ein Ausbildungsmodell für die Elementarpädagogik, um den Personalmangel zu entschärfen und Entwicklungsperspektiven für die Beschäftigten zu eröffnen.

AK Angebote geben Orientierung

- **Arbeitswelt und Schule**
Das Programm bietet Workshops und Materialien in den Bereichen Berufsorientierung, Politische Bildung, Wirtschaftsbildung und Recht.
- **Unterrichtsmaterialien**
Die AK bietet zahlreiche kostenlose Materialien für den Unterrichtseinsatz an.
- **AK Jopsy**
Das Berufsinteressen-Tool hilft Jugendlichen und Erwachsenen bei der beruflichen Orientierung.
- **L14 Bildungs- und Berufsinfomesse**
Unterstützt Jugendliche und Eltern bei der Suche nach einem guten Bildungs- und Berufsweg.
- **BBO-Messe**
Gemeinsam mit der PH Wien organisierte die AK die Bildungs- und Berufsorientierungsmesse als zentrale Fachveranstaltung für Wiener Lehrer:innen.

- **AK bei der BeSt**
Die AK war bei der Bildungsmesse BeSt in der Wiener Stadthalle vertreten.

5.703

Besucher:innen haben sich bei der L14 AK Bildungs- und Berufsinfomesse vor Ort informiert

2.771

Teilnehmer:innen bei 24 Informations- und Fachveranstaltungen

AK WEITERBILDUNGS-FÖRDERUNG



8.717 Bildungsgutscheine
davon 69% Frauen, 30% Männer, 1% Divers

1.073.000 Euro
an ausbezahlten Bildungsgutscheinen gesamt



1.658 Digitalisierungsgutscheine („Digi-Bonus“)
davon 76% Frauen, 23% Männer, 1% Divers

1,5 Mio. Euro
an „Digi-Winner“ Förderungen gesamt

Frauen
Männer
Divers

Aktivitäten/Forderungen zu FH-Entwicklungsplan

Im Rahmen der Veröffentlichung des Fachhochschul-Entwicklungs- und -Finanzierungsplans forderte die AK gemeinsam mit den Sozialpartner:innen sichere Finanzierungsperspektiven für die Fachhochschulen, eine Studienplatz-Offensive, Qualitätssicherung und die Stärkung der Durchlässigkeit des Fachhochschulsektors. Die praxisorientierten Studiengänge der Fachhochschulen sind eine wichtige Säule zur Deckung des Fachkräftebedarfs in Österreich.

Chancenindex und Schulentwicklung

Die AK ließ auch im Jahr 2023 bei der Bildungsgerechtigkeit nicht locker. Ziel bleibt die österreichweite Umsetzung des AK Chancen-Index gepaart mit aktiver Schulentwicklung. Wie erfolgreiche Schulentwicklung gelingen kann, wurde im Rahmen einer AK Tagung im Juni gezeigt.

Sprachförderung ausbauen

Im Jahr 2023 wurden die Aktivitäten im Rahmen des „AK Sprachschlüssel“ für eine wirksame Sprachförderung im Bildungssystem intensiv fortgesetzt. Im Frühjahr veranstaltete die AK eine Messe zu Mehrsprachigkeit und Interkulturalität und eine Vortragsreihe zu Zukunftsperspektiven für Mehrsprachigkeit. Die Evaluationsstudie des BMBWF zu den Deutschförderklassen wurde im Rahmen einer AK Fachveranstaltung präsentiert. Gemeinsam mit Sozialpartner:innen und Hilfsorganisationen wurde die aktualisierte Studie „Migration und Mehrsprachigkeit“ vorgestellt.

IT-Lehre

Im Juni präsentierte die AK gemeinsam mit der GPA eine Studie zu IT-Lehrberufen. Ernüchterndes Ergebnis: Während die Informations-, Kommunikations- und Telekommunikationsbranche verhältnismäßig viel in die Weiterbildung ihrer Beschäftigten investiert, hat sie einen blinden Fleck in der Lehrlingsausbildung. Nur eine oder einer von 100 Beschäftigten in der Branche ist Lehrling in Berufen wie Applikationsentwicklung und Coding oder Informationstechnologie-Systemtechnik. Damit ist die Branche Schlusslicht in der Lehrlingsausbildung.

Das fordert die AK

- Ausbau von Kindergartenplätzen und Erweiterung der Öffnungszeiten.
- Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr sowie ein zweites kostenloses Kindergartenjahr.
- Bedarfsgerechte Schulfinanzierung und Schulentwicklung mit dem AK Chancen-Index.
- Ausbau der Ganztagschulen: mehr Plätze, mehr Qualität.
- Einrichtung von Kompetenzzentren in der Lehre.
- Reform der Matura: weg vom Bulimielernen – hin zu mehr Anerkennung und Nachhaltigkeit.
- Berufsorientierung als eigener Gegenstand in allen Schulformen.
- Bedingungen und Qualität der Lehrausbildung verbessern.

Erwachsenenbildung

Die AK setzte 2023 einen interessenpolitischen Schwerpunkt auf die Erwachsenenbildung, die in Österreich seit Jahren chronisch unterdotiert ist. Gefordert wurden insbesondere eine Valorisierung und Aufstockung der öffentlichen Mittel in der Erwachsenenbildung sowie die Einrichtung eines unternehmensfinanzierten Aus- und Weiterbildungsfonds. Die AK Aktivitäten waren (teilweise) von Erfolg gekrönt: Im Bundesbudget erfolgte eine Erhöhung der Mittel und mit Jahresende eine Verlängerung und Mittelaufstockung für die Initiative Erwachsenenbildung.

Gendergerechtigkeit bleibt ein „Bohren harter Bretter“ – aber die AK Wien bohrt weiter!

Die Rechte von Frauen und ihre Gleichbehandlung in Erwerbs-
leben und Gesellschaft bleiben im Fokus der AK Arbeit. Wir
treten gegen Rückschritte in der Geschlechtergerechtigkeit
und für die wirtschaftliche Unabhängigkeit von Frauen ein.
Das Schließen der Lohnschere, der Ausbau der Elementar-
bildung und die partnerschaftliche Teilung von unbezahlter
Sorgearbeit sind wichtige Stellschrauben. Gute Jobchancen
für alle Frauen – auch für Migrantinnen, Frauen mit Behinde-
rung oder entmutigte Frauen – sind nach wie vor unser Ziel.

Neuerung für Eltern und pflegende Angehörige

Österreich hat die EU-Richtlinie zur Vereinbarkeit von Beruf und Privat-
leben für Eltern und pflegende Ange-
hörige verspätet umgesetzt. Neue
Regelungen im Bereich Mutterschutz
und Väterkarenz sind Ende 2023
sehr rasch in Kraft getreten. Die AK
Wien hat u.a. die Komplexität und
daraus resultierende Unsicherheiten
für Eltern thematisiert und Verbesse-
rungsvorschläge eingebracht. Positive
Neuerungen gab es bei der Pflegefrei-
stellung, die nun ein größerer Perso-
nenkreis in Anspruch nehmen kann.

Weiblich – arbeitslos – entmutigt

Trotz Arbeitskräftebedarf geben viele
Frauen die Suche nach einem Job
auf. Diese Frauen – auch als „Stille
Reserve“ bezeichnet – würden gerne
arbeiten, es fehlt ihnen aufgrund der
Bedingungen am Arbeitsmarkt aber
jede Perspektive auf eine passende
Stelle. Oft ist das Fehlen von Kinder-
betreuungsplätzen der Grund, dass
Frauen kurzfristig bei einem Job-
angebot nicht zur Verfügung stehen.
Im März 2023 präsentierte die AK
Wien eine Studie mit konkreten Ände-
rungsvorschlägen zu diesem Thema.

Geschlechtsspezifische Lohnschere schließen

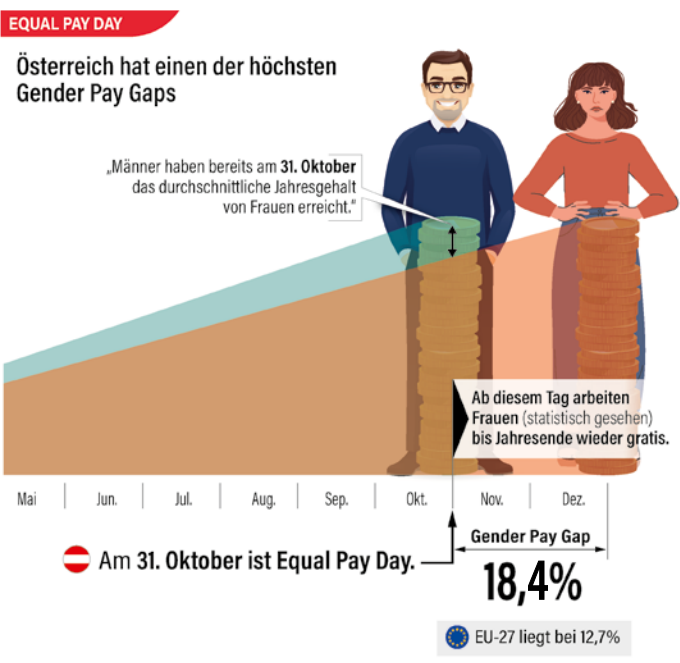
Die AK Wien fordert seit Jahren eine
Stärkung der Lohntransparenz, um
die geschlechtsspezifische Lohn-
schere zu schließen. Seit Mitte
2023 ist die EU-Richtlinie zur Lohn-
transparenz in Kraft. Für Österreich
eine große Chance, um faire Entloh-
nung für Frauen voranzutreiben. Die
AK Wien fordert daher eine rasche
Umsetzung. Lohnfairness muss für
alle Beschäftigten gestärkt werden.
In der neu einzurichtenden natio-
nalen Monitoringstelle müssen die
Sozialpartner:innen beteiligt sein.

STOPP zu sexueller Belästigung

Alarmierend viele Arbeitnehmer:innen
erfahren sexuelle Belästigung am
Arbeitsplatz. Besonders betroffen sind
weibliche Lehrlinge und Praktikantinnen
sowie Frauen in prekärer Beschäftigung.
Daher wurde die Unterstützung für junge
Frauen und Mädchen im Projekt Act4-
Respect erweitert. Breite Resonanz
hatte eine Social Media-Kampagne:
16 Kurzvideos zeigten anonymisierte
Fälle von sexueller Belästigung und
wiesen auf die Verantwortung der Arbeit-
geber:innen bei Prävention und Schutz
der Opfer hin.

Familienzeitbonus verdoppelt

Der Familienzeitbonus ist die Geld-
leistung im Papamonat. Die AK Wien
forderte seit Langem eine Erhöhung
des Familienzeitbonus als Anreiz
für die Väterquoten in der Kinder-
betreuung. Unsere Forderungen und
Vorschläge waren erfolgreich: Der
Familienzeitbonus wurde verdoppelt.
Zusätzlich wird bei einem späteren
Bezug von Kinderbetreuungsgeld des
Vaters der Familienzeitbonus nicht
mehr in Abzug gebracht. Ein weiterer
Schritt für mehr Väterbeteiligung und
Partnerschaftlichkeit.



Am 31. Oktober war Equal Pay Day in Österreich. Ab diesem Tag arbeiten Frauen – statistisch gesehen – gratis. Österreich hat mit 18,4 Prozent einen der höchsten Lohnunterschiede, also einen der höchsten Gender Pay Gaps in der EU. Im Schnitt beträgt der Gap in der EU 12,7 Prozent.

Das fordert die AK

- **Ausbau der Kinderbetreuung und Kinderbildung**
Es braucht mindestens eine Milliarde Euro mehr pro Jahr für mehr Plätze, längere Öffnungszeiten sowie einen Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz ab dem ersten Geburtstag des Kindes.
- **Faire Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit**
Die AK Wien fordert effektivere Anreize zur partnerschaftlichen Teilung und damit zur Erhöhung der Väterquote bei der Kinderbetreuung. Auch eine Erhöhung der Mindestanteile für Väter beim Bezug des Kinderbetreuungsgeldes ist wichtig.
- **Umsetzung der Lohntransparenzrichtlinie**
Lohntransparenz ist ein wichtiger Hebel, um die große geschlechtsspezifische Lohnschere zu schließen und faire Entlohnung für Frauen zu stärken. Die AK Wien fordert eine rasche und vollständige Umsetzung!
- **Hürden beim Kinderbetreuungsgeld abschaffen**
Bürokratische Hürden für Eltern und die hohe Komplexität sollen wegfallen, und es braucht Rechtssicherheit und Klarheit.
- **Sexuelle Belästigung stoppen**
Arbeitgeber:innen müssen einen sicheren und respektvollen Arbeitsplatz für alle Mitarbeitenden schaffen. Es braucht Präventionsmaßnahmen, Unterstützungsstrukturen für Betroffene und ein klares Vorgehen gegen Täter:innen bei sexueller Belästigung im Betrieb.

Sichere und gesunde Arbeit für alle Arbeitnehmer:innen

Die Humanisierung der Arbeit ist unser Grundanliegen. Die AK Wien tritt für eine gesunde, sichere und menschengerechte Gestaltung von Arbeitsplätzen, der Arbeitsumgebung und der Arbeitsorganisation ein. Wir beraten und schaffen Bewusstsein für Risiken und Gefahren am Arbeitsplatz. Wir treiben die Themen Sicherheit und Gesundheit am Arbeitsplatz gezielt politisch voran, um die Interessen der Arbeitnehmer:innen durchzusetzen.

2.810

Beratungen zum Thema
Gesunde Arbeit

2.728

Telefonische
Beratungen

82

Schriftliche
Beratungen

Website „Arbeit und Alter“ im neuen Glanz

Gute Arbeitsbedingungen und lebensphasenorientierte Beschäftigung erleben durch den spürbaren demografischen Wandel einen Aufschwung. Genau der richtige Zeitpunkt für den Relaunch von „Arbeit und Alter“. Arbeiterkammer, IV, WKÖ und ÖGB bieten hier gemeinsam Tipps und Lösungen für alters- und altersgerechtes Arbeiten im Betrieb an. Die vier Handlungsfelder „Führung“, „Gesundheit“, „Weiterbildung“ und „Organisation“ helfen, um für alle Generationen gute Arbeitsbedingungen zu schaffen. Ein Besuch lohnt sich: www.arbeitundalter.at

„Gesunde Arbeit“ auf Social Media wächst weiter

Die Lösungswelt „Gesunde Arbeit“ ist die innovative Zusammenführung von Themen zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeitswelt. „Gesunde Arbeit“ startete 2021 mit eigenen Social Media-Kanälen. 2023 konnten die Zugriffe überall gesteigert werden: Auf Facebook waren es 6.235 Follower:innen bei einer Reichweite von 393.289 Personen. Auf X (vormals Twitter) gab es 5.341.000 Impressionen und 1.285 Follower:innen, die Videos wurden 5.651 Stunden lang angesehen. YouTube diente als Plattform für 321 Videos mit über 16.400 Aufrufen.

Sicher topinformiert: „Gesunde Arbeit“

Das Magazin „Gesunde Arbeit“ erschien 2023 viermal mit eigenen Bundesländerausgaben und 241.724 Exemplaren. Schwerpunkte waren „Inklusion und Teilhabe am Arbeitsplatz“, „Klimakrise und Arbeitnehmer:innenschutz“, „Die Psyche entlasten!“ und „Arbeitsdruck ohne Ende“.

Die Website www.gesundearbeit.at verzeichnete 67.516 Aufrufe bei 42.687 Besuchen. Rund 55 Prozent der Besuche entfielen auf mobile Endgeräte. Der monatliche e-Newsletter „Infos zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit“ wurde an 1.947 Abonnent:innen versandt.

Evaluierung psychischer Belastung

Seit der Novellierung des Arbeitnehmer:innenschutzgesetzes im Jahr 2013 ist die Evaluierung psychischer Belastung explizit als Teil der Arbeitsplatzevaluierung verankert. Dem Anlass entsprechend luden im September 2023 die Arbeiterkammern Wien und Salzburg, die AUVA und das Zentral-Arbeitsinspektorat zur Jubiläumsveranstaltung ins Bildungszentrum der AK Wien ein, um die Ursprünge dieser wichtigen rechtlichen Rahmensetzung, aktuelle Themen sowie Erfahrungen aus der Praxis vor den Vorhang zu holen.

Neue Broschüre „Psychische Belastungen“

Was gibt das Arbeitnehmer:innenschutzgesetz für die Evaluierung psychischer Belastungen vor? Die frisch aktualisierte Broschüre der Arbeiterkammer Wien liefert einen kurzen und prägnanten Überblick über die wichtigsten Bestimmungen und gibt Antwort auf diese und weitere wichtige Fragen. Ziel der sogenannten Arbeitsplatzevaluierung psychischer Belastungen ist es, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die ein menschengerechtes, gesundes und sicheres Arbeiten bis zur Pension gewährleisten.



Beratungen Gesundheit und Arbeit

Im Jahr 2023 haben die Expert:innen der AK Wien mehr als 2.800 Mitglieder bei Fragen zu Gesundheit und Arbeit beraten. Schwerpunkte bildeten dabei die Themen Arbeitnehmer:innenschutz, Gestaltung der Arbeitsplätze, Hitze und Kälte am Arbeitsplatz, betriebliche Gesundheitsförderung sowie Belästigung und Gewalt am Arbeitsplatz.

60.431

Exemplare betrug durchschnittlich die Auflage des vierteljährlich erscheinenden Magazins „Gesunde Arbeit“

67.516

Seitenaufrufe auf www.gesundearbeit.at

4

Betriebsbegehungen aufgrund von Beschwerden

313

Kolleg:innen wurden als Sicherheitsvertrauenspersonen in 19 Seminare aus- und weitergebildet.

Das fordert die AK

- **Mehr Arbeitsinspektor:innen**
Um die Schutzgesetze besser zu überwachen, sind zusätzlich 50 Arbeitsinspektor:innen notwendig. Arbeitgeber:innen, die die Gesundheit der Beschäftigten aufs Spiel setzen, sind streng zu strafen.
- **Etablierung von Arbeits- und Organisationspsycholog:innen**
Arbeits- und Organisationspsycholog:innen sind als gleichberechtigte Präventivfachkräfte aufzuwerten.
- **Manuelle Handhabung von Lasten wirksam regeln**
Schaffung einer Durchführungsverordnung zur manuellen Handhabung von Lasten samt verbindlicher Obergrenzen für das Bewegen von Lasten.
- **Risikobasierte Grenzwerte**
Die AK tritt bei gesundheitsschädigenden Arbeitsstoffen für einen raschen Umstieg von TRK-Werten auf risikobasierte Grenzwerte ein.
- **Schutz vor Hitze am Arbeitsplatz**
Abgestufte Schutzmaßnahmen ab 25 Grad Celsius in Innenräumen und bei Arbeiten im Freien. In letzter Konsequenz muss es bezahlt hitzefrei geben.
- **Erweiterung der Kompetenz der AUVA**
Erweiterung des gesetzlichen Präventionsauftrages für die AUVA über das Unfallgeschehen hinaus – auch für arbeitsbedingte Erkrankungen.

Service und Beratung für Arbeitnehmer:innenvertreter:innen

Die AK Expert:innen beraten Betriebsrät:innen und Arbeitnehmer:innenvertreter:innen im Aufsichtsrat vorwiegend in wirtschaftlichen Angelegenheiten. Sie arbeiten dabei eng mit den Gewerkschaften zusammen und bieten umfangreiche Beratungs- und Weiterbildungsangebote sowie Serviceleistungen an. Um die aktuellen Problemlagen der Beschäftigten in den Betrieben zu evaluieren, werden regelmäßig Befragungen und Studien durchgeführt. Die AK Beratung steht Arbeitnehmer:innenvertreter:innen kostenlos zur Verfügung.

Stärkung der Wirtschaftskompetenz

Eine wichtige Voraussetzung, die Rechte der betrieblichen Mitbestimmung auszuschoöpfen und auf Augenhöhe mit der Geschäftsführung zu kommunizieren, ist eine umfangreiche Kenntnis über die wirtschaftliche Situation von Unternehmen. Vor allem in den Aufsichtsräten von Kapitalgesellschaften kommt der Arbeitnehmer:innenvertretung neben mehr Verantwortung auch mehr Gestaltungsspielraum zu.

480
wirtschaftliche Beratungen von Betriebsrät:innen und Aufsichtsrät:innen

1.100
sozialpolitische Beratungen

239
Seminare mit 5.892 Teilnehmer:innen

Neue Services für unsere Zielgruppen

Im Jahr 2023 wurden Zielgruppen, die traditionell keine starke Verbindung zu Gewerkschaften oder AK haben und unterdurchschnittlich an den AK Wahlen teilnehmen, mit Aktivitäten vermehrt serviciert. Dabei wurden neue Wege der Zielgruppenansprache entwickelt. Etwa durch regelmäßige Besuche in unorganisierten Betrieben, um den Beschäftigten die Services der AK näher zu bringen.

Sozialpolitische Beratungen

2023 hat die Arbeiterkammer Wien rund 1.100 sozialpolitische Beratungen für Gewerkschaftssekretär:innen, Betriebsrät:innen und Personalvertreter:innen durchgeführt. Thematisch standen vor allem Fragen zum Arbeitsverfassungsrecht, zu Umstrukturierungen, zur Arbeitszeit und zum Datenschutz in der Arbeitswelt im Vordergrund.

4
IFAM Weblounges mit rund 700 Teilnehmer:innen

50
Branchenanalysen

420
Vorbereitungskurse für Lehrabschlussprüfungen

42
Fachausschüsse

5.000
Kontaktpersonen der AK Wien in Wien wurden persönlich betreut

7.500
Arbeitsjubilare wurden 2023 von der AK Wien geehrt



AK Branchenreports 2023

Die AK Branchenreports untersuchen regelmäßig die Entwicklung der österreichischen Wirtschaft anhand veröffentlichter Jahresabschlüsse. Im Jahr 2023 wurden unter anderem folgende Branchenanalysen durchgeführt:

- Banken
- Elektroindustrie
- Energieversorgungsunternehmen
- Gütertransport
- Handel
- Holzindustrie
- Kunststoffindustrie
- Metallindustrie
- Nahrungs- und Genussmittelindustrie
- Sozialbereich
- Versicherungen

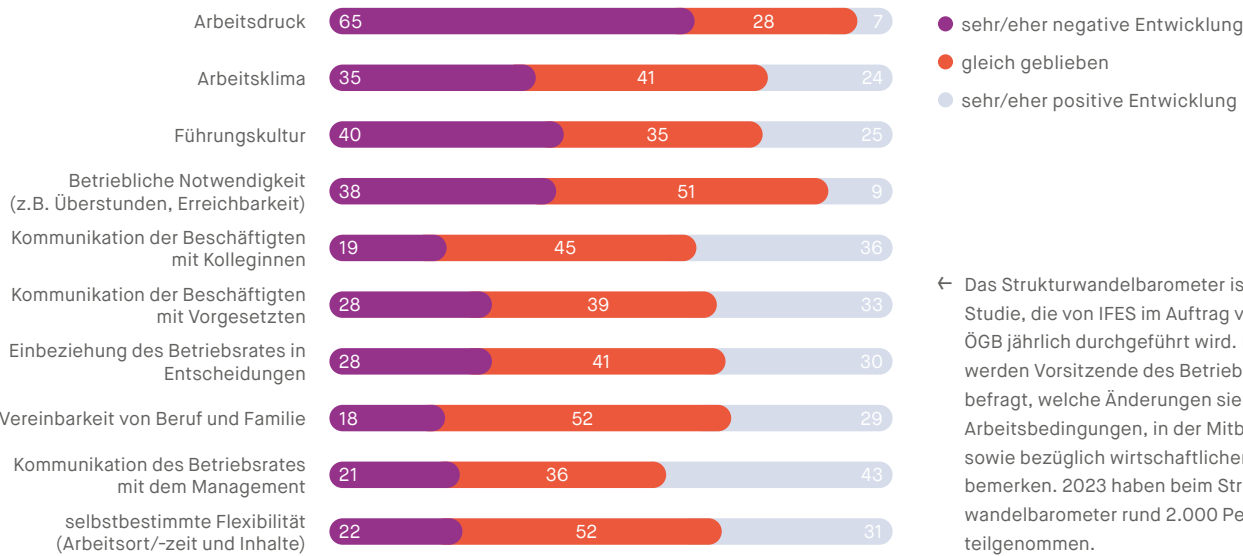
Fachausschüsse

In mehr als 244 Seminaren wurden Lehrlinge auf ihre Lehrabschlussprüfung vorbereitet. Beschäftigte im Gesundheitsbereich konnten sich in über 176 Kursen des zuständigen Fachausschusses weiterbilden. Ein Highlight dabei war ein Zertifikatslehrgang für Qualitätsmanagement. Die für Berufskraftfahrer:innen gesetzlich vorgeschriebenen Wiederholungs- sowie Zugangsprüfungen für Berufskraftfahrer:innen wurden durch den Fachausschuss Berufskraftfahrer:innen durchgeführt.

Förderung von Qualifikationen

Die AK Wien bietet umfangreiche Services sowie Aus- und Weiterbildungsangebote für überbetriebliche und betriebliche Interessenvertreter:innen an, um die Zusammenarbeit von Gewerkschaften und Arbeitnehmervertreter:innen zu fördern. Die gezielte Weiterbildung wurde 2023 in einem breiten Mix aus Präsenz- und Online-seminaren weiter ausgebaut. Zudem wurden von der AK Wien auch Lehrgänge und Spezialausbildungen für unterschiedliche Zielgruppen durchgeführt.

STRUKTURWANDELBAROMETER AK/ÖGB/IFES 2023



← Das Strukturwandelbarometer ist eine Studie, die von IFES im Auftrag von AK und ÖGB jährlich durchgeführt wird. Dabei werden Vorsitzende des Betriebsrates befragt, welche Änderungen sie in den Arbeitsbedingungen, in der Mitbestimmung sowie bezüglich wirtschaftlicher Faktoren bemerken. 2023 haben beim Strukturwandelbarometer rund 2.000 Personen teilgenommen.

Kunst und Kultur für die Vielen in Zeiten der Teuerung

Das Jahr 2023 stand endlich auch in der Kultur – die besonders von den Pandemie-Einschränkungen betroffen war – im Zeichen der Normalisierung, und das Publikum kehrte langsam zurück. Jedoch erschwerte die hohe Teuerung vielen Menschen die Teilhabe am kulturellen Leben. Die AK setzte sich umso mehr dafür ein, Kultur auch für jene zu ermöglichen, die weniger privilegiert sind. Daher unterstützte die AK Wien auch 2023 eine Vielzahl an Projekten in Kunst und Kultur bei ermäßigtem oder freiem Eintritt.

Hunger auf Kunst und Kultur

Die AK Wien unterstützt unter dem Motto „Kultur für alle“ den Verein Hunger auf Kunst und Kultur, der den Kulturpass ermöglicht. Damit erhalten sozial benachteiligte Menschen freien Eintritt in zahlreiche kulturelle Einrichtungen wie Kinos, Museen und Theater. Zugutekommen soll diese Aktion allen, die aus finanziellen Gründen nicht am kulturellen Leben teilnehmen können: Menschen unter der Armutsgrenze. In Wien gibt es aktuell 220 Kulturpartner, die einen unentgeltlichen Eintritt ermöglichen.

Popfest Wien

Das Popfest Wien ist als Fixpunkt des Wiener Kultursommers nicht mehr wegzudenken. Kuratiert von der Musikjournalistin Lisa Schneider sowie dem Autor und Musiker Markus Binder bot das Popfest Wien zwischen dem 25. und 28. Juli 2023 der österreichischen Musikszene wieder eine große Bühne am und rund um den Karlsplatz bei freiem Eintritt für alle. Die AK Wien unterstützt das Popfest Wien nun schon seit 2017 als Hauptsponsorin und leistet damit einen Beitrag zur lebendigen österreichischen Musikszene.

Public Moves bei ImPulsTanz

Die erfolgreichen Gratis-Tanzworkshops von „Public Moves“ beim Impulstanz Festival wurden fortgesetzt. Von 6. Juli bis 6. August 2023 fanden 112 Tanzklassen mit internationalen Dozent:innen und Musiker:innen statt. An fünf Standorten im öffentlichen Raum in Wien (Hirschstetten, Kaisermühlen, Koptische Kirche, Donaupark und MQ) konnten über 10.000 Personen aktiv und kostenlos teilnehmen, egal welchen Alters. Darüber hinaus kamen rund 7.000 Zuschauer:innen.

Buchpreis Debüt

2023 wurde zum achten Mal der österreichische Buchpreis vergeben, die AK Wien stiftet den Debütpreis. Für den Debütpreis waren Arad Dabiri („Drama“), Thomas Oláh („Doppler“) und Eva Reisinger („Männer töten“) nominiert. Am 18.10.2023 präsentierten die drei Autor:innen ihre Erstlingswerke bei einer Lesung in der AK Bibliothek. Die Verleihung des Österreichischen Buchpreises 2023 fand am 6. November im Kasino am Schwarzenbergplatz statt, den Debütpreis 2023 erhielt Arad Dabiri.

AK Kunstprojekte

Die AK Wien verbindet die Förderung von Künstler:innen mit einem freien Zugang ihrer Mitglieder zu Kunst und Kultur. Zweimal jährlich öffnen Ausstellungen zeitgenössischer Kunst ein „Kunstfenster“ für die Besucher:innen. 2023 widmete sich Marlene Hausegger mit der Ausstellung „Erledigt?“ künstlerisch der Frage eines sozialen Netzes, das die AK spannt. Markus Proschek fragte unter dem Titel „Pillarisation“ nach den tragenden Säulen einer Gesellschaft.

Wiener Festwochen

Die AK Wien unterstützte bei den Wiener Festwochen wieder Veranstaltungen bei freiem Eintritt, allen voran die große Eröffnung am Rathausplatz, aber auch viele andere Veranstaltungen wie beispielsweise ein Performance-Projekt am Sparefroh-Spielplatz im Donaupark, oder Führungen mit Künstler:innen rund um die Wohnung von Alban Berg, dem Allianz Stadion oder im Kunsthistorischen Museum Wien. Zudem waren die Wiener Festwochen mit zwei Produktionen im Theater Akzent zu Gast.

Wiener Stadtgespräche

2023 fanden fünf Wiener Stadtgespräche statt. Die erfolgreiche Gesprächsreihe ist eine Kooperation mit der Wiener Wochenzeitung FALTER, moderiert von der Journalistin Barbara Tóth. Die Veranstaltungen im AK Bildungsbäude fanden bei freiem Eintritt statt und wurden im Livestream übertragen. Die Journalistin Annika Brockschmidt sprach über „Amerikas Gotteskrieger. Wie die religiöse Rechte die Demokratie gefährdet“. Der österreichische Bestsellerautor Marc Elsberg stellte „°C – Celsius“ vor, einen Thriller rund

um das Thema des Klimawandels. Tupoka Ogette, Vermittlerin für Rassismuskritik, legte dar, wie eine gerechtere Welt für uns alle geschaffen werden kann. Silke Müller, Schulleiterin und niedersächsische Digitalbotschafterin, klärte über die digitalen Bedrohungen auf, denen Kinder ausgesetzt sind: „Wir verlieren unsere Kinder!“. Der Erfolgsautor Daniel Kehlmann sprach über seinen Roman „Lichtspiel“ sowie über Schlaglichter auf die Gesellschaft, ihre Kultur und Abgründe.

Gratis-Workshops für Schulklassen

Ein wichtiger Schwerpunkt für die Kulturarbeit der AK Wien ist die Vermittlung von Kunst und Kultur für junge Menschen. Wesentlich ist, dass diese Vermittlungsprogramme kostenlos sind, damit es keine Zugangsbarrieren gibt. Denn schon ein kleiner Betrag ist besonders in Zeiten der Teuerung für viele Familien eine große Hürde. Die AK Wien unterstützt daher eine Vielzahl an kostenlosen Workshops für Schulklassen im Burgtheater, im Dschungel Wien Theaterhaus für junges Publikum, oder im Leopold Museum. Im Burgtheater sind Theater-Workshops mit einem Vorstellungsbesuch verbunden, oder es werden im Rahmen von Schulk Kooperationen in Partnerschulen mit ganzen Klassen Theaterstücke erarbeitet. Auch im Dschungel Wien werden Gratis-Workshops für Schulklassen ermöglicht, sowie die Erarbeitung eines Stücks mit jungen Menschen, das dann im Dschungel Wien zur Aufführung gelangt. Im Leopold Museum fanden kostenlose Workshops für Schulklassen rund um die Dauerausstellung „WIEN 1900. Aufbruch in die Moderne“ statt, um die Bedeutung der Wiener Moderne für junge Besucher:innen besser verstehbar zu machen und niederschwellig zu vermitteln.



←

Public Moves, Gratis-Tanzworkshop mit William Briscoe „Let’s Groove“

Kostenfreier Zugang zu Wissen, Information und Unterhaltung

AK Mitglieder und alle Interessierten können die umfangreichen kostenfreien Angebote und Services der AK Bibliothek Wien nutzen. Ergänzend zum Angebot an wissenschaftlichen Büchern und Fachzeitschriften finden die Leser:innen auch aktuelle Tages- und Wochenzeitungen gedruckt und digital, die DVD-Sammlung „Arbeit im Film“ sowie eine umfangreiche Auswahl an E-Books, E-Audiobooks, E-Journals und Filmen zum Streamen vor. Zudem stehen den Nutzer:innen PC-Arbeitsplätze, Kopierer und Scanner sowie WLAN in allen Bereichen der Bibliothek zur Verfügung.

PressReader

Mit dem PressReader erweiterte die AK Bibliothek ihr Angebot an digitalen Medien. Rund 3.000 internationale Zeitungen in mehr als 60 Sprachen sind jederzeit online verfügbar. Interessierte können den PressReader jeweils für 30 Tage am Desktop oder in der App entleihen und damit auf tagesaktuelle Zeitungen als auch auf ältere, archivierte Ausgaben jederzeit uneingeschränkt zugreifen. Einzige Voraussetzung dafür ist ein aktives Lesekonto der AK Bibliothek. Auch acht österreichische Tageszeitungen finden sich im Angebot.

Messe Buch Wien 2023

Die AK präsentierte gemeinsam dem ÖGB-Verlag ihr vielfältiges Angebot auf der Messe Buch Wien. Mehr als 58.000 Besucher:innen konnten sich über die breit gefächerten, kostenfreien wissenschaftlichen Publikationen (Zeitschriften, Schriftenreihen und Studien) informieren. Auch das umfangreiche Angebot an Ratgebern und Informationen zu den Services der AK fand bei den Besucher:innen regen Zuspruch.

Mehr Platz im Lesesaal

Die Zahl der Bibliotheksbesucher:innen, die den Lesesaal als Arbeits- und Lernort nutzen, ist in den vergangenen Jahren kontinuierlich gewachsen, allein im Jahr 2023 um 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Daher wurden durch neue, etwas kleinere Tische und eine optimierte Aufstellung elf neue Plätze geschaffen. Alle Arbeitsplätze sind nun mit Steckdosen und USB-Anschluss ausgestattet.

29.122

Entlehnung gedruckter Medien

89.714

Downloads digitaler Medien (OverDrive)

17.764

Gestreamte Filme und Serien (filmfriend)

65.190

Zugriffe auf AKmedien-Publikationen

20.959

Bibliotheksbenu ter:innen vor Ort



Netzwerk Wissenschaft

Das Netzwerk Wissenschaft der AK Wien hat das Ziel, die Zusammenarbeit mit der Scientific Community kontinuierlich auszubauen, was sich in der laufenden Erweiterung unserer Themenfelder widerspiegelt. Die interessenpolitischen Aktivitäten der AK Wien werden damit auf ein breites Fundament gestellt und auch im wissenschaftlichen Bereich verankert. Insbesondere werden junge Nachwuchswissenschaftler:innen gefördert, um bei Forschungsprojekten auch arbeitnehmer:innenrelevante Perspektiven einzubringen.

Kompetenz und Vernetzung

Die Aktivitäten umfassen ein breites Portfolio. Gefördert werden wissenschaftliche Abschlussarbeiten, Projekte und Kooperationen, die der wissenschaftlichen Kompetenz und Vernetzung der AK Wien dienen. Die Forschungskoope- ration „Sozialwissenschaftliches Netzwerk“ (SOZNET) wird von 2023 bis 2025 als SOZÖK-NET mit einem Fokus auf die soziale und ökologische Transformation der Arbeitswelt weitergeführt.

Unterstützung wissenschaftlicher Abschlussarbeiten

Im Jahr 2023 wurden zwei Masterar- beiten und zwei Dissertationen von der Arbeiterkammer Wien gefördert und abgeschlossen. Dabei behandelten die Studierenden aus Sicht der AK Wien äu- ßerst relevante Themen wie Arbeitszeit- verkürzung, die Rolle der Sozialpartne- rschaft, Flüchtlingshilfe und städtische Öffentlichkeit in der Seestadt Aspern.

Wissenschaftliche Projekte

Im Jahr 2023 wurden insgesamt 38 Pro- jekte in Form von Kooperationen un- terstützt. Dazu gehörten u.a. die Young Economists Conference, Workshops zur Daseinsvorsorge 2030 mit dem neu gegründeten Kompetenzzentrum für Al- ltagsökonomik, eine öffentliche Ringvor- lesung zu „Wem gehört ...? Die Rückkehr der Eigentumsfrage aus globaler Pers- pektive“ mit der Universität Wien oder die Wiener Karl Polanyi Gastprofessur.

Förderung junger Wissenschaftler:innen

Jungakademiker:innen können im Rahmen des Projektes „Forschungs- assisten:innen“ bis zu vier Monate in der AK Wien wissenschaftlich arbeiten. Sie erhalten einen Arbeitsplatz, finan- zielle Unterstützung und eine umfas- sende inhaltliche Betreuung. Im Jahr 2023 nutzten zwölf junge Wissenst- fter:innen diese Möglichkeit und bearbei- teten unterschiedlichste Themengebiete.



Lesesaal der AK Bibliothek Wien

Junge Mitbestimmung leben

Junge Menschen sind nicht einfach „die Zukunft“ – sie haben ein Recht auf Gegenwart und Teilhabe im Hier und Jetzt. Selbstbewusst, sichtbar und mit der AK auch bestens informiert. Mit der FAKTory und dem „Haus der Jugend“ errichtet die AK Wien Räume der Ermächtigung für und mit jungen Menschen. Auch andere Projekte und unser Angebot machen klar: Mitbestimmung und starke Stimmen gehören zusammen. Die AK steht immer an der Seite junger Menschen und verhilft ihnen zu ihrem Recht.

AK Jugendstories

Junge Menschen haben etwas zu sagen. Deshalb finden bei den AK Jugendstories Personen mit unterschiedlichsten Lebensgeschichten zusammen, um sich Gehör zu verschaffen: Nach monatelanger Auseinandersetzung mit der Klimaerhitzung hat die Gruppe ihren mittlerweile dritten Film produziert. „Klimakrise – wen juckt’s?“ hatte am 13. Dezember 2023 Premiere. Drehbuch, Charaktere, Dialoge und Szenen wurden kollektiv erarbeitet. Vor der Kamera standen die jungen Menschen selbst. Als Projektplattform sind die AK Jugendstories immer offen für neue Formate, Zugänge und Kooperationen.

5.703

Besucher:innen haben sich bei der L14 AK Bildungs- und Berufsinfomesse vor Ort informiert



Haus der Jugend

Wir stellen als Arbeiterkammer unsere jungen und zukünftigen Mitglieder in den Mittelpunkt. In der Plöbfgasse 13 wird in den kommenden Jahren ein neues Gebäude entstehen, dass speziell jungen Mitgliedern zur Verfügung steht. Mit der Auslobung eines internationalen, zweistufigen und anonymen Architekturwettbewerbs ist das „Haus der Jugend“ 2023 in der nächsten Umsetzungsphase. Um Mitbestimmung auch in der Konzeption des Gebäudes zu gewährleisten, wurde ein „Sounding Board“ mit jungen Erwachsenen zusammengestellt, das den Architekturwettbewerb als beratendes Gremium begleitet.



Mehr als zwei Drittel der Student:innen sind während des Studiums berufstätig – viele davon arbeiten prekär. Mit der FAKTory hat die AK im März 2023 deshalb eine neue Einrichtung speziell für arbeitende Studierende und deren Anliegen geschaffen. In unmittelbarer Nähe zum größten Wiener Hochschulstandort gibt es maßgeschneiderte Beratungsleistungen und Serviceangebote. Das vielfältige Veranstaltungsprogramm ermuntert Nachwuchswissenschaftler:innen zu faktenbasierten Debatten. Die angrenzende ÖGB-Buchhandlung bietet zudem ein umfassendes Sortiment an Nachschlagwerken.



Ob Schüler:in, Lehrling, Praktikant:in oder Studierende – die AK hat für alle das passende Angebot und die nötigen Informationen. Unter dem Banner „AK Young“ werden umfangreiche Services für junge Menschen angeboten. Dazu zählen kostenlose Beratungen zu rechtlichen und finanziellen Fragen sowie altersgerechte Bildungs- und Kulturaktivitäten. Damit unterstützt die AK junge und zukünftige Mitglieder dabei, den Überblick zu bewahren. Ob im Betrieb, in der Ausbildung oder im Privaten: Die AK ist die starke Stimme für junge Menschen, damit alle zu ihren Rechten kommen.



Drehpause für die Schauspieler:innen der AK Jugendstories

Das fordert die AK

- **Beteiligung und Respekt**
Bildungseinrichtungen und Arbeitswelt brauchen mehr Mitgestaltungsmöglichkeiten. Teilhabe schafft demokratische Alltagserfahrungen.
- **Bildungsgerechtigkeit herstellen**
Durch Zeit für gemeinsames Lernen, bedarfsgerechte Schulfinanzierung durch den AK Chancen-Index, qualitätsvolle Ganztageseschulen, flächendeckend Jugendcoachings für den Einstieg in den Arbeitsmarkt und zeitgemäße Sprachförderung wird unser Bildungssystem gerechter.
- **Psychische Gesundheit**
Vollfinanzierte Psychotherapie für Jugendliche und ausreichende Plätze für niederschwellige psychosoziale Versorgung sind notwendig.
- **Armutsbekämpfung**
Unseren Sozialstaat endlich armutsfest machen mit dem AK Paket zur Bekämpfung von Kinderarmut, gerechter Entlohnung und höherem Arbeitslosengeld.
- **Faires Recht auf die Staatsbürgerschaft**
Verfahrensdauer und Kosten senken – weniger Hürden stärken besonders im Inland geborene Kinder und unsere Demokratie.
- **Zukunftsperspektiven und Chancen sichern**
Auch öffentliche Institutionen brauchen Beteiligungsformate, die junge Menschen einbinden.
- **Leistbares Wohnen absichern**
Gerade junge Menschen brauchen einen wirksamen Mietendeckel und die Abschaffung von befristeten Mietverträgen.

Das Theater ums Pflichtpraktikum

Um Jugendliche mit den notwendigen arbeitsrechtlichen Informationen zum Pflichtpraktikum zu wappnen, lud die AK 2023 erneut Schüler:innen aus allen berufsbildenden Schulen Wiens ins Theater Akzent: Witzig und direkt lernten sie im Theaterstück „Pflichtpraktikum? So eine Show!“ nicht nur ihre Rechte kennen, sondern bringen sich selbst im anschließenden Publikumsgespräch mit Schauspieler:innen und Expert:innen der AK Wien ein. Die AK fordert, dass Pflichtpraktika klar definiert sind, bezahlt werden und Arbeitsrecht stärker an Schulen gelehrt wird.

2.000

Jugendlichen wurde im Festsaal des AK Bildungszentrums der Finanzführerschein verliehen

3.677

Schüler:innen haben das Stück „Pflichtpraktikum? So eine Show!“ im Theater Akzent gesehen

2.574

Teilnehmer:innen in 122 Workshops zu „Jugendliche als Konsument:innen“

5.400

Jugendliche nahmen an 238 AK Berufsorientierungs- und Bewerbungstrainings teil

18

junge Menschen begleiten in einem „Sounding Board“ den Architekturwettbewerb für das „Haus der Jugend“

Die AK ist #deineStimme. Und #deineStimme macht dich stark.

Auch 2023 war kein einfaches Jahr für unsere Mitglieder: Die Teuerungskrise, die Nachwirkungen von Corona und Kriege haben viele Spuren hinterlassen. Umso wichtiger war der Einsatz der AK für soziale Sicherheit und für einen gut ausgebauten Sozialstaat. Wir haben es den Mitgliedern versprochen und es auch gehalten: „Verlass dich drauf: Die Arbeiterkammer ist #deineStimme für soziale Gerechtigkeit und Zusammenhalt in Österreich.“



Kampagne #deineStimme

Die Wichtigkeit und Stärke jedes einzelnen Mitglieds in den werblichen Fokus zu rücken, das war unser Kampagnenziel 2023. Thematisch stand das Recht auf ordentliche Arbeitsbedingungen im Vordergrund. Aspekte wie soziale Gerechtigkeit, Geschlechtergerechtigkeit, faire Finanzierung staatlicher Leistungen, Bewältigung der Digitalisierung, Bekämpfung der Teuerung etc. wurden dabei thematisiert. Ziel war es, das Bewusstsein der Beschäftigten dafür zu stärken, dass sie Mitglieder der Arbeiterkammer sind und dass mit dieser – auf Solidarität basierenden Tatsache – sowohl politisch als auch in konkreten Situationen Vieles erreicht werden kann.

Hohe Interaktion auf TikTok

Auf TikTok kommunizieren wir mit jungen Arbeitnehmer:innen zu den Schwerpunkten Services und Interessenpolitik. Im Jahr 2023 hat sich die Zahl der Follower:innen auf 75.666 Personen erhöht. Rund 13 Millionen Menschen erreichten wir auf dieser Plattform mit Videos. Besonders hohes Interesse gab es an den Themen Minusstunden, Papamonat, Steuern und Preisvergleiche.

Video-Boom auf Instagram

Auf Instagram erfreuen sich Videos immer größerer Beliebtheit. Darauf setzte auch die AK und erklärte in Reels komplexe Themen leicht und verständlich für eine junge Zielgruppe. Die höchste Reichweite erzielte ein Video zum Equal Pay Day 2023. Insgesamt wurden die Interaktionen auf dem AK Account um 100 Prozent gesteigert. Die Anzahl der Follower:innen stieg auf 17.000.



Rekordreichweite auf Facebook

Auf Facebook wurde die Reichweite mit 6,6 Millionen um 43 Prozent gesteigert. Insgesamt konnten die Beiträge 212.800 Interaktionen mit 128.000 Follower:innen generieren. Erfolgreichster Content war ein Info-Posting zu Urlaubstagen mit der Rekordreichweite von 2,3 Millionen. Hohe Aufmerksamkeit erreichten vor allem Beiträge zu AK Fällen aus dem Arbeitsrecht.

Kennzahlen 2023

- 20,6 Mio.**
Besuche auf der AK Website, davon 17 Mio. Besuche der AK Online Rechner
- 8,2 Mio.**
Gesamtauflage der Mitgliederzeitung „AK für Sie“
- 340.000**
analoge Mailings zu 12 Themen
- 2,5 Mio.**
Versand und Downloads von Broschüren und Foldern
- 67.000**
Abonent:innen der AK Newsletter
- 43**
Pressekonferenzen und 244 Presseaussendungen

Starker Zuwachs auf LinkedIn

Auf LinkedIn informiert die AK mit Service-Content rund um arbeitsrechtliche Anliegen. Die Anzahl der Follower:innen ist rasant gestiegen und hat sich auf 28.000 vervielfacht. Insgesamt 1,2 Millionen Impressionen verzeichneten die Beiträge der AK auf LinkedIn. Zu den Top-Beiträgen gehörten Postings rund um die Arbeitszeitverkürzung, den All-In-Vertrag und diverse Fälle aus dem Arbeitsrecht.

Die AK auf Social Media

- 4,5 Mio.**
Impressions auf X (früher Twitter) und 16.350 Follower:innen
- 1,9 Mio.**
Reichweite auf Instagram mit 47.000 Interaktionen und 17.000 Follower:innen
- 3,6 Mio.**
Aufrufe des AK Youtube-Channels
- 6,6 Mio.**
Reichweite auf Facebook mit 212.800 Interaktionen und 128.000 Follower:innen
- 75.666**
TikTok-Follower:innen
- 1,2 Mio.**
Impressionen auf LinkedIn mit 28.000 Follower:innen
- 46**
Angebote und Ermäßigungen für Mitglieder über die AK Wien Aktivkarte

Aktuelle und kostenlose Infos für alle AK Mitglieder

Der Arbeiterkammer ist ein freier Zugang zu Information sehr wichtig. Deswegen bieten wir unseren Mitgliedern ein kostenloses Medienservice zu arbeitnehmer:innenrelevanten Dokumenten wie Studien, Broschüren oder Zeitschriften sowohl als Printversionen als auch digital an.

8,2 Mio.

Gesamtauflage der Mitgliederzeitung „AK für Sie“

Aktuell

Aktuell informiert kontinuierlich Arbeitnehmervertreter:innen über Neuerungen in der Arbeitswelt sowie Änderungen im Arbeits- und Sozialrecht. 2023 widmete sich Aktuell den Themen „Mitbestimmung“, „Arbeitszeitverkürzung“, „Klimawandel“, „Teuerung“ sowie der psychischen Gesundheit der Arbeitnehmer:innen. Im Vorfeld der AK Wahl lieferte Aktuell auch serviceorientierte Beiträge zu rechtlichen und organisatorischen Fragen.

AK für Sie

AK FÜR SIE ist die Mitgliederzeitschrift der AK Wien, erscheint zehnmal im Jahr und informiert die AK Mitglieder zu aktuellen Themen. 2023 waren die Themenschwerpunkte u.a. „Fairer Lohn – das geht!“, „Kürzere Arbeitszeiten“, „Gesunde Arbeitsplätze“, „Weiterbildung für Arbeitnehmer:innen“, der „Einsatz für einen besseren Sozialstaat“ oder „Faires Wohnen“.

340.000

Mailings an unterschiedliche Zielgruppen

AK.Frauen.Management.Report.2023

Die Zahlen sprechen auch im Jahr 2023 für sich: Während laut den Daten des jährlich erscheinenden Frauen.Management.Reports der Frauenanteil in jenen börsennotierten Unternehmen, die die gesetzliche Quote erfüllen müssen, 35 Prozent beträgt, liegen die nicht-quotenpflichtigen börsennotierten Unternehmen mit einem Anteil von 21 Prozent deutlich darunter.

A&W Blog

Seit mittlerweile 10 Jahren erscheint jeden Werktag ein Stück Expertise von Expert:innen aus AK und Gewerkschaften sowie Wissenschaftler:innen, die ihr Wissen und ihre Standpunkte am A&W Blog teilen. Die Schwerpunkte lagen im Jahr 2023 auf Gerechtigkeit, Energie, Teuerung, Wohnen und den Rahmenbedingungen einer sozial-ökologischen Transformation.

AK Stadt

Die Zeitschrift „AK Stadt“ erscheint vierteljährlich und analysiert relevante Kommunalthemen für Wiener Arbeitnehmer:innen und deren Relevanz für die Stadtentwicklung. Die Schwerpunkte im Jahr 2023 bildeten die Themen „Wohnen für die Vielen“, „Gerechte Grünraumverteilung“ und „Der Bauboom ist zu Ende – Warum das eine Chance für das leistbare Wohnen ist“.

Arbeit und Wirtschaft

Das Magazin von Arbeiterkammer und ÖGB richtet sich an Betriebsrät:innen sowie eine sozial- und wirtschaftspolitisch interessierte Öffentlichkeit. Schwerpunkte 2023 waren Mitbestimmung, Bildung, Neue Arbeitswelt, Künstliche Intelligenz, Wohnen, Klimakrise, Arbeitsdruck, Europa, Inflation und Sozialstaat.

AK Unternehmensradar 2023

Die Studie AK Unternehmensradar wird unmittelbar nach der Veröffentlichung der Jahresabschlüsse im Firmenbuch erstellt. Mit diesem Analyseinstrument werden die großen Kapitalgesellschaften einem ersten, umfangreichen Bilanzcheck unterzogen.

AK EUROPA Newsflash

Der zweiwöchentlich erscheinende Newsletter des AK EUROPA Büros informiert über Aktuelles aus Brüssel. Er stellt eine wichtige Informationsgrundlage für Interessierte in Österreich und in Brüssel über wichtige europapolitische Entwicklungen und Entscheidungen aus dem Blickwinkel von Arbeitnehmer:innen dar.

AK Branchenreports 2023

Der AK Branchenreports untersuchen regelmäßig die Entwicklung und wirtschaftliche Lage der österreichischen Industrie anhand veröffentlichter Jahresabschlüsse. 2023 wurden unter anderem Branchenanalysen in den Bereichen Banken, Energieversorgung, Sozialbereich oder Holzindustrie durchgeführt.



AK Bankenmonitoring 2023

Beim Bankenmonitoring 2023 hat die AK Wien die Preise von 53 Dienstleistungen für Neukund:innen im Jahresvergleich erhoben: Sechs von zehn geprüften Banken haben teils kräftig an der Spenschraube gedreht. Es wurden enorme Teuerungen bei der Kontoführungsgebühr, Krediten oder Bankomat- abhebungen festgestellt. Im Schnitt betrug der Preisanstieg 10,6 Prozent.

MWuG – Working Paper Reihe der AK Wien

In der Reihe „Materialien aus Wirtschaft und Gesellschaft“ erscheinen Studien. 2023 wurden neun Arbeiten veröffentlicht, etwa zur Entwicklung von Arbeitszeit und Beschäftigung, zum Ausbaupotenzial öffentlichen Vermögens für den Klimaschutz, zum Druck auf Arbeitnehmer:innen in der Paketlogistik oder eine Analyse der Budgetpläne der Bundesregierung.

AK Arbeitsmarktmonitor

Beim „Arbeitsmarktmonitor“ vergleicht das WIFO im Auftrag der AK jedes Jahr die Arbeitsmärkte Europas. Österreich lag 2022 in den fünf Arbeitsmarkt-Bereichen nur einmal im Spitzenfeld, bei der Umverteilung durch den Sozialstaat. Aufholbedarf wurde u.a. bei der geringen BIP-Entwicklung, dem hohen (weiblichen) Teilzeitanteil oder der Kinderbetreuung attestiert.

Gesunde Arbeit

Das Magazin „Gesunde Arbeit“ erschien 2023 viermal mit einer Auflage von 241.724 Exemplaren. Die Schwerpunkte waren „Räumen wir Barrieren weg – Inklusion und Teilhabe am Arbeitsplatz“, „Klimakrise schafft Arbeitsleid“, „Schon evaluiert? Die Psyche entlasten!“ und „Arbeitsdruck ohne Ende: Wie schaffe ich das nur gesund bis in die Pension?“.

Informationen zur Umweltpolitik

Die Schriftenreihe „Informationen zur Umweltpolitik“ widmete sich 2023 den Themen „Dieselskandal – Auswirkungen der Abgasmanipulationen bei Dieselaautos“, „New genetic engineering“ und „Lernen für den Wandel: Auf dem Weg zu einer emanzipatorischen Nachhaltigkeitsstrategie im sozial-ökologischen Umbau“.

infobrief EU und internationales

Der digitale Newsletter erscheint viermal jährlich und informiert über Entwicklungen in Europa aus Sicht der Arbeitnehmer:innen. Schwerpunkte lagen bei wichtigen Legislativdossiers in der EU-Sozialpolitik, dem Europäischen Grünen Deal sowie den Umbrüchen in der globalisierten Wirtschaft.

Verkehr & Infrastruktur

In der verkehrspolitischen Schriftenreihe der AK erschien 2023 eine Studie zum Thema „Rechtsqualität der Auslegungsleitlinien der Kommission zur PSO-Verordnung“. Analysiert wurden unter anderen zentrale rechtliche Grundlagen wie der Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union oder die wettbewerbliche Vergabe und Direktvergabe in der PSO Verordnung.

Lage der Beschäftigten im Handel

Die Studienreihe „Standpunkte“ beschäftigt sich mit aktuellen Stadtentwicklungsthemen. 2023 waren die Schwerpunkte „Die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen in Zeiten der Pandemie – eine Querschnittsanalyse europäischer Städte“, „Grünraumgerechtigkeit für eine resiliente Stadt – Visionäre Realitäten“ und „Wohnen für die Vielen“.

Wirtschaft und Gesellschaft

Die sozial- und wirtschaftswissenschaftliche Fachzeitschrift wendet sich an Wissenschaftler:innen, Studierende und wirtschaftspolitisch Interessierte. 2023 standen u.a. die Arbeitsmarktforschung, Verteilungsfragen, die feministische Ökonomie, die Arbeitskräfteknappheit oder innovative Instrumente der Arbeitsmarktpolitik wie die Arbeitszeitverkürzung im Vordergrund.

Gesundheit und Soziales Info

Die AK Inforeihe informiert regelmäßig zu Themen rund um die Sozial- und Pensionsversicherung. Welche Werte gelten in der Sozialversicherung im jeweiligen Jahr? Wie hoch ist die Rezeptgebühr? Was kostet die Selbstversicherung in der Pensionsversicherung, wenn ich ein behindertes Kind pflege? Um wie viel wird meine Guthschrift am Pensionskonto erhöht?

Stadtpunkte

In der Studienreihe Stadtpunkte werden Studien zu kommunal- und wohnpolitischen Themen veröffentlicht. Der Fokus lag 2023 auf den Problemstellungen der sozialen Wohnungsverorgung – Wohnen für die Vielen, Fragen der Grünraumgerechtigkeit als Beitrag zu einer resilienten Stadt sowie einer Nachbetrachtung öffentlicher Dienstleistungen in Zeiten der Pandemie.

Wirtschaft und Umwelt

Die Zeitschrift „Wirtschaft und Umwelt“ erscheint vierteljährlich mit einer Auflage von 15.000 Stück und ergänzend dem Internetauftritt. Die Schwerpunkte 2023 bildeten die Bereiche Klima, Ökologie, Umweltökonomie, Umwelt- und nachhaltige Mobilitätspolitik. Themen 2023 waren „Jugend und Klima“, „Biodiversität“, „Gemeinsame Kämpfe“ und „Trugbild Technik“.

Wohlstandsbericht 2023

Der jährlich erscheinende Wohlstandsbericht misst den gesellschaftlichen Fortschritt anhand von fünf Dimensionen (fair verteilter materieller Wohlstand, Vollbeschäftigung und gute Arbeit, Lebensqualität, intakte Umwelt, ökonomische Stabilität) und gibt eine Alternative zur veralteten Messung des Wohlstandes durch Bruttoinlandsprodukt und Wirtschaftswachstum.



Unterstützte Einrichtungen

Institut für Historische Sozialforschung (IHSF)

Das IHSF konzentriert seine Tätigkeit auf die Erforschung und Vermittlung österreichischer Gesellschaftsgeschichte seit 1848. Zusätzlich fungiert das Institut als Archiv der Arbeiterkammer Wien mit einem Sammlungsschwerpunkt zur Geschichte der Arbeiterbewegung und als Geschäftsstelle zweier Wissenschaftsfonds.

- **wasbishergeschah.at**
Gemeinsam mit der Universität Wien hat das IHSF wasbishergeschah.at entwickelt, eine Social Media-basierte Onlineplattform zur niederschweligen Geschichtsvermittlung. Das Portal hat sich erfolgreich etabliert und auf Instagram 16.000 Follower:innen.
- **Theodor Körner Fonds und Edith Saurer Fonds**
Nach erfolgreicher Reorganisation des Theodor Körner Fonds wurde 2023 zum dritten Mal in Folge ein Call for Applications durchgeführt. Unter 250 Einreichenden wurden 19 Auszeichnungen vergeben.
- **Ausstellung „Codename Mary“**
In Kooperation mit der Universität Wien wurde eine Ausstellung des Freud Museums London über die Psychoanalytikerin, Mäzenin und Fluchthelferin Muriel Gardiner übernommen. Die Ausstellung war 2023 an der Universität Wien zu sehen und wandert 2024 zum ÖGB, zur AK Kärnten und zur AK Steiermark.
- **Veranstaltungsreihe**
Die IHSF-Veranstaltungsreihe wurde 2023 mit zwölf Vorträgen und Buchpräsentationen in der FAKTory und in der AK Bibliothek fortgesetzt und verzeichnete über 900 Besucher:innen. Die Themen reichten von der Geschichte der Wehrpflicht über das Wiener Gemeindebauprogramm bis zur Geschichte des Radios.

Technisch-Gewerbliche Abendschule

Mit fast 300 Studierenden ist die TGA österreichweit eine der größten technisch-gewerblichen Weiterbildungseinrichtungen. Sie ermöglicht ihren Absolvent:innen, als Werkmeister:innen rasch in Führungspositionen aufzusteigen. 130 Studierende der Werkmeisterschule bestanden im Jahr 2023 ihre Abschlussprüfungen in den Fachrichtungen Elektrotechnik, Bauwesen, Maschinenbau und Kraftfahrzeugtechnik. Über 140 neue Studierende traten in die sechs ersten Klassen ein. An der TGA steht die Sicherung der hohen Ausbildungsqualität bei weiterhin leistbaren Kosten im Vordergrund.

Theater AKZENT

Mit mehr als 80 Prozent war die Auslastung 2023 wieder am Niveau vor Corona. Das entsprach knapp 120.000 Besucher:innen. Beim Abo-Verkauf an Schulen für 6–10-jährige Kinder wurde mit 7.095 Abonnements ein neuer Rekord aufgestellt. Auch die weiteren Abos für Kinder und Jugendliche haben sich gut entwickelt. Zu den Highlights 2023 zählten neben der 5. Ausgabe des Festivals „women“ – mit Burgschauspielerin Dörte Lyssewski & Musicbanda Franui, der Opernsängerin Stella Grigorian, Fado-Nachwuchsstar Sara Correia und der spanischen Jazzsängerin und Saxophonistin Andrea Motis – die ORF Aufzeichnung eines Abends mit Erwin Steinhauer, zwei Gastspiele in der Regie von Tomi Janežič sowie Abende mit Ulrich Tukur, Wolfgang Ambros und den Tiger Lillies.

Verein für Konsument:inneninformationen

Der VKI hat 2023 rund 45.000 Erstberatungen und 14.100 Rechtsberatungen durchgeführt. In rund 1.000 Fällen wurde außergerichtliche Rechtshilfe für Konsument:innen gegeben. Die Erfolgsquote lag bei rund 70 Prozent. Der VKI hat 2023 insgesamt über 250 Verfahren, 16 Sammelklagen und 76.000 Konsument:innen in diversen Sammelaktionen betreut. Die Anzahl der Tests wurde auf 122 gesteigert. Erfolgreich läuft das Projekt „KONSUMENT in der Schule“: Lehrer:innen aus ganz Österreich bekommen KONSUMENT-Ausgaben für die Vermittlung von Konsumentenschutzthemen im Unterricht.

Jugend am Werk

Die Jugend am Werk Bildungs:Raum GmbH hat im Jahr 2023 für über 1.300 Jugendliche, die keine Lehrstelle am freien Arbeitsmarkt finden konnten, sowie für über 500 Erwachsene, die einen Lehrabschluss nachholen möchten, eine fundierte Berufsausbildung angeboten. Im Jahr 2023 haben über 200 Teilnehmer:innen die (außerordentliche) Lehrabschlussprüfung erfolgreich absolviert und über 230 Lehrlinge konnten erfolgreich in eine Lehrstelle am ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden. An den Berufswettbewerben haben im vergangenen Jahr fast 700 Teilnehmer:innen von Jugend am Werk teilgenommen. Weitere 1.700 Jugendliche und Erwachsene bereiteten sich in Projekten wie AusbildungsFit STAR, #futurefactory oder Get Started auf das Berufsleben oder eine Ausbildung vor.



Theater AKZENT

Institut für Wirtschaftsforschung

Das 1927 gegründete Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO) setzt den Schwerpunkt seiner ökonomischen Analysen auf die Gesamtwirtschaft, Arbeit und Soziales, Industrie und Innovation, Klima- und Regionalpolitik. Arbeiterkammer und Sozialpartner bauen ihre Arbeiten vielfach auf Forschungsergebnisse des und Beratung durch das Institut auf. Im Jahr 2023 spielten dabei Fragen der Entwicklung von Inflation und Einkommen, Arbeitskräfteknappheit und Arbeitskräftepotenziale, Umverteilung durch den Staat sowie Konjunktur eine zentrale Rolle.

BFI Wien

Seit mehr als drei Jahrzehnten ermöglicht das von AK und ÖGB gegründete Berufsförderungsinstitut (BFI) Wien einen leistbaren Zugang zu zeitgemäßer, praxis- und branchengerechter Aus- und Weiterbildung. 2023 nutzten über 35.000 Menschen die Angebote, um so die eigenen Möglichkeiten am Arbeitsmarkt zu steigern. Die AK Wien unterstützt dabei maßgeblich zahlreiche Angebote des BFI Wien wie die Werkmeisterschule, Vorbereitungskurse auf die Lehrabschlussprüfung, die Berufsreifeprüfung oder die eigene Kursschiene „AK Spezialkurse“ bzw. die jüngste Initiative „Öko-Booster“.

WIIW

Das 1972 gegründete Wiener Institut für internationale Wirtschaftsvergleiche fokussiert seine Forschungsschwerpunkte auf die Analyse der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung Zentral-, Ost- und Südosteuropas und in die wirtschaftliche Entwicklung der EU. Das WIIW hat für die AK im Jahr 2023 Studien zur Fiskalpolitik in der EU (z.B. zur Ausgestaltung eines EU-Klimainvestitionsfonds) und die wirtschaftspolitischen Maßnahmen gegen die Teuerungskrise in osteuropäischen Ländern erstellt.

ICAE

Das 2009 gegründete Forschungsinstitut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) an der Johannes Kepler Universität Linz versteht ökonomische Entwicklung als komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher Einflussfaktoren. Die Analysen betreffen die Bereiche Plurale Ökonomik, Wirtschaftspolitik und Ökonomie und Gesellschaft. Die AK beauftragt am Institut Untersuchungen zur Vermögenskonzentration und zu den sozialen Netzwerken der Milliardär:innen.

INEQ

Das 2015 gegründete Forschungsinstitut Economics of Inequality an der Wirtschaftsuniversität Wien beschäftigt sich mit zentralen Fragen der sozialen, ökonomischen und ökologischen Ungleichheit und den daraus resultierenden Problemen für die Gesellschaft, die Politik, die Umwelt und den einzelnen Menschen. Im Jahr 2023 bildeten Armutsmessung, soziale Folgen der Inflation, Vermögenskonzentration und Erbschaften besondere Schwerpunkte der Forschungsarbeit.



Ertragsrechnung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

in €	2023	2022
Erträge		
Kammerumlagen	152.623.937,10	141.310.039,98
Sonstige Erträge	19.507.585,54	18.583.608,38
Zinsensaldo, Ergebnis aus Finanzanlagen	2.576.266,58	-2.359.953,81
Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00	689.867,00
Summe Erträge	174.707.789,22	158.223.561,55
Aufwendungen		
Sachaufwand	41.448.052,28	35.814.899,15
Betriebs- und Verwaltungsaufwand	14.602.583,22	12.201.557,47
Kosten der Selbstverwaltung	679.860,47	695.797,44
Personalaufwand	81.734.952,72	73.164.348,44
Zuführung zu Rücklagen und Rückstellungen	33.980.754,23	34.255.682,61
Kosten der Umlageneinhebung	2.261.586,30	2.091.276,44
Summe Aufwendungen	174.707.789,22	34.255.682,61

Leistungsübersicht zur Ertragsrechnung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

in €	2023	2022
Erträge		
Kammerumlagen	152.623.937,10	141.310.039,98
Sonstige Erträge	19.507.585,54	18.583.608,38
Zinsensaldo, Ergebnis aus Finanzanlagen	2.576.266,58	-2.359.953,81
Auflösung von Rücklagen und Rückstellungen	0,00	689.867,00
Summe Erträge	174.707.789,22	158.223.561,55
Aufwendungen		
Dienstleistungen	131.441.471,03	115.215.117,57
<i>Beratung, Rechtsschutz, Soziales</i>	<i>42.369.258,72</i>	<i>37.480.772,77</i>
<i>Konsumentenschutz, Wirtschaftspolitik</i>	<i>28.625.721,13</i>	<i>25.400.179,90</i>
<i>Bildungsbereich, Aus- und Weiterbildung</i>	<i>35.813.716,60</i>	<i>30.487.509,79</i>
<i>Mitgliederinfo</i>	<i>19.738.007,05</i>	<i>17.766.036,28</i>
<i>Fachausschüsse</i>	<i>4.894.767,53</i>	<i>4.080.618,83</i>
Zuwendungen	6.344.117,19	5.965.687,49
Selbstverwaltung	679.860,47	695.797,44
Vorsorge für Leistungen	33.980.754,23	34.255.682,61
Kosten der Umlageneinhebung	2.261.586,30	2.091.276,44
Summe Aufwendungen	174.707.789,22	158.223.561,55

Subventionen der AK Wien
nach ihrer Zweckwidmung geordnet

in €	2023	2022
Wissenschaftliche Förderungen	99.700,00	52.200,00
Sozial – karitative Förderungen	285.550,00	284.700,00
<i>davon Jugend am Werk</i>	<i>272.500,00</i>	<i>272.500,00</i>
Kultur-, Bildungs- und Ausbildungsförderungen	13.700,00	163.000,00
Sportförderungen	25.000,00	15.000,00
Subventionen allgemein	35.800,00	17.500,00
Subventionen der AK Wien	459.750,00	532.400,00
Subventionen der BAK	570.734,22	614.677,68
Subventionen gesamt	1.030.484,22	1.147.077,68

Vermögensbilanz
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien

Aktiva

in €	31/12/2023	31/12/2022
A. Anlagevermögen		
I. Sachanlagen		
1. Bebaute Grundstücke und Bauten	55.622.928,09	51.744.580,73
2. Betriebs- und Geschäftsausstattung	9.425.452,40	7.332.582,76
	65.048.380,49	59.077.163,49
II. Finanzanlagen		
1. Wertpapiere (Wertrechte)	49.189.825,78	49.189.857,78
2. Sonstige Ausleihungen	33.381.429,26	33.355.084,94
	82.571.255,04	82.544.952,72
	147.619.635,53	141.622.106,21
B. Umlaufvermögen		
1. Forderungen	19.481.981,78	16.810.500,72
2. Kassenbestand	80.705,94	111.697,80
3. Guthaben bei Banken	77.295.470,47	75.822.443,16
4. Treuhandvermögen RS, BRF-Rev.	166.620,22	87.847,23
	97.024.778,41	92.832.488,91
C. Aktive Rechnungsabgrenzung	1.922.813,34	2.014.281,10
Gesamt	246.567.227,28	236.468.876,22

Passiva

in €	31/12/2023	31/12/2022
A. Kapital	65.729.841,21	59.758.624,21
B. Rücklagen		
1. Bau- u. Investitionsrücklage	42.930.000,00	36.340.000,00
2. Sonstige Rücklagen	2.000.000,00	2.000.000,00
	44.930.000,00	38.340.000,00
C. Rückstellungen		
1. Abfertigungsrückstellungen	15.095.905,00	14.166.995,00
2. Pensionsrückstellungen	58.952.424,57	58.909.264,13
3. Rep. u. Instandh. Rückstellung	2.800.000,00	2.800.000,00
4. Wahrrückstellung	12.605.000,00	14.400.000,00
5. Sonstige Rückstellungen	16.101.632,00	15.211.387,00
6. Rst. f. d. Digitalisierungs-Offensive	16.279.085,81	22.835.782,08
	121.834.047,38	128.323.428,21
D. Verbindlichkeiten		
1. Verbindlichkeiten Lieferungen u. Leist.	9.234.646,65	5.877.443,17
2. Sonstige Verbindlichkeiten	4.672.071,82	4.081.533,40
3. Verbindlichkeiten Treuhandkonten	166.620,22	87.847,23
	14.073.338,69	10.046.823,80
E. Passive Rechnungsabgrenzung	0,00	0,00
Gesamt	246.567.227,28	236.468.876,22



Organisation & Selbstverwaltung

**#deineStimme
für die beste
Ausbildung**

Die AK vertritt deine Rechte.

- 72 Die Selbstverwaltung
- 74 Die Vollversammlung
- 78 Anträge & Beschlüsse
- 86 Das AK Wien Büro
- 88 Die AK Wien wird klimafit

Die Selbstverwaltung

Die Wiener Beschäftigten wählen aus ihrer Mitte alle fünf Jahre 180 Kammerrät:innen in die Gremien der Selbstverwaltung der AK Wien. Diese 180 bilden das „Arbeitnehmer:innenparlament“. Die Kammerrät:innen werden in ihrer politischen Arbeit durch die Grundlagenarbeit der Expert:innen der AK Wien unterstützt.

Das Präsidium

Der/die Präsident:in, die gesetzliche Vertretung der Arbeiterkammer Wien, wird von den Kammerrät:innen in der Vollversammlung gewählt. Sie wählen zudem aus ihren Reihen das Präsidium. Präsidentin der AK Wien ist Renate Anderl. Ihr zur Seite stehen im Präsidium der AK Wien zwei Vizepräsidentinnen und zwei Vizepräsidenten.



Wahl nach kandidierenden Listen

Bei der AK Wahl 2019 gab es 13 kandidierende Listen, von denen 12 Listen Mandate erhalten haben.

Zusammensetzung der AK Vollversammlung

- FSG 60,7%
- FCG/ÖAAB 9,8%
- FA/FPÖ 9%
- AUGÉ/UG 8,1%
- Sonstige 12%

Präsidentin + 4 Vizepräsident:innen Vorstand (19 Mitglieder)

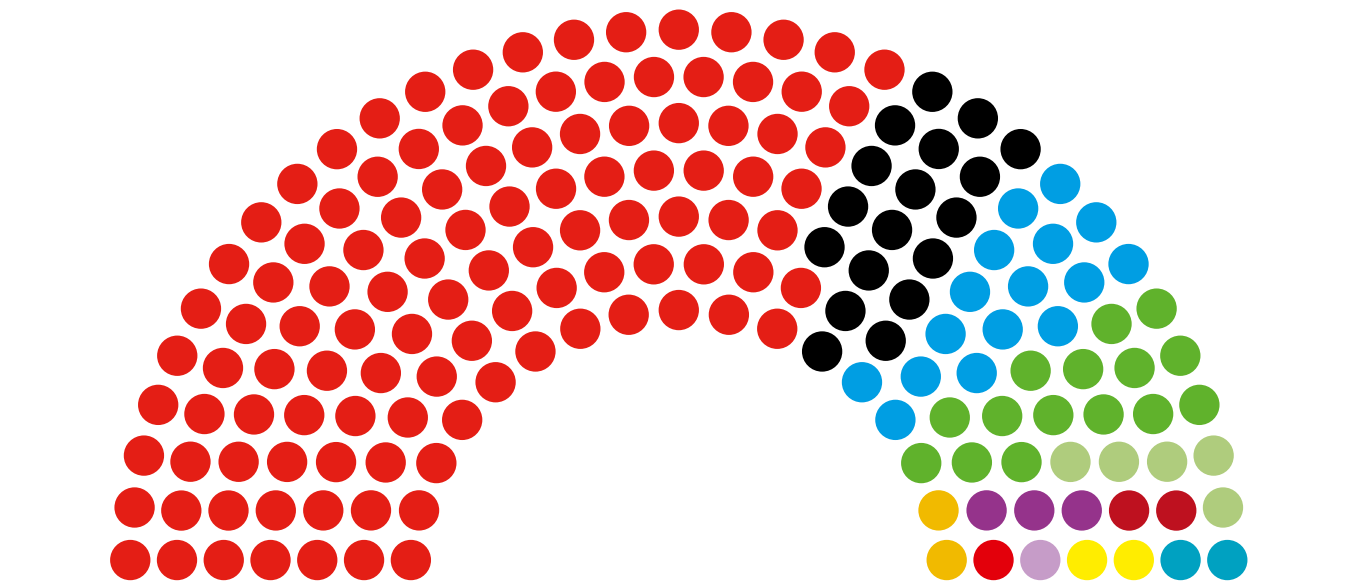
- Politische Grundsätze
- Budget/Rechnungsabschluss
- Verkauf/Investitionen
(von mehr als 10% der Budgetsumme)
- Geschäftsordnung
- Haushaltsordnung
- Rechtsschutzregulativ
- Kontrollausschuss
- Petitionsausschuss

Renate Anderl
AK Präsidentin



Die Vollversammlung

Die Vollversammlung der AK Wien besteht aus 180 Kammer-rät:innen, die von den Beschäftigten in Wien gewählt werden. Das Parlament der Arbeitnehmer:innen tagt zumin-dest zweimal im Jahr und beschließt die interessenpoliti-schen Zielsetzungen für die Tätigkeit der Arbeiterkammer sowie die finanziellen Richtlinien und Vorgaben.



Mandate	FSG	FCG-ÖAAB	FA-FPÖ	AUGE/UG	GA	LP	GLB	Türk-IS	KOMint	BDFA	ARGE	FAIR
2019	113	18	16	15	5	3	2	2	1	1	2	2
2014	110	19	17	14	8	4	2	1	1	1	3	n.kand.
Veränderung	+3	-1	-1	+1	-3	-1	0	+1	0	0	-1	+2

FSG Fraktion Sozialdemokratische Gewerkschafter:innen | FCG ÖAAB Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – Österreichischer Arbeitnehmerinnen- und Arbeitnehmerbund | FA-FPÖ Freiheitliche Arbeitnehmer – FPÖ | AUGÉ/UG Alternative, Grüne und Unabhängige GewerkschafterInnen | GA Grüne Arbeitnehmer | LP Liste Perspektive | ARGE Arbeitsgemeinschaft Unabhängiger Arbeitnehmer | GLB Gewerkschaftlicher Linksblock (Kommunisten, Linke Sozialisten, Parteilose) | TÜRK-IS Liste Melek Köse | KOMintern Kommunistische Gewerkschaftsinitiative – International | BDFA Bunte Demokratie für Alle | FAIR Fair und Transparent

AK Präsidium

Anderl Renate Präsidentin FSG	Assigal Regina Vizepräsidentin FSG	Gruber Helmut Vizepräsident FSG
Kniezanrek Erich Vizepräsident FSG	Teiber Barbara Vizepräsidentin FSG	

AK Vorstand

Zusätzlich zu den Präsidiumsmitgliedern

Ferrari Mario FSG	Katzian Wolfgang FSG	Kubicek Elisabeth FSG
Reischl Ingrid FSG	Rudolph Erich FSG	Rychly Yvonne FSG
Samer Karin FSG	Steiner Sandra FSG	Steinmetz Toni FSG
Wadsack Andrea FSG	Pörtl Friedrich FCG-ÖAAB	Rasch Thomas FCG-ÖAAB
Rösch Bernhard FA-FPÖ	Koller Vera AUGE/UG	

Kontrollausschuss

- Bauer Andreas
 - Benesch Jasmin
 - Birbamer Wolfgang
 - Freitag Alois
 - Giller Brigitte
 - Guglberger Michaela ab 25.5.2023
 - Köhler Richard
 - Letz Sabine
 - Gollner Andreas bis 25.5.2023
- Kludak Bernhard
 - Perzl Esther ab 25.5.2023
 - Franz Werner bis 1.10.2023
 - Schütz Angela
 - Stepanowsky Sandra ab 14.11.2023
 - Stanger Karin ab 9.11.2022
 - Dunkl Marianne
 - Uyar Yusuf

Petitionsausschuss

- Isepp Birgit
 - Kroboth Sarah
 - Molnar Martin
 - Rammel Heinz
 - Reischl Ingrid
 - Rychly Yvonne
 - Samsb Christian
 - Wurm Robert
- Bäcker Karin
 - Gattinger Peter
 - Rösch Bernhard
 - Schütz Angela
 - Polaschek Marion
 - Dunkl Marianne
 - Gündogan Alaattin

Vorsitzende / Vorsitzende-Stellvertreter:innen der Ausschüsse

01 Arbeit und Arbeitsrecht

Birbamer Wolfgang
Freitag Alois
Prischl Alexander

02 Angelegenheiten des öffentlichen Dienstes

Rudolph Erich
Köhler Richard
Nimführ Gerald

03 Soziale Sicherheit und gesellschaftlicher Zusammenhalt

Reischl Ingrid
Mjka Gerald
Wirth Alexander

04 Frauen und Familienpolitik

Kubicek Elisabeth
Djalinous-Glatz Dinah
Rychly Yvonne

05 Wirtschafts- und Finanzpolitik

Streissler-Führer Agnes
Hackl Christian
Kortenhof Rudolf

06 EU und Internationales

Kattnig Thomas
Dička Jürgen
Reisecker Sophia

07 Jugend, Bildung und Kultur

Letz Sabine
Lacevic Senad
Prischl Alexander

08 Kommunal-, Regionalpolitik und Tourismus

Ferrari Mario
Samsb Christian
Tusch Berend

mit beratender Stimme:

- Fischer Karl
- El Montasr Yausr
- Jonischkeit Oliver
- Köse Melek
- Schacht Selma
- Ofoedu Charles

mit beratender Stimme:

- Wondrak Gertraud
- Zodl Hildegard
- Aslan Rabiye bis 2.3.2023
- Kaiser Patrick ab 25.5.2023
- Köse Melek
- Schacht Selma
- Ofoedu Charles

09 Konsumentenschutz und Konsumentenpolitik

Steiner Sandra
Giller Brigitte
Koskarti Kerstin

10 Rechtsschutz und Rechtsberatung

Assigal Regina
Gattinger Peter
Wucherer Bettina

11 Umwelt und Energie

Liebscher Wolfgang
Kattnig Thomas
Szalay Christian

12 Verkehr und Tourismus

Gruber Helmut
Müllauer Martin
Wurm Robert

Kammerrätinnen und Kammerräte

• FSG

Aichinger Michael
Althoff Elisabeth
Pr Anderl Renate
Appl Georg
VPr Assigal Regina
Bauer Andreas
Bauer Maria Luisa
Beer Sandro
Benesch Jasmin
Binder Reinhold
Birbamer Wolfgang
Boigner Roland
Brandlhofer Ria
Brunner Roman
Dička Jürgen
Djalinous-Glatz Dinah
Dürtscher Karl
Dyduch Peter
Eberhart Eva
Ecker Andreas bis 31.12.2023
Eisendle Thomas ab 25.5.2023
Ertl Werner
Falkinger Josef
Felix Manfred bis 1.12.2023
Ferrari Mario
Fichtinger Helga
Fleckinger Sabine
Fletzer Vivian
Formann Ingeborg
Freitag Alois
Frint Karl bis 6.5.2023
Frühauf Matthias
Giller Brigitte
Gluchmann Maria
Greif Wolfgang
VPr Gruber Helmut
Guglberger Michaela
Hackl Christian
Haunschmid Isabella bis 28.2.2023
Hermann Renate
Holzer Kurt
Isepp Birgit
Jagsch Manfred ab 25.5.2023
Janisch Olivia
Jelinek Wolfgang
Kandler Gerlinde
Karpisek Renate
Kattnig Thomas
Katzian Wolfgang
Kilian Cornelia
Klco Johanna

VPr Kniezanrek Erich

Köhler Richard
Köpf Carina
Koskarti Franz
Koskarti Kerstin
Krachler Werner
Kroboth Sarah
Kubicek Elisabeth
Lacevic Senad
Lehrner Martin
Letz Sabine
Liebscher Wolfgang
Mernyi Willi
Migsch Doris
Mjka Gerald
Molnar Martin
Muchitsch Josef
Müllauer Martin
Mum David
Pichler Barbara
Preyss Michael
Prischl Alexander
Rammel Heinz
Rauecker-Döll Sabine
Reischl Ingrid
Reisecker Sophia
Reiss Sylvia
Rudolph Erich
Rychly Yvonne
Samsb Christian
Samer Karin
Sametingler Astrid ab 25.5.2023
Schmidt Veronika
Schor Jutta
Schorna Angela
Schulz Brigitte
Schuster Christian
Schwarzbauer Robert
Slimar-Weißmann Sabine
Steiner Sandra
Steinmetz Toni
Stimpfl Manfred
Strausberger Erwin ab 25.5.2023
Streissler-Führer Agnes
Swatek Sabine
Sykora Christoph
Szalay Christian
Taschek Angela ab 14.11.2023
VPr Teiber Barbara
Thullner Erich
Tiefenbacher Walter bis 1.12.2023
Tschaudi Erwin

Tusch Berend

Wadsack Andrea
Weber Elisabeth
Weber Eva-Maria
Weisgram Michaela ab 25.5.2023
Winkelmayer Robert
Wirth Alexander
Wohlmuth Nicolai
Wolf Anton
Wucherer Bettina
Wurm Leopold bis 1.4.2023
Wurm Robert
Yilmaz Gülnaz

• FCG-ÖAAB

Bäcker Karin
Berhart Christian
Bödenauer Reinhard
Gattinger Peter
Gollner Andreas bis 30.9.2023
György Robert
Kahl Florian ab 1.10.2023
Klima Maria
Kludak Bernhard
Kortenhof Rudolf
Lindinger Linda
Lindmeier Christian
Nafati Lazhar
Nimführ Gerald
Perzl Esther
Pleßl Erwin
Pörtl Friedrich
Rasch Thomas
Salomon Anja-Therese

• FA-FPÖ

Bilic Amra
Böhm Gerhard
Cadilek Wolfgang bis 16.12.2023
Eggl Karl
Eggl Michaela
Franz Werner bis 1.10.2023
Gromes Roman
Kienberger Sabine ab 14.11.2023
Lawender Anita ab 16.12.2023
Oberlechner Michael
Ratt Dorothea
Rösch Bernhard
Schütz Angela
Seidl Wolfgang
Stepanowsky Sandra
Stepanowsky Werner
Wieser Heinz

Zauner Manuela

• AUGE/UG

Braunsteiner Walter
Eberhard Heimo
Eder Flora bis 11.12.2023
Eisenmenger-Klug Ursula
Hahn Margit
Kimsesiz Mesut bis 1.11.2023
Koller Vera
Lamm Cornelia
Müllner Sonja
Öllinger Karl
Petioky Christine bis 23.2.2022
Polaschek Marion
Richter-Huber Andreas ab 1.11.2023
Schneider Matthias ab 14.11.2023
Stanger Karin
Undreiner Cecile bis 12.8.2023
Wurz Lukas

• GA

Danek Andrea
Dunkl Franz
Dunkl Maria
Dunkl Marianne
Dunkl Rudolf

• GLB

Aslan Rabiye bis 2.3.2023
Jonischkeit Oliver

• Liste Perspektive

Demircioglu Musa
Gündogan Alaattin
Uyar Yusuf

• ARGE

El Montasr Yausr
Zodl Hildegard

• Türk-IS

Kandönmez-Uysal Sueheyla
Köse Melek

• KOMintern

Schacht Selma

• BDFA

Ofoedu Charles

• FAIR

Fischer Karl
Wondrak Gertraud

Anträge & Beschlüsse an die 179. Vollversammlung am 25. Mai 2023

Gem	DR R01	○ Kein Aus für die Freizeitpädagogik!
Gem	R01	○ 30 Jahre EU-Binnenmarkt: Zahlreiche Krisen zeigen, dass es einer grundlegenden Neuausrichtung der Binnenmarktpolitik zugunsten der Arbeitnehmer:innen bedarf
Gem	R02	● Keine Deckelung der Kostensätze durch den Fonds Soziales Wien in den Behinderteneinrichtungen für 2023
Gem	R03	○ Mobilität als zentraler Aspekt der Klimawende
Gem	R04	× Einschränkungen bei der Verwendung von Bargeld abstellen und konsumentenfreundliche Inkassoinfrastruktur für Bargeld sicherstellen
Gem	R05	× Bundespolitisches Transparenzgesetz für Inserate auch für die Arbeiterkammern
Gem	R06	○ Kein Angriff auf die Koalitionsfreiheit
Gem	R07	○ Solidarität mit der Klimabewegung, zivilen Ungehorsam nicht kriminalisieren
Gem	01	○ Umwandlung des Pendlerpauschales in einen Pendlerabsatzbetrag mit Ökobonus
Gem	02	● Erhöhung des AK Bildungsgutscheines
Gem	03	○ Die Klimakrise abwehren und das Leben der Arbeitenden verbessern
Gem	04	○ Mehr Ressourcen für das AMS und mehr Verantwortung der Unternehmen für eine erfolgreiche Vermittlung in gute Arbeitsplätze
Gem	05	○ Soziale Arbeit anerkennen
Gem	06	○ Bessere Versorgung durch Kooperation von Langzeitpflege und Gesundheitswesen
Gem	07	○ Die öffentliche Beschaffung sozial-ökologisch gestalten!
Gem	08	○ Vernichtungsverbot neuwertiger Textilien

Gem	09	● Weiterführung der Gesundheits- und Krankenpflege Schulen mit Diplomabschluss
Gem	10	● Keine Kürzung, sondern Erweiterung bei Bildungsteilzeit und Bildungskarenz!
Gem	11	● 20 Jahre „Abfertigung Neu“ – Enttäuschte Erwartungen
Gem	12	○ Pflegegeldverfahren nachhaltig verbessern
Gem	13	○ Energieversorgung ist Daseinsvorsorge – Eine grundlegende Reform des EU-Strommarktdesigns ist notwendig
Gem	14	○ Weiterbestand der steuerlichen Homeoffice-Regelungen
Gem	15	● Leichtere Durchsetzung von Schadenersatz bei defekten Produkten
Gem	16	● Änderungen bzw Ergänzungen im Grundpreisauszeichnungs-Gesetz
Gem	17	○ Bessere Durchsetzbarkeit von OGH Urteilen
Gem	18	○ Faires Einkommen für Lehrlinge in überbetrieblichen Ausbildungen
Gem	19	× Valorisierungsgesetz 2007
Gem	20	× AK Reform: Präsidium der Arbeiterkammer
Gem	21	× AK Reform: Aktives Wahlrecht
Gem	22	○ 45 Jahre sind genug – Abschlagsfreie Pension ab 540 Beitragsmonaten!
Gem	23	○ Vordienstzeitenanrechnung für Leiharbeiter:innen
Gem	24	× Rechtsanspruch auf sechs Wochen Urlaub ab 300 Beitragsmonaten in der gesetzlichen Pensionsversicherung
Gem	25	● Geblockte Altersteilzeit
Gem	26	○ Altersdiskriminierung darf keinen Platz in der Gesellschaft haben

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- × Abgelehnt

Gem	27	○ Anhebung steuerfreier Zuverdienst
Gem	28	● Erhalt der Möglichkeit der geblockten Altersteilzeit
Gem	29	● Verpflichtende An- und Abmeldebestätigung für Kundinnen bei den Krankenversicherungsträgern
Gem	30	○ Spekulationsmissbrauch im gemeinnützigen Wohnbau abstellen
Gem	31	● Rechtsanspruch auf alle Arten der Altersteilzeit
Gem	32	● Sichere Anstellungsverhältnisse an den Universitäten
Gem	33	○ Schutz wichtiger Infrastruktur und Ressourcen vor InvestorInnen
Gem	34	● Nein zum neuen Handelsabkommen zwischen der EU und den MERCOSUR-Staaten
FSG	02	○ Forderungen zur künftigen Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens
FSG	03	○ Eine Sozialhilfe für die Zukunft
FSG	04	○ Den Beschäftigter überlassener Arbeitskräfte stärker in die Verantwortung nehmen
FSG	06	○ Stillstand in der Gleichstellungspolitik beenden
FSG	07	○ Ende der Gewalt an Frauen und Stärkung des Gewaltschutzes
FSG	09	○ Gute Ausbildungen sichern die Versorgung im Gesundheits- und Sozialbereich
FSG	10	○ Pflegereform weiterdenken! Zusätzlicher Urlaub und Entgelterhöhung für alle Beschäftigten in der Gesundheitsversorgung, Langzeitpflege und im Sozialwesen
FSG	13	○ Gerechte Antworten auf den Arbeitskräftebedarf – Ein arbeitsmarktpolitisches Offensivprogramm im Sinne der Arbeitnehmer:innen

FSG	15	○ Finanzausgleich: Verhandlungen für einen besseren Sozialstaat!
FSG	18	○ In Erwachsenenbildung investieren
FSG	19	○ Rechtsanspruch auf bis zu 12 Schuljahre für Kinder mit sonderpädagogischem Förderbedarf
FSG	20	○ Für eine zeitgemäße Matura!
FSG	21	○ Zugang zu öffentlicher Infrastruktur in Zeiten der Teuerung verbessern und gesundes Leben in der Stadt fördern
FSG	26	○ Mietendeckel jetzt!
FSG	27	○ Umgehender parlamentarischer Beschluss des Erneuerbare-Wärme-Gesetz (EWG) inklusive Schutzbestimmungen für Mieter:innen
FCG/ÖAAB	02	○ Novellierung der Bildschirmarbeitsverordnung (BS-V)
FCG/ÖAAB	06	● Vertretung der Menschen mit Behinderung in der Arbeitswelt durch Behindertenvertrauenspersonen sichtbarer machen
FCG/ÖAAB	10	× Gültigkeit der Kurzparkzonenregelung bis 19:00 Uhr in den Außenbezirken
FCG/ÖAAB	12	× Mitarbeitervorsorgekasse – Erhöhung der Arbeitgeberbeiträge auf 2,5%
FCG/ÖAAB	13	● Aussetzen der Mieterhöhungen im Gemeindebau
FCG/ÖAAB	14	× Finanziell leistbares erstes Eigenheim für jede Generation
FCG/ÖAAB	15	× Entwicklung von Mieten und Betriebskosten begrenzen
FA-FPÖ	R02	× Rückzahlung verfassungswidriger Corona Strafen

FA-FPÖ	R03	○ Stopp der psychischen und finanziellen Überlastung der Arbeitnehmer/ Arbeitnehmerinnen
FA-FPÖ	R04	● Mietpreisbremse und Preise runter
FA-FPÖ	R06	× ORF-Gesetz in der Form verhindern
FA-FPÖ	01	○ Anspruch auf Abfertigung (Alt) bei Selbstkündigung
FA-FPÖ	02	● gestaffelte Abschlagsregelung bei der Pensionsberechnung von langjährig Beschäftigten im Schwerarbeiterbereich
FA-FPÖ	06	○ Einforderung von medizinischen und betrieblichen Pandemieplänen
FA-FPÖ	07	○ Unterstützung für ältere Frauen am Arbeitsmarkt
FA-FPÖ	08	○ Rohstoffentsorgung über gelbe Tonne verbessern
FA-FPÖ	10	× Wiener Behinderten-Parkpickerl
FA-FPÖ	11	○ Reform von All-In Verträgen in der aktuellen Form
FA-FPÖ	12	○ Schülerbeihilfen und Leistungen erhöhen
FA-FPÖ	13	× Reform AK Wahlrecht
FA-FPÖ	14	× Maßnahmen für den Wiener Gesundheitsverbund
AUGE/UG R02		○ Resolution: Nur eine ganzheitliche Demokratie kann die Demokratie sicherstellen!
AUGE/UG 02		○ Verpflichtung zur Veröffentlichung des Gender-Pay-Gaps in Stellenausschreibungen
AUGE/UG 03		○ Umsetzung der ILO-190 Konvention
AUGE/UG 04		○ Berufsrechtliche Regelung der Sozialen Arbeit
AUGE/UG 06		× Zehn Tage bezahlter Urlaub bei familiärer und häuslicher Gewalt

GA	01	× Stopp Mikroplastik
GA	03	× Kein Technologietransfer ins EU-Ausland
GA	04	○ Stopp Freihandelsabkommen
GA	05	○ Wiederverwendung statt Recycling bei Glasgebinden
GA	06	● Schutz der heimischen Landwirtschaft und Lebensmittelproduktion
GA	07	× Bauernsterben stoppen
GA	08	× Regenwasserzisternen als Wasserreserve
GA	09	○ CO ₂ Einsparungen beim Flugverkehr
GA	10	× Preisgünstiger Überschuss-Strom
GA	11	○ Aus für Verbrenner
GA	12	× Balkonkraftwerke für alle!
GA	13	○ Fahrradabstellplätze in NÖ
GA	14	× Notfall-Klimaautomatismus
LP	01	● Verbesserungen im Onlineversandhandel
LP	03	● Verbesserung der Rahmen- und Arbeitsbedingungen für Hebammen
LP	04	● Verbesserung der Gesundheitsrahmenbedingungen für Fahrradboten
LP	05	× Absetzbeitragshöhe des Kirchenbeitrages
FAIR	01	○ Arbeitslosengeld und Notstandshilfe automatisch valorisieren – wie alle anderen Sozialleistungen auch
FAIR	02	● Altersteilzeit und Teilpension uneingeschränkt absichern – und am besten ausweiten
FAIR	03	× Echte Preis- und Teuerungs-Stopps statt nur Entlastungspakete

● Annahme einstimmig ○ Annahme mehrheitlich ● Zuweisung einstimmig ○ Zuweisung mehrheitlich × Abgelehnt					
FAIR	04	× Ausweitung der Anspruchsdauer für Pflegekarenz und Pflegezeit	KOMin-tern	03	○ Für einen Wiener Kautionsfonds
FAIR	05	× Corona-Maßnahmen-Aufarbeitung: alle Beschwerden, Widersprüche, Gerichtsverfahren etc. anonymisiert öffentlich stellen	BDFA	01	× Die 179. Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammern fordert die zuständigen Gesetzgeber auf, mehr unterschützten für Jugendliche, die eine Pflegeausbildung Anstreben müssen
FAIR	06	× Alternative Bildungs- und Unterrichtsformen für Kinder bis 18 Jahre fördern statt erschweren	BDFA	02	○ Baustelle Pendlerpauschale
FAIR	07	× Vollständiger Erhalt der großflächigen Grün- und Agrarflächen im Großgebiet Laaerberg – Oberlaa – Unterlaa und Rothneusiedl im südlichen Wien			
FAIR	08	● Strompreisentkoppelung vom Gaspreis, Ersetzen der Merit-Order durch sinnvollere Prinzipien			
FAIR	09	○ Keine Fahr-Einschränkungen für Fahrzeuge mit Verbrennungsmotoren			
FAIR	10	○ Bargeld – Behebung, Besitz, Zahlungsmöglichkeiten – nicht beschränken, um es tatsächlich als ständiges Zahlungsmittel dauerhaft zu erhalten!			
FAIR	11	○ Zuschüsse, Boni und Gutscheine zur Abfederung der Teuerung nicht an Datenabfragen über das Internet knüpfen			
ARGE		Keine Anträge			
GLB	02	× Energiegrundsicherung jetzt			
GLB	03	● Wohnen muss leistbar bleiben bzw. werden			
GLB	05	× Mehr Geld für Pflege und Gesundheit statt für Aufrüstung			
Türk-Is		Keine Anträge			
KOMin-tern	01	○ Maßnahmen zur Armutsbekämpfung			
KOMin-tern	02	○ Für eine Neuvermessung der Arbeit			

Anträge & Beschlüsse an die 180. Vollversammlung am 14. November 2023

Gem	DR R01	○ Nein zu Terror, Antisemitismus, Rassismus und Krieg!
Gem	R01	○ Internationales Recht gegen Gewalt und Belästigung in der Arbeitswelt
Gem	R02	○ Initiative „Zukunft auf Schiene“
Gem	R03	○ Neuregelungen bei Arbeits- und Dienstwegen als zentraler Aspekt der Mobilitätswende
Gem	01	● Professionelle Pflege strukturell und nachhaltig stärken
Gem	02	● Forderung einer versichertenfreundlichen Vollziehung der Österreichischen Gesundheitskasse
Gem	03	○ Abfertigung Neu: Betriebliche Vorsorgekassen dürfen nicht länger die Gewinner aus dem für die Arbeitnehmer:innen geschaffenen Anspruch sein
Gem	04	○ Selbstbestimmte Weiterbildung muss weiterhin möglich sein: Daher Sicherung und Weiterentwicklung der Bildungskarenz
Gem	05	○ Bildungs- und Berufsorientierung intensivieren und verpflichtend in allen Schultypen anbieten
Gem	06	○ Echte Mietenbremse jetzt!
Gem	07	○ Medikamentenversorgung sicherstellen
Gem	08	● Stopp der Explosion der Fernwärmepreise
Gem	09	× Entfall der Verwaltungsabgabe für das Parkpickerl
Gem	10	● Datentransparenz, Selbstbestimmungsrecht und Datensicherheit bei der Datenerhebung aus PKW
Gem	11	● Tierhaltungskennzeichnung bei Fleisch
Gem	12	× Valorisierungsgesetz 2007

Gem	13	× Wohnraumbeschaffung und Wohnraumsanierung wieder als Sonderausgaben im EStG aktivieren
Gem	14	× Sechste Urlaubswoche für alle ab dem 43. Lebensjahr
Gem	15	○ Gegen Greenwashing: Strenge Richtlinien für Unternehmen jetzt!
Gem	16	○ Nahostkonflikt: Jugend durch politische Krisen begleiten und Demokratiebildung ausbauen
FSG	R02	○ Wahlen zum Europäischen Parlament 2024 – Die Europäische Union für die arbeitenden Menschen weiterentwickeln
FSG	01	○ Sozialstaat schützen, stärken und ausbauen
FSG	03	○ Nachhaltige und ausreichende Finanzierung des Gesundheitswesens
FSG	06	○ Vom Jammern ins Tun Kommen: Regierung soll Rahmen für Fachkräfteoffensive der Unternehmen gestalten!
FSG	07	○ Medizinische Assistenzberufe – unterschätzte Berufsgruppen, deren Potentiale gehoben werden müssen
FSG	08	○ Die Klimakrise heizt den Arbeitsmarkt an: Maßnahmen für eine klimafreundliche Arbeitsmarktpolitik
FSG	10	○ Einkommensgerechtigkeit gehört allen Arbeitnehmer:innen – EU-Richtlinie zu Lohntransparenz konsequent umsetzen
FSG	11	○ Arbeitsdruck senken: Evaluierung psychischer Belastungen stärken
FSG	12	○ Preise runter! Für ein härteres Preis- und Wettbewerbsrecht sowie bundesweit einheitliche Regeln für die Fernwärme
FSG	13	○ Erhöhung der Stabilitätsabgabe für Banken
FSG	14	○ Anpassungen beim Pensionsabsetzbetrag

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- × Abgelehnt

FSG	15	○ Flugverkehr durch Reform der Flugabgabe gerechter besteuern
FSG	16	○ Ein kommunaler Investitionsfonds für den Klimaschutz
FSG	17	○ Klimakrise und Geschlechtergerechtigkeit
FSG	18	○ Vereinfachte Abwicklung Errichtung von Photovoltaikanlagen für Haushalte
FSG	19	○ Resiliente Wasserversorgung in der Klimakrise absichern
FSG	21	○ Wirtschaftsbildung fächerübergreifend und projektorientiert vermitteln
FSG	22	○ Zukunft der Fachhochschulen sichern – investieren statt aushungern
FSG	23	○ Wohnbauförderung rauf, Arbeitslosigkeit am Bau runter!
FSG	24	○ Wohnungslosigkeit bis 2030 beenden
FSG	26	○ Erleichterung von Tempo 30 und attraktiver Gestaltung von Wohnstraßen in der Stadt
FSG	27	○ Neue strengere Regelungen der Leih-E-Scooter evaluieren und gegebenenfalls nachschärfen
FSG	28	○ Banken müssen Kreditnehmer:innen bei Zahlungsschwierigkeiten unterstützen
FCG/ÖAAB	DR01	● Keine komplette Sperre der Wiener Schnellbahnstammstrecke ab dem Jahr 2024
FCG/ÖAAB	DR02	○ Kein gesetzlicher Eingriff in Betriebsvereinbarungen
FCG/ÖAAB	01	○ Leerstandsabgabe für Wohnungen
FCG/ÖAAB	04	● Arbeitnehmer:innen mit Post- oder Long-COVID in Wien nicht im Stich lassen
FCG/ÖAAB	07	● Mangel an Kassenärzt:innen in Wien endlich effektiv bekämpfen

FCG/ÖAAB	08	× Bodenversiegelung in Wien
FCG/ÖAAB	09	● Finanzielle Gerechtigkeit bei Nachmittagsbetreuung an Wiener Schulen
FCG/ÖAAB	10	○ Einführung einer vergünstigten Öffi-Jahreskarte für Studierende in Wien
FA-FPÖ	01	× Maßnahmen gegen die Teuerung – Hackeln muss sich wieder lohnen!
FA-FPÖ	02	× Abkehr von der Gendersprache in Politik, Verwaltungen, Bildung, Medien und Gesetzgebung!
FA-FPÖ	03	● Erhalt der HO-Pauschale
FA-FPÖ	04	× Wiener Behinderten-Parkpickerl
FA-FPÖ	05	○ Fairer Umgang der Geldinstitute mit Sparer und Kreditnehmer!
FA-FPÖ	06	○ Anhebung der Grenzen für steuerfreie Zuwendungen des Arbeitgebers
AUGE/UG R01		○ Kollektivvertrag im Journalismus muss bleiben
AUGE/UG R02		○ Gegen jede Form des Antisemitismus!
AUGE/UG 01		○ Informationsfreiheitsgesetz nachschärfen!
AUGE/UG 02		○ Hinweisgeber:innen vor Vergeltungsmaßnahmen schützen
AUGE/UG 03		○ Sofortiger Stopp des Personalabbaus im AMS und ausreichend Ressourcen bei den Fördermitteln
GA	01	○ STOP Mikroplastik
GA	02	○ Mehr Radabstellplätze in Wien
GA	03	× Mehr Radübergänge
GA	04	× Geschützte Radwege
GA	05	○ Bike and Ride

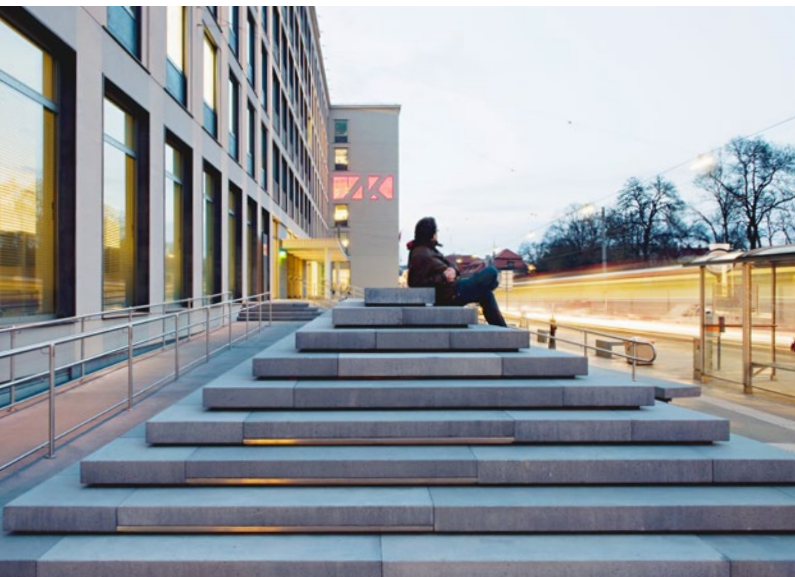
GA	06	Lebensmittelverpackungen
GA	07	Klimaschutzmaßnahmen evaluieren
GA	08	Autarke nachhaltige Landwirtschaft
GA	09	Schutzzonen in Österreich
GA	10	Langlebige Elektrogeräte
GA	11	Staatliche Krisenvorsorge
GA	12	Nichtmotorisierte Einpendler
GA	13	Asbest-Sanierung
GA	14	Grüner Stahl und Zement
GA	15	Saisonale Energiespeicherung durch intelligente Industrie
GA	16	Rücken-Gesundheitsvorsorge
GA	17	CO ₂ Einsparungen beim Luftverkehr unter Absicherung der Beschäftigten durch begleitende Maßnahmen
LP	01	Hilfe für Kreditnehmer
LP	02	Hohe Energiepreise
LP	03	Bedarfsgerechte Landwirtschaftliche Subventionen
FAIR	01	AK Wien – Wahl 2024: Mehr Wahllokale für den Allgemeinen Wahlsprengel einrichten
FAIR	02	Anrecht auf Lebens(abschnitts)-Arbeitszeit-Modelle forcieren
FAIR	03	Erhaltungspflicht für Vermieter konkretisieren: Wohnobjekte auch bei langer Mietdauer am Stand der Technik halten
FAIR	04	Für Frieden und gegen Kriege und kriegsfördernde Handlungen
FAIR	05	Pflege naher Angehöriger finanziell fairer abgelten

FAIR	06	Nutzung von Gebäuden an mögliche Lebensdauer angleichen – Gebäude erhalten, renovieren, sanieren statt vorzeitig abreißen!
ARGE		Keine Anträge
GLB	01	Für eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung auf 30 Stunden pro Woche bei vollem Lohn- und Personalausgleich
GLB	02	Die AK Wien setzt sich gegen die Zwei-Klassen-Medizin und -Pflege ein
GLB	03	Für eine adäquate Kindergrundsicherung
GLB	04	Anpassung des Schulstartgeldes an die rollierende Inflation
GLB	05	Unterstützung jedes Arbeitskampfes, der bessere Arbeitsbedingungen und bessere Entlohnung erfordert
GLB	06	Höchste Zeit für eine Vermögens-, Erbschafts- und Schenkungssteuer
Türk-Is		Keine Anträge
KOMin-tern	01	Für einen ‚grünen‘ Sanierungsplan in Wien
KOMin-tern	02	Pensionsraub stoppen – gesund, finanziell abgesichert und früher in Pension gehen!
KOMin-tern	03	Aufstehen für Bildung!
KOMin-tern	04	Für bessere Arbeitsbedingungen beim Fonds Soziales Wien (FSW)
BDFA	01	Arbeitsrecht auch für undokumentiertes Arbeiten
BDFA	02	Rekordgewinne Banken

- Annahme einstimmig
- Annahme mehrheitlich
- Zuweisung einstimmig
- Zuweisung mehrheitlich
- Abgelehnt

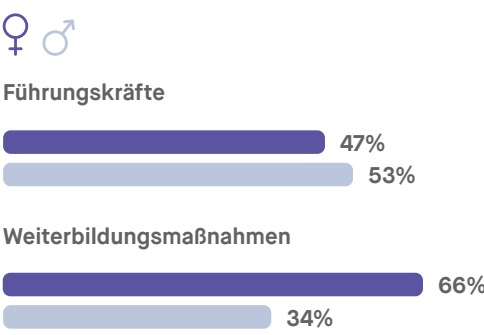
Das AK Wien Büro

2023 standen 738 Mitarbeiter:innen (vollzeitäquivalent) – davon 19 mit körperlicher Beeinträchtigung – den Mitgliedern mit Rat und Tat zur Seite. 18 Lehrlinge verfolgten ihr Ziel einer Berufsausbildung. In über 18.000 Weiterbildungsstunden vertieften die Mitarbeiter:innen der Arbeiterkammer Wien ihre Expertise.



45
Führungskräfte, davon 21 Frauen, waren 2023 in der AK Wien tätig

19
Mitarbeiter:innen mit körperlicher Beeinträchtigung waren 2023 in der AK beschäftigt



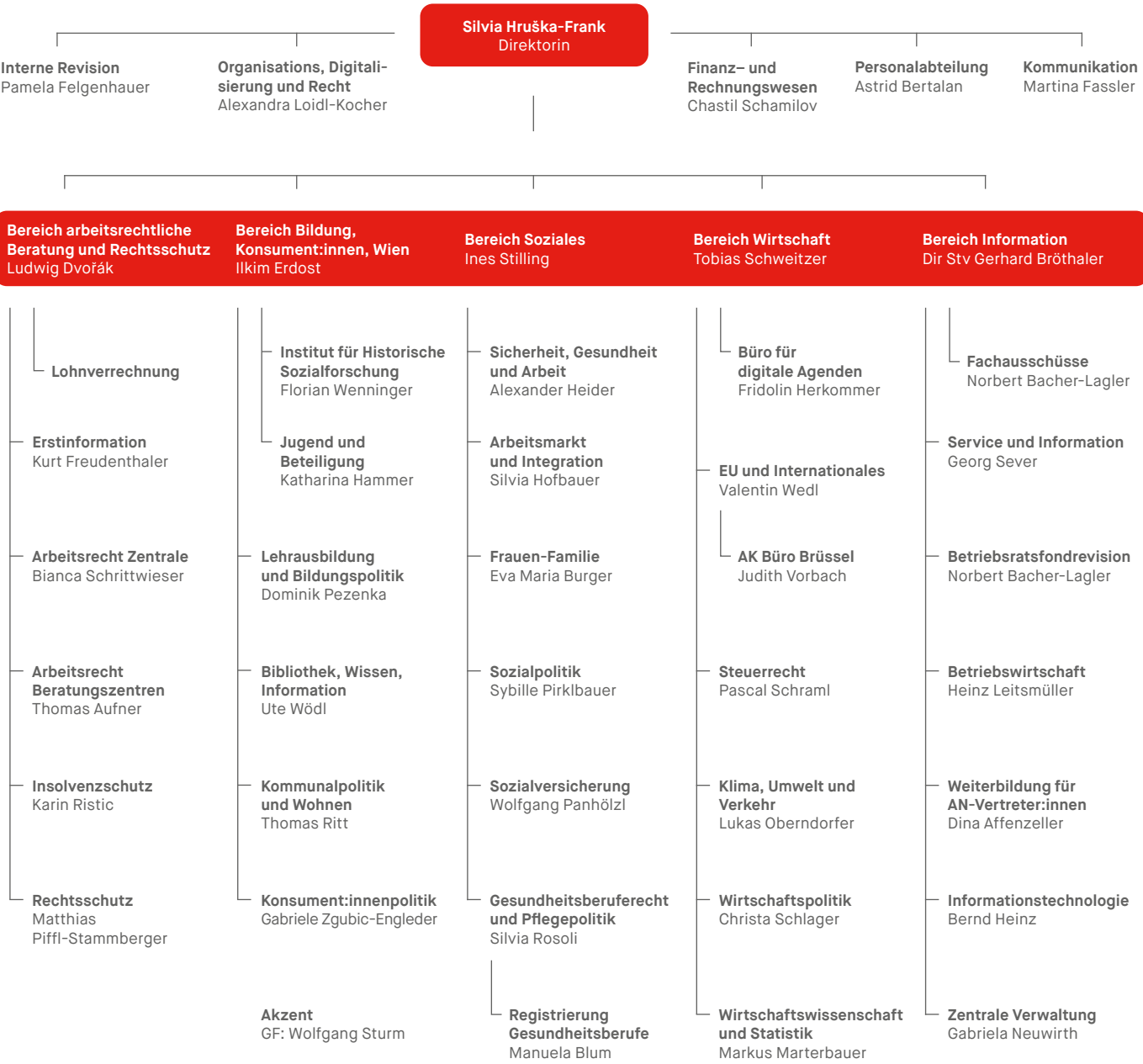
738
Mitarbeiter:innen (vollzeitäquivalent) waren mit Stand 31.12.2023 in der AK Wien beschäftigt

18.221
Stunden verbrachten die AK Mitarbeiter:innen mit weiterbildenden Maßnahmen

18
Lehrlinge waren 2022 in der AK Wien in Ausbildung

400
Expert:innen stehen für die Beratung der AK Wien Mitglieder zur Verfügung

Organigramm des AK Wien Büros



Die AK Wien wird klimafit

Die AK Wien wird klimafit und reduziert die eigenen CO₂-Emissionen. Die AK Wien nimmt die Klimaziele und die Notwendigkeit der Dekarbonisierung ernst und möchte Vorbild beim Klimaschutz sein. Seit rund zwei Jahren läuft daher das Projekt „AK klimafit“.

Corporate Carbon Footprint

Der Corporate Carbon Footprint (CCF) der AK Wien zeigt, in welchen Bereichen es CO₂-Emissionen zu reduzieren gilt: Bei direkten Emissionen durch den Energieverbrauch oder indirekten Emissionen durch die Energieversorgung (Strom, Fernwärme) sind wir bereits am Zielpfad. Am meisten einsparen lässt sich bei den „vor- und nachgelagerten Aktivitäten“. Dazu zählen eingekaufte Waren- und Dienstleistungen genauso wie Kapitalgüter (Gebäude/-renovierung), Abfallwirtschaft, IT-Infrastruktur, – aber auch, wie die AK Belegschaft ihre Arbeitswege zurücklegt.

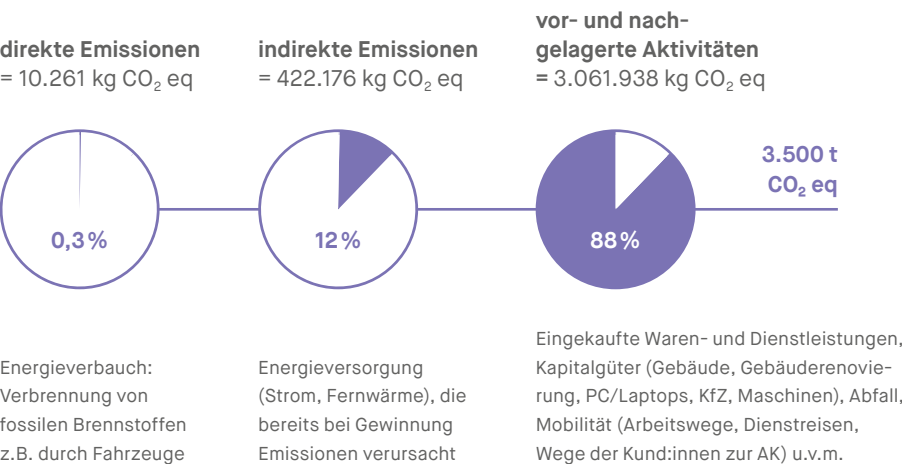
Mit Maß und Ziel geht's voran

Ausgehend vom CCF erstellten das Projektteam und Expert:innen Vorschläge und Ziele für die Verringerung der Emissionen. Rund 80 Maßnahmen wurden gemeinsam nach ökologischen, ökonomischen und sozialen Kriterien geprüft und bewertet. Schritt für Schritt werden nun kleine und große Maßnahmen umgesetzt – so wird die AK Wien klimafit. Vieles ist bereits gelebter Alltag, etwa im Bereich Abfallwirtschaft. Im Folgenden werden exemplarisch die Bereiche Bauen und Infrastruktur, Betriebliches Mobilitätsmanagement, Bewusstseinsbildung und die Betriebsküche vorgestellt.

Bewusstseinsbildung

Neben den harten Fakten und der technischen Umsetzung von Maßnahmen ist die hausinterne Information und Bewusstseinsbildung ein wichtiger Bestandteil von „AK klimafit“. So unterstützen Nachrichten und Beiträge im Intranet beim klimafreundlichen Büroalltag und geben Antworten auf häufige Fragen – etwa zum klimafreundlichen Kühlen und Heizen oder zu E-Bike-Ladestationen und Duschmöglichkeiten im Haus. Beim „Blick in die Betriebsküche“ oder „Blick in die Haustechnik“ zeigen Kolleg:innen vom Fach die bereits umgesetzten klimafreundlichen Maßnahmen vor Ort.

DER CCF DER AK WIEN TEILT SICH WIE FOLGT AUF:



Klimafitte Betriebsküche

Seit über einem Jahr ist die Betriebsküche mit dem Umweltzeichen ausgezeichnet und steht seither staatlich geprüft für hohe Umweltqualität und soziale Verantwortung. Emissionen werden durch vermehrtes fleischloses Angebot reduziert. Vor allem jüngere Kolleg:innen konsumieren verstärkt vegetarische und vegane Gerichte. Altspeiseöl wird gesammelt und zur Produktion von Biodiesel verwendet. Mehl und Öl kommen von regionalen Anbietern. Die Stärkung regionaler Bezugsquellen und die Verwendung von Bioprodukten helfen, den CO₂-Fußabdruck weiter zu verringern.

Bereich Bauen und Infrastruktur

Maßnahmen im Bereich Bauen und Infrastruktur sind mitunter technisch sehr komplex und haben lange Planungs- und Vorlaufzeiten. Umso erfreulicher ist, dass in der Vergangenheit sanierte Objekte bereits mit modernen Anlagen ausgestattet wurden, die einen ressourcenschonenden Betrieb gewährleisten. Bei Mietstandorten der AK Wien wird der begrenzte Handlungsspielraum bestmöglich genutzt.

Geplante und umgesetzte Maßnahmen

- Durchführung thermisch-energetischer Sanierungen (Dachflächen, Fassade, Fenster, Türen)
- Installation einer Lüftungsanlage mit Wärmerückgewinnung
- Installation energieeffizienter Gebäude-regeltechnik
- Eigenstromerzeugung durch eine Photovoltaikanlage auf Dach- und Fassadenflächen
- Umstieg auf LED-Beleuchtung im gesamten Gebäude

Betriebliches Mobilitätsmanagement

Vielfältige Maßnahmen unterstützen die Mitarbeiter:innen am klimafreundlichen und bewegungsaktiven Arbeitsweg. Das hat doppelten Nutzen, denn Öffis, Radfahren und Gehen sind nicht nur gut fürs Klima, letztere wirken sich nachweislich positiv auf Gesundheit und Wohlbefinden aus. Bei der jährlichen Mobilitätsbefragung evaluieren wir das Mobilitätsverhalten der Mitarbeiter:innen und ihre diesbezüglichen Wünsche. Aktionen wie „Klimafit in die AK“ machen Lust auf den klimafreundlichen Arbeitsweg und stärken den Teamgeist unter den AK Kolleg:innen.

Bereits umgesetzte Maßnahmen

- Erweiterung und Überdachung der Radabstellplätze
- Überdachte PV-E-Bike-Ladestationen und Radabstellplätze bereits in Betrieb
- Erweiterung der Radabstellplätze in der Tiefgarage
- Zusätzliche Dienst-Fahrräder und E-Bikes
- Nachrüstung der Dienst-Fahrräder mit hochwertigen Handy-Halterungen zur Navigation
- Begleitende Infrastruktur in Form von Duschen und Umkleidekabinen

Jährliche Maßnahmen

- Erhebung und Analyse der Mobilitätsdaten (Mitarbeiter:innen-Befragung)
- Aktion: Fahrrad-Check für Mitarbeiter:innen
- Aktion: Klimafit in die AK – für alle Mitarbeiter:innen, um den Weg in und von der Arbeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln, dem Fahrrad oder zu Fuß mit Teamgeist zurückzulegen

Was wollen wir als AK Wien

- Einen messbaren Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten.
- Grundlagen finden, wie wir CO₂-Reduktionsprojekte umsetzen können.
- Konkrete Reduktionsziele definieren, Maßnahmen zur Erreichung entwickeln und umsetzen.
- Die AK Mitarbeiter:innen gut informieren, involvieren und sensibilisieren.

Überdachte
↓ PV-E-Bike-Ladestation





#deineStimme gegen die Teuerung

Die AK vertritt deine Rechte.

Begutachtungen von Gesetzen und Verordnungen

- 92 Übersicht
- 93 Wirtschaft
- 96 Soziales
- 98 Arbeitsrecht, Rechtsschutz
- 98 Bildung, Konsument:innen, Wien

326

Begutachtungen zu Gesetzen und Verordnungen gesamt 2023

30

Begutachtungen auf Landesebene

23
Verordnungen und Sonstiges

7
Landesgesetze

147
Verordnungen

296

Begutachtungen auf Bundesebene

63
Bundesgesetze

45
EU und Internationales

41
Sonstiges

Wirtschaft

EU und Internationales

- EU-Konsultation: Neue Agenda für die Beziehungen der EU zu Lateinamerika und der Karibik
- Vorschläge für REPowerEU-Kapitel
- Stärkung des sozialen Dialogs auf EU- und nationaler Ebene
- Critical Raw Materials Act der Europäischen Kommission
- Rs C-116/23; österr. Vorabentscheidungsersuchen; VO 883/2004; Pflegekarenzgeld
- Richtlinie zur Bekämpfung der Korruption
- Halbzeitüberprüfung und Aufstockung des EU-Finanzrahmens 2021 bis 2027

Steuerrecht

- Business in Europe: Framework for Income Taxation – BEFIT Öffentliches Konsultationspapier
- Ausschussbegutachtung (294/AUA) – Steuersenkungen für Benzin und Diesel
- Einkommensteuerrichtlinien-Wartungserlass 2023
- Fossile Energieträger-Anlagen-Verordnung sowie Öko-IFBVerordnung
- Videogestützte Online-Identifikation von Personen im Bereich der Bundesfinanzverwaltung und Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur dreizehnten Änderung der FinanzOnline-Verordnung 2006
- Protokollentwurf zur Abänderung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Deutschland
- Richtlinien zur Normverbrauchsabgabe, motorbezogenen Versicherungssteuer und Kraftfahrzeugsteuer – 1. Wartungserlass
- Protokollentwurf zur Abänderung des Doppelbesteuerungsabkommens mit Bahrain
- Abgabenänderungsgesetzes 2023, CESOP-Umsetzungsgesetzes 2023 und Verordnungen
- Bundesgesetzes, mit dem das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz geändert wird
- Start-Up-Förderungsgesetz
- FMA-Mindeststandards für Pensionskassen für die Vornahme einer Due Diligence
- Formulare Steuererklärungen 2023 – Körperschaftsteuer

- Formulare Steuererklärungen 2023 – Einkommensteuer, Arbeitnehmerveranlagung
- Verordnung des Bundesministers für Finanzen über Nicht-Klimaschädliche Infrastrukturprojekte für Zwecke der Zinsschranke (Nicht-Klimaschädliche Infrastrukturprojekte-VO)
- UStR-Wartungserlass 2023
- Änderung der Sachbezugswerteverordnung (Arbeitgeberdarlehen | Ladekosten)
- Versicherungssteuergesetz-Informationspflichtenverordnung 2023 – VersSt-IPV 2023

Klima, Umwelt und Verkehr

- Schifffahrtsrechtsnovelle-Verordnung 2022
- EU-Abwasserrichtlinie
- Budapester Übereinkommen über den Vertrag über die Güterbeförderung in der Binnenschifffahrt (CMNI)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Austro Control-Gebührenverordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft über die Begrenzung von Abwasseremissionen [...] der Trocknung pflanzlicher Produkte für die Futtermittelherstellung (AEV pflanzliche Nahrungs- und Futtermittel)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der für bestimmte Straßen ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge verfügt wird (Fahrverbotskalender 2023)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Altlastenatlas-VO geändert wird (2. Altlastenatlas-VO-Novelle 2022)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über Sachkundenschulungen zu antikoagulant Rodentiziden
- CO₂-Emmissionsstandards für Busse und Lkw
- Bundesgesetz, mit dem das Abfallwirtschaftsgesetz 2002 geändert wird (AWG-Novelle Digitalisierung)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die

- Verpackungsverordnung 2014 geändert wird (Verpackungsverordnung-Novelle 2023)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über das Pfand für Einweggetränkeverpackungen aus Kunststoff oder Metall (Pfandverordnung für Einweggetränkeverpackungen)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Eisenbahnkreuzungsverordnung 2012 – EisbKrV geändert wird
- EU-Richtlinie | Führerschein
- EU-Richtlinie | Erleichterung des grenzüberschreitenden Austauschs von Informationen über die Straßenverkehrssicherheit gefährdende Verkehrsdelikte
- EU-Richtlinie | Die unionsweite Wirkung bestimmter Fahrerlaubnizensätze
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie betreffend die Berechnung des Anteils von Energie aus erneuerbaren Quellen 2023
- Bundesgesetz, mit dem das Kraftfahrlineingesetz geändert wird
- Verordnung des europäischen Parlaments und des Rates zur Änderung der VO (EG) Nr. 561/2006 hinsichtlich der Mindestanforderungen an Mindestfahrunterbrechungen sowie die täglichen und wöchentlichen Mindestruhezeiten im Sektor des Personengelegenhitsverkehrs
- EU-Konsultation | EU-weites multimodales Reisen – neue Spezifikationen für Reiseinformationsdienste
- Bundesgesetz, mit dem das Verkehrsofferentschädigungsgesetz, [...] und die StVO 1960 geändert werden
- Strategisches Planungsdokument 2024-2030 des Klima- und Energiefonds
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die Trinkwasserverordnung geändert wird
- EU-Fragebogen | Passenger Rights in Bus and Coach Transport
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Bundes-Umgebungs-lärmschutzverordnung geändert wird

- EK | Anpassung der EU-Richtlinie 96/53/EG zur Änderung der Maße und Gewichte im Straßenverkehr
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie, mit der die Zulassungsstellenverordnung geändert wird (14. Novelle zur ZustV)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über das Abfallende von feuerfesten Abfällen
- Integrierter nationaler Energie- und Klimaplan für Österreich – öffentlichen Konsultation
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßen-Mautgesetz 2002 und das ASFINAG-Gesetz geändert werden
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über Ausnahmen vom Wochenend- und Feiertagsfahrverbot
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die [...] AEV Getränke erlassen wird und die Emissionsregisterverordnung 2017 und die Methodenverordnung Wasser geändert werden
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die AEV Petrochemie, die AEV Kunstharze, die AEV Wasch- u. Reinigungsmittel, die AEV Anorganische Chemikalien und die AEV Anorganische Düngemittel geändert werden
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie über die Festsetzung der Mauttarife (Mauttarifverordnung 2023)
- Richtlinie 92/106/EWG des Rates über die Festlegung gemeinsamer Regeln für bestimmte Beförderungen im kombinierten Güterverkehr zwischen Mitgliedstaaten
- Vorschlag für eine EU-Verordnung über Anforderungen an die kreislauforientierte Konstruktion von Fahrzeugen und über die Entsorgung von Altfahrzeugen
- Verordnung [...], mit der für die A 12 Inntalautobahn und die A 13 Brennerautobahn an bestimmten Samstagen im Winter 2024 ein Fahrverbot für Lastkraftfahrzeuge verfügt wird (Winterfahrverbotskalender 2024)
- Wasserversorgungsgesetz – WVG

Wirtschaftspolitik

- Bundesgesetz mit dem das Wirtschaftstreuhandberufsgesetz 2017 geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundes-Energieeffizienzgesetz 2023 erlassen wird und das Energie-Control-Gesetz geändert wird (Energieeffizienz-Reformgesetz 2023 – EEff-RefG 2023)
- Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über den rechtlichen Schutz von Designs (Neufassung)
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die Elektrotechnikzugangs-Verordnung geändert wird
- Verordnung der Regulierungskommission der E-Control, mit der die Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 geändert wird (SNE-V 2018 – 2. Novelle 2023)
- Late Payments – Revision of EU rules
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur Gewährung von Investitionszuschüssen für die Neuerrichtung, Revitalisierung & Erweiterung von Anlagen zur Erzeugung & Speicherung von Strom aus erneuerbaren Quellen
- Electricity market – reform of the EU’s electricity market design
- Verordnung der Bundesinnung der Lebensmittelgewerbe über die Meisterprüfung für das Handwerk der Bäcker (Bäcker-Meisterprüfungsordnung)
- Bundesgesetz, mit dem zur Umsetzung der Gesellschaftsrechtlichen Mobilitäts-Richtlinie 2019/2121 ein Bundesgesetz über grenzüberschreitende Umgründungen von Kapitalgesellschaften in der Europäischen Union (EU-Um Gründungsgesetz – EU-UmgrG) erlassen wird
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über Tatbestände des Tiertransportgesetzes, für die durch Organstrafverfügung eine Geldstrafe eingehoben werden darf
- Green Deal Industrial Plan
- Verordnung der Wirtschaftskammer Österreich, mit der die Waffengewerbe-Befähigungsprüfungsordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft betreffend die Statistik über die

- Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe im Jahr 2023 (Agrarstrukturstatistik-Verordnung 2023)
- Verordnung der Bundesinnung Mode und Bekleidungstechnik, mit der die Meisterprüfungsordnung für das Handwerk der Textilreiniger, Wäscher und Färber geändert wird
- Verordnung der Bundesinnung der chemischen Gewerbe und der Denkmal-, Fassaden- und Gebäudereiniger, mit der die Meisterprüfungsordnung für das Handwerk der Schädlingsbekämpfung geändert wird
- Verordnung der Bundesinnung der Lebensmittelgewerbe über die Meisterprüfung für das Handwerk Getreidemüller (Getreidemüller-Meisterprüfungsverordnung)
- Verordnung der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie zur Gewährung von Investitionszuschüssen für die Errichtung oder Umrüstung von Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarem Gas für das Jahr 2023 (EAG-Investitionszuschüsseverordnung-Gas)
- Bundesgesetz über die Einführung einer Versorgerverpflichtung für Gas aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbares-Gas-Gesetz – EGG)
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, der Bundesministerin für Klimaschutz, Umwelt, Energie, Mobilität, Innovation und Technologie und des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz, mit der die VO über brennbare Flüssigkeiten 2023 geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die Verordnung der Bundesministerin für Digitalisierung und Wirtschaftsstandort über ein Gütesiegel für reglementierte Gewerbe, die keine Handwerke sind, geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz 2009 geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die DAC-Verordnung „Leithaberg“, die DAC-Verordnung „Rosalia“, die DAC-Verordnung „Traisental“, die DAC-Verordnung „Wiener Gemischter Satz“, die DAC-Verordnung „Wachau“, die DAC-Verordnung „Kremstal“, die Sektbezeichnungsverordnung, die Verordnung zur Durchführung von Marktordnungsmaßnahmen im Weinbereich, die Rebsortenverordnung, die

- Verordnung über das Genehmigungssystem für Rebplantzungen und die Weinbezeichnungsverordnung geändert werden sowie die DAC-Verordnungen „Eisenberg“ und „Thermenregion“ neu erlassen werden
- Verordnung des Vorstands der E-Control über die Nachweise sowie die Überprüfung des Gasversorgungsstandards für geschützte Kunden in Österreich (Versorgungsstandard-VO 2023)
- Verordnungsentwurf zur Schaffung eines Rahmens für Maßnahmen zur Stärkung des europäischen Ökosystems für die Herstellung von Produkten mit Netto-Null-Technologien (Net Zero Industry Act – NZIA)
- Europäische Wasserstoffbank
- Verordnung der Bundesinnung der Hafner, Platten- und Fliesenleger und Keramiker, mit der die Meisterprüfung für das Handwerk Platten- und Fliesenleger (Platten- und Fliesenleger-Meisterprüfungsordnung) geändert wird
- Verordnung der EU-Kommission über die Anwendung des Artikel 107 und 108 AEUV auf De-minimis-Beihilfen
- Bundesgesetz, mit dem das ORF-Gesetz, die Fernmeldegebührenordnung, das Fernsprechentgeltzuschussgesetz, das Finanzausgleichsgesetz 2017, das KommAustria-Gesetz, das Kommunikationsplattformen-Gesetz und das Fernseh-Exklusivrechtegesetz geändert werden, ein ORF-Beitrags-Gesetz 2024 erlassen wird sowie das Rundfunkgebührengesetz und das Fernmeldegebührengesetz aufgehoben werden
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Durchführung virtueller Gesellschafterversammlungen erlassen wird
- Verordnung der Bundesinnung der Metalltechniker, mit der die Meisterprüfungsordnung für das Handwerk Metalltechniker für Schmiede und Fahrzeugbau geändert wird
- Öffentliche Konsultation zu einer Verordnung zur Festlegung des Auswahlverfahrens bei der Zuteilung von Frequenznutzungsrechten durch die Regulierungsbehörde – Auswahl-V 2023
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über die Flexible Kapitalgesellschaft oder Flexible Company (Flexible

- Kapitalgesellschafts-Gesetz – FlexKapGG) erlassen wird und mit dem das GmbH-Gesetz [...] geändert werden
- Individuelle-Verbrauchserfassungs-Verordnung (EEff-IVEV)
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft zur Änderung der Verordnung Schulprogramm für landwirtschaftliche Erzeugnisse
- Verordnung des Vorstands der E-Control über die Festlegung des Formats, der Struktur und der Gliederung des standardisierten Berichtswesens für Energieaudits und Managementsysteme bei verpflichteten Unternehmen
- Verordnung des Vorstands der E-Control über die Voraussetzung an die fachliche Qualifizierung der Energiedienstleisterinnen und Energiedienstleister nach dem EEffG
- Verordnung des Bundesministers für Finanzen zur Festlegung der Nutzungsentgelte für die Nutzung des Registers der wirtschaftlichen Eigentümer (WiReG-NutzungsentgelteV)
- Verordnung der Bundesinnung der Metalltechniker, mit der die Meisterprüfungsordnung für das Handwerk Metalldesign geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Tierarzneimittelgesetz (TAMG) erlassen und das Arzneimittelgesetz, das Gesundheits- und Ernährungssicherheitsgesetz (GESG), das Lebensmittelsicherheits- und Verbraucherschutzgesetz (LMSVG) [...] geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Forstgesetz 1975 geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der Pauschaltarife für die Waldbrandbekämpfungskosten festgelegt werden (Waldbrand-Pauschaltarifverordnung – WaPV)
- Verordnung mit der die GAP-Strategieplan-Anwendungsverordnung und die Übertragungsverordnung Land- und Forstwirtschaft geändert werden
- Verordnung des Fachverbands Finanzdienstleister, mit der die Befähigungsprüfung für das reglementierte Gewerbe Wertpapiervermittler (Wertpapiervermittlerprüfungsordnung) geändert wird

- Verordnung des Fachverbands Finanzdienstleister, mit der die Befähigungsprüfung für das reglementierte Gewerbe Gewerbliche Vermögensberatung (Vermögensberatungsprüfungsordnung) geändert wird
- Gas-Marktmodell-Verordnung 2020
- Gas-Monitoring-Verordnung 2017
- Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Elektrizitäts-Energielenkungsdaten-Verordnung 2017 geändert wird (E-EnLD-VO – Novelle 2023)
- Verordnung des Vorstands der E-Control mit der die RfG Anforderungs-V geändert wird (RfG-Anforderungs-V – 1. Novelle 2023)
- Erdgas-Energielenkungsdaten-Verordnung 2017
- Verordnung, mit der die Aquakultur-Statistikverordnung 2012 geändert wird
- Entwurf des Land- und forstwirtschaftlichen Berufsausbildungsgesetzes 2023 – LFBAG 2023
- Verordnung des Vorstands der E-Control, mit der die Verordnung des Vorstands der E-Control über die Qualität der Netzdienstleistungen (NetzdienstleistungsVO Strom 2012, END-VO 2012) geändert wird
- Elektrizitäts-Monitoring-Verordnung 2022-Novelle 2023 (EMo-V 2022-Novelle 2023)
- Verordnung zur Konkretisierung der Bewertung und Anrechenbarkeit von Energieeffizienzmaßnahmen (Energieeffizienz-Maßnahmenverordnung – EEff-MV)
- Konsultation Netzentwicklungspläne 2023
- Sonstige Marktregeln Strom Informationsübermittlung und Clearing Version 4.1
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die Allgemeine Prüfungsordnung, die Lebens- und Sozialberatungs-Verordnung, die Unternehmerprüfungsordnung und die Wertpapiervermittlungsverordnung geändert werden
- Strom-Systemnutzungsentgelte-Verordnung 2018 – Novelle 2024 (SNE-V 2018 – Novelle 2024)
- Mitteilung der EU Kommission – KMU-Entlastungspaket COM(2023)535 final
- Gewerbeausübung in Gastgärten im Jahr 2023
- Verordnung des Magistrats der Stadt Wien, mit der die Marktordnung 2018 geändert wird
- Gesetz, mit dem das Wiener Tierhaltegesetz geändert wird

→ Gesetz, mit dem das Wiener Feuerpolizei-gesetz 2015 (WFPoLG 2015) und das Wiener Gasgesetz 2006 geändert werden

Wirtschaftswissenschaft

- Verordnung der Finanzmarktaufsichts-behörde (FMA), mit der die Wertpapierfirmen-Stammdatenmeldeverordnung erlassen und die FMA-Incoming-Plattformverordnung geändert werden
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbe-hörde (FMA) über aufsichtliche Regelungen für kleine und nicht verflochtene Wert-papierfirmen (Wertpapierfirmenverordnung – WPFV)
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft und des Bundesministers für Finanzen, mit der die Verordnung über die Erstellung von Indizes der Preisentwicklung von Importen geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichts-behörde (FMA), mit der die FMA-Gebühren-verordnung geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Finanzen über die Abfrage von sensiblen Daten 2023 nach dem Transparenzdaten-bankgesetz 2012
- Verordnung der Finanzmarktaufsicht, mit der die FMA-Kostenverordnung 2016 geändert wird
- Finanzmarktaufsicht-Mindeststandards für Sonderkreditinstitute und AIFM für die Vornahme einer Due Diligence
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die Verordnung über die Konjunkturstatistik im Dienstleistungs-bereich geändert wird
- Bundesgesetz mit dem das Transparenz-datenbankgesetz 2012 geändert wird (Zweite TDBG-Novelle 2023)
- Verordnung der FMA über Parameter, die im Rahmen der Kriterien gemäß § 126 Abs. 5 BaSAG bei der Bemessung der Beiträge zum nationalen Abwicklungsfinanzierungsmecha-nismus zu berücksichtigen sind
- Verordnung der Finanzmarktaufsichts-behörde (FMA), mit der die Kapitalpuffer-Verordnung 2021 geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft und des Bundesministeriums für Finanzen, mit der die Verordnung über die

- Erstellung von Häuser- und Wohnungspreis-indizes geändert wird
- Zweite Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen über die Abfrage von sensiblen Daten 2023 nach dem Transparenzdaten-bankgesetz 2012 (Zweite Transparenzdaten-bank-AbfrageVO 2023)
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der die Verordnung über die Erstellung von Verbraucherpreisindizes geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über das Wirksamwerden der Verordnung (EU) 2022/858 über eine Pilotregelung für auf Distributed-Ledger-Technologie basierende Marktinfrastrukturen und zur Änderung der Verordnungen (EU) Nr. 600/2014 und (EU) Nr. 909/2014 sowie der Richtlinie 2014/65/EU (DLT-Verordnung-Vollzugsgesetz – DLT-VVG) erlassen wird sowie das Finanzmarktauf-sichtsbehördengesetz und das Wertpapier-aufsichtsgesetz 2018 geändert werden
- Verordnung der Finanzmarktaufsichts-behörde (FMA), mit dem ein Bundesgesetz über Wagniskapitalfonds erlassen (Wagnis-kapitalfondsgesetz – WKFG) und das Finanzmarktaufsichtsbehördengesetz, das Investmentfondsgesetz 2011 und das Ein-kommensteuergesetz 1988 geändert werden
- Verordnung der Finanzmarktaufsichts-behörde (FMA), mit der die CRR-Begleit-verordnung 2021 geändert wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichts-behörde (FMA), mit der die Versicherungs-unternehmen-Höchstzinssatzverordnung geändert wird

Soziales

Sozialpolitik

- Internationale Arbeitsorganisation (IAO); 112. IAK (2024); Bericht VII (1); Aufhebung von vier internationalen Arbeitsübereinkommen
- Sammelverordnung zum Landarbeitsgesetz 2021 (LAG)
- Internationale Arbeitskonferenz (IAK); 111. Tagung (2023): Bericht VIII: Entwurf für teilweise Neufassung von 15 IAO-Instrumen-ten infolge der Aufnahme eines sicheren und gesunden Arbeitsumfeldes als fünftes Kernarbeitsprinzip bei der Arbeit

- Internationale Arbeitskonferenz (IAK) 112. Tagung (2024): Bericht IV (1): Biologische Gefahren im Arbeitsumfeld
- Bundesgesetz, mit dem das Arbeitsver-fassungsgesetz und das Arbeits- und Sozial-gerichts-gesetz geändert werden
- Bundesgesetz zur Errichtung der Stiftung Forum Verfassung (3077/A)
- Internationale Arbeitsorganisation (IAO); Be-richte über ratifizierte Übereinkommen 2023
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz zur Förderung von freiwilligem Engagement (Freiwilligengesetz – FreiwG) geändert wird
- Entwurf einer „Social Economy Deklaration“
- Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Verbotsgesetz 1947, das Vertrags-bedienstetengesetz 1984 und das Einföhrungsgesetz zu den Verwaltungsver-fahrensgesetzen 2008 geändert werden (Verbotsgesetz-Novelle 2023)
- Europarat; rev Europäische Sozialcharta; Ad hoc Bericht zur Krise der Lebenshaltungs-kosten (cost of living crisis)
- Internationale Arbeitsorganisation (IAO); Berichte über nicht ratifizierte Übereinkom-men und Empfehlungen 2023/2024; Frage-bogen zu Leistungen der Unfallversicherung
- Internationale Arbeitsorganisation (IAO); Übereinkommen Nr 87 (Vereinigungsfreiheit) und Frage des Streikrechts
- Internationale Arbeitsorganisation (IAO); Sondermaßnahmen zu Belarus wegen Ver-letzung der Vereinigungsfreiheit (Verfahren nach Art 33 der IAO-Verfassung)
- Bewertung der Leistungen der Europäischen Arbeitsbehörde (ELA) gemäß Artikel 40 der Verordnung zur Errichtung der ELA; Feedback der Bundesarbeitskammer Österreich (Chamber of Labour Austria)

Frauen und Familie

- Öffentliche Konsultation der RTR zum Entwurf einer Novelle der Kommunikationsparameter-, Entgelt- und Mehrwertdiensteverordnung 2009 (KEM-V 2009)
- Bundesgesetz, mit dem das Mutterschutz-gesetz 1979, das Väterkarenzgesetz, das Urlaubsgesetz, das Angestelltengesetz, das Allgemeine bürgerliche Gesetzbuch, das Arbeitsvertragsrechts-Anpassungs-gesetz, das Gleichbehandlungsgesetz,

das Landarbeitsgesetz 2021, das Kinder-betreuungsgeldgesetz sowie das Familien-zeitbonusgesetz geändert werden

Arbeitsmarkt und Integration

- Änderung der Arbeitsmarktsprengelver-ordnung; Anpassungen im Bereich des AMS Burgenland und des AMS Wien
- Bundesgesetz, mit dem das Arbeitslosenver-sicherungsgesetz 1977, das Arbeitsmarktser-vicegesetz und das Ausbildungspflichtgesetz geändert werden
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft, mit der für das Jahr 2024 Mangelberufe für die Beschäftigung von ausländischen Fachkräften festgelegt werden (Fachkräfteverordnung 2024)
- Verordnung des Bundesministers für Arbeit und Wirtschaft für die befristete Beschäfti-gung von Ausländerinnen und Ausländern im Tourismus und in der Land- und Forstwirt-schaft im Jahr 2024 (Saisonkontingentver-ordnung 2024)
- Vorläufige Durchführungsweisung zu den Bestimmungen des ALVG 1977 aufgrund des Bundesgesetzes, mit dem das Arbeitslosen-versicherungsgesetz 1077 geändert wurde (BGBl. I Nr. 118/2023 vom 12. Oktober 2023), die ab 1. Jänner 2024 in Kraft treten

Sicherheit, Gesundheit und Arbeit

- Änderung der Karzinogene-Richtlinie und Chemische Arbeitsstoffe-Richtlinie der Grenzwerte für Blei und Diisocyanate
- Änderung der Verordnung Arbeitsinspektorate
- Änderung der Sprengarbeitenverordnung (SprenV) und der Luftfahrt-Arbeitnehmer-Innenschutzverordnung (LuftAV)

Sozialversicherung

- 3. Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH über die Verbindlicherklärung von Teilen des Regionalen Strukturplanes Gesundheit Salzburg 2025
- Verordnung der Österreichischen Ärztekammer mit der die Verordnung der Österreichischen Ärztekammer über Spezialisierungen ge-ändert wird (6. Novelle der SpezV).

- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH zur Verbindlichmachung von Teilen des Österreichischen Strukturplans Gesundheit 2023 (ÖSG VO 2023)
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumen-tenschutz, mit der die Suchtgiftverordnung geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Apothekengesetz und das Arzneimittelgesetz geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Arzneimittel-gesetz und das Arzneiwareneinfuhrgesetz 2010 geändert werden
- Verordnung der Österreichischen Ärztekammer mit der die Verordnung der Österreichischen Ärztekammer über die Einhebung einer Bearbeitungsgebühr für Angelegenheiten im übertragenen Wirkungsbereich (4. Novelle zur Bearbeitungsgebührenverordnung 2014 – übertragener Wirkungsbereich) geändert wird.
- Verordnung des Bundesministers für Sozia-les, Gesundheit, Pflege und Konsumenten-schutz über die Einhebung von Gebühren für Verfahren in Angelegenheiten der ärztlichen Aus- und Weiterbildung sowie Visitationen (Bearbeitungs-Gebührenverordnung 2023 – BGebVO 2023)
- Bundesgesetz, mit dem das Apotheken-gesetz, das Apothekerkammergesetz 2001 und das Gehaltskassengesetz 2002 geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Ärztegesetz 1998 geändert wird (Ärztegesetz-Novelle 2023)
- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über Zweckzuschüsse an Länder und Gemeinden für die Durchführung der Corona-Schutzimpfung (COVID-19-Impf-finanzierungsgesetz) und ein Bundesgesetz, mit dem Übergangsbestimmungen für das COVID-19-Maßnahmengesetz getroffen werden, erlassen und das Epidemiegesetz 1950, das Allgemeine Sozialversicherungs-gesetz, das Gewerbliche Sozialversiche-rungsgesetz, das Bauern-Sozialversiche-rungsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz, das Apotheken-gesetz, das Arzneimittelgesetz, das Ärzte-gesetz 1998, das Psychotherapiegesetz und das Sanitätergesetz geändert werden (COVID-19-Überführungsgesetz)
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz,

- mit dem nähere Regelungen zu einem Elek-tronischen Eltern-Kind-Pass getroffen wer-den (eEltern-Kind-Pass-Gesetz – EKPg) er-lassen und das Gesundheitstelematikgesetz 2012, das Allgemeine Sozialversicherungsge-setz, das Kinderbetreuungsgeldgesetz sowie das Familienlastenausgleichsgesetz 1967 geändert werden (Eltern-Kind-Pass-Gesetz)
- Entwurfes zur ÖSG-Revision 2023 zur Information und Stellungnahme gem. § 20 (4) G-ZG
- Verordnung des Bundesministers für Sozia-les, Gesundheit, Pflege und Konsumenten-schutz, mit der die Fernabsatz-Verordnung geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Gesundheits-telematikgesetz 2012, das Epidemiegesetz 1950, das Allgemeines Sozialversicherungs-gesetz und das Patientenverfügungs-Gesetz geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Gesundheits-Zielsteuerungsgesetz geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Kunstförde-rungsbeitragsgesetz 1981 aufgehoben wird und das Künstler-Sozialversicherungsfonds-gesetz geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Primärver-sorgungsgesetz und das Allgemeine Sozial-versicherungsgesetz geändert werden
- Richtlinien zur einheitlichen Vollzugspraxis der Versicherungsträger im Bereich der Auf-traggeber:innenhaftung 2024 – RVAGH 2024
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumen-tenschutz, mit der die Suchtgiftverordnung geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Suchtmittel-gesetz geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumen-tenschutz über eine Einbeziehung in die Zusatzversicherung in der Unfallversicherung
- Verordnung des Bundesministers für Sozia-les, Gesundheit, Pflege und Konsumenten-schutz über die fachlichen Voraussetzungen für eine Ermächtigung zur Durchführung der Untersuchungen gemäß § 8 Abs. 1 UbG und deren Entziehung
- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH über die Verbindlicherklärung von Teilen des Regionalen Strukturplans Gesundheit – Kärnten 2025 (RSG Kärnten V 2025)

- Verordnung der Gesundheitsplanungs GmbH zur Verbindlichmachung von Teilen des Regionalen Strukturplans Gesundheit Wien (RSG Wien – VO 2023
- Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien über die Betriebszeiten und den Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in Wien geändert wird Verordnung über die Betriebszeiten und den Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in Wien (Juni 2023)
- Verordnung des Magistrates der Stadt Wien, mit der die Verordnung des Magistrates der Stadt Wien über die Betriebszeiten und den Bereitschaftsdienst der öffentlichen Apotheken in Wien geändert wird (November 2023)

Gesundheit und Pflegepolitik

- Verordnung mit der die TT-Akkreditierungsverordnung (TT-AkkV) geändert wird
- Bürgerinitiative betreffend die Aufnahme der Sanitäter:innen/Notfallsanitäter:innen in das Nachtschwerarbeitsgesetz (NSchG) analog den Ausnahmebestimmungen für Feuerwehren
- Verordnung, mit der die Gesundheits- u. Krankenpflege-EWR-Qualifikationsnachweis-Verordnung 2008 geändert wird (GuK-EWRV-Novelle 2023)

Arbeitsrecht, Rechtsschutz

- Bundesgesetz, mit dem das Theaterarbeitsgesetz geändert wird
- Verordnung des Bundesministers für Inneres, mit der die Meldegesetz-Durchführungsverordnung und die Personenstandsgesetz-Durchführungsverordnung 2013 geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Meldegesetz 1991 und das Personenstandsgesetz 2013 geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch im Bereich der Korruptionsbekämpfung, das Verbandsverantwortlichkeitsgesetz, das Bundesgesetz über die Wahl des Nationalrates und das Bundesgesetz über die Wahl

- der Mitglieder des Europäischen Parlaments geändert werden (Korruptionsstrafrechtsänderungsgesetz 2023 – KorStrÄG 2023)
- Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Sicherstellung der staatlichen Resilienz und Koordination in Krisen (Bundes-Krisensicherheitsgesetz – B-KSG) erlassen wird sowie das Bundes-Verfassungsgesetz, das Wehrgesetz 2001 und das Meldegesetz 1991 geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Gesetz über das Bundesamt zur Korruptionsprävention und Korruptionsbekämpfung geändert wird
- Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch und das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb 1984 – UWG geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem das Strafgesetzbuch, die Strafprozeßordnung 1975, das Kommunikationsplattformen-Gesetz und das Audiovisuelle Mediendienste-Gesetz geändert werden
- Bundesgesetz, mit dem die Vergütung der Gerichtsvollzieher geändert wird (Gerichtsvollzieher-Vergütungs-Novelle 2023)
- Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Allgemeine Verwaltungsverfahrensgesetz 1991, das Verwaltungsstrafgesetz 1991 und das Verwaltungsgerichtsverfahrensgesetz geändert werden
- Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Zuständigkeit, das anwendbare Recht, die Anerkennung und Vollstreckung von Maßnahmen und die Zusammenarbeit in Fragen betreffend den Schutz Erwachsener
- Bundesgesetz, mit dem die Zivilprozessordnung, das Außestreitgesetz, das Unterbringungsgesetz, das Heimaufenthaltsgesetz, die Insolvenzverordnung, die Exekutionsordnung und das Gerichtsorganisationsgesetz geändert wird.

Bildung, Konsument:innen, Wien

Lehrausbildung und Bildungspolitik

- Schulorganisationsgesetz, Schulunterrichtsgesetz und Schulpflichtgesetz 1985
- Schulorganisationsgesetz,

- Pflichtschulerhaltungs-Grundsatzgesetz
- Sammelgesetznovelle Berufsausbildungsgesetz und Gesundheits- und Krankenpflegegesetz
- Hochschülerschaftsgesetz 2014
- Schulunterrichtsgesetz
- Bundesgesetz über die höhere berufliche Bildung
- Entwurf der Wahltageverordnung
- Entwurf der Sammelverordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft, mit der die Verordnung zur Durchführung des § 57 des Gehaltsgesetzes 1956 für land- und forstwirtschaftliche Berufs- und Fachschulen und die Verordnung über die Zuweisung der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen und Leitungsfunktionen zu den Dienstzulagenkategorien für Landesvertragslehrpersonen im Entlohnungsschema neu erlassen werden
- Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft zur Durchführung des Bildungsdokumentationsgesetz 2020 für Bildungseinrichtungen des Schul- und Erziehungswesens im Bereich der land- und forstwirtschaftlichen Berufs- und Fachschulen
- Fachhochschulentwicklungs- und Finanzierungsplan
- Verordnung über die Lehrpläne der humanberuflichen Schulen, die Prüfungsordnung BMHS sowie die Prüfungsordnung Kollegs und Sonderformen für Berufstätige an BMHS; Bekanntmachung der Lehrpläne für den Religionsunterricht
- Prüfungstermine für standardisierte Prüfungsgebiete
- Landeslehrer-Controllingverordnung
- Studienbeihilfen-Valorisierungs-Verordnung
- Verordnung über die Lehrpläne der Volksschule und Sonderschulen
- Lehrplan des Aufbaulehrgangs der Bildungsanstalt für Elementarpädagogik
- Leistungs- und Förderungsstipendien-Verordnung
- Externistenprüfungsverordnung
- Lehrpläne für den Religionsunterricht
- Bildungsdokumentationsverordnung 2021
- Ausbildungsordnungen Pflegeassistentenz und Pflegefachassistentenz
- Verordnung über den Lehrplan des Lehrgangs der Bildungsanstalt für Elementarpädagogik

- für Absolvent:innen und Absolventen der Bildungsanstalt für Sozialpädagogik
- Schülerbeihilfen-Valorisierungs-Verordnung 2023
- AdminAss-Controlling-Verordnung
- Verordnung über die Lehrpläne für Minderheiten-Volksschulen und für den Unterricht in Minderheitensprachen in Volksschulen in den Bundesländern Burgenland und Kärnten
- Verordnung über das Ausmaß der Lehrverpflichtung an Höheren land- und forstwirtschaftlichen Lehranstalten
- Lehrberufspaket 2/2023
- Prüfungsordnung
- Verordnung über den Ersatz von Prüfungsgebieten der Berufsreifeprüfung
- Privathochschul-Studienförderungs-Verordnung
- 23. Wiener Schulgesetznovelle

Konsument:innenpolitik

- Bundesgesetz, mit dem ein Bundesgesetz über das Wirksamwerden der Verordnung (EU) 2015/751 über Interbankenentgelte für kartengebundene Zahlungsvorgänge (Interbankenentgeltevollzugsgesetz – IEVG) und das Wettbewerbsgesetz und das Zahlungsdienstegesetz erlassen wird
- Entwurf einer Verordnung des Bundesministers für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz über Meldungen von Herstellern von Sonderanfertigungen, von Händlern sowie von Prüf-, Inspektions- und Zertifizierungsstellen (Medizinproduktmeldeverordnung 2023)
- Begutachtung Novelle KIM-V, VERA-V
- Neufassung der Mindeststandards zum Risikomanagement und zur Vergabe von Fremdwährungskrediten und Krediten mit Tilgungsträgern (FMA-FXTT-MS)
- Verordnung nach § 135 Abs. 9 TKG 2021 der RTR-GmbH, mit der Detaillierungsgrad, Inhalt und Form der Mitteilung von nicht ausschließlich begünstigenden Änderungen von Allgemeinen Geschäftsbedingungen und Entgeltbestimmungen nach § 135 Abs. 8 TKG 2021 festgelegt wird
- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Mindestinhalts-, Veröffentlichungs- und Sprachenverordnung 2019 geändert wird

- Verordnung der Finanzmarktaufsichtsbehörde (FMA), mit der die Bausparkassengesetzverordnung (BSpkV) geändert wird
- Kontroll- und Digitalisierungs-Durchführungsgesetz
- Kommunikationsparameter-, Entgelt- und Mehrwertdiensteverordnung 2009 (KEM-2009)
- Entwurf eines Bundesgesetzes, mit dem das Koordinator-für-digitale-Dienste-Gesetz erlassen und das KommAustria-Gesetz, das E-Commerce-Gesetz, das Allgemeine Bürgerliche Gesetzbuch, das Urheberrechtsgesetz, das Gerichtsgebührengesetz, das Mediengesetz, die Strafprozeßordnung 1975, das Staatsanwaltschaftsgesetz, das EU-JZG, das Auslieferungs- und Rechtshilfegesetz und das Telekommunikationsgesetz 2021 geändert werden (DSA-Begleitgesetz – DSA-BegG)
- EU-Konsultation Fitness Check Digital Fairness
- EU-Konsultation Dienste-Durchführungsverordnung
- EU-Konsultation Neue Produktprioritäten beim Ökodesign für nachhaltige Produkte
- EU-Konsultation Neuer RL-Vorschlag zu right to repair
- Digital Fairness Fitness Check-targeted consultation

Kommunalpolitik und Wohnen

- Bundesgesetz, mit dem das Grundbuchs-umstellungsgesetz, das Rechtspflegergesetz, das Außerstreitgesetz und das Gerichtsgebührengesetz geändert werden (Grundbuchs-Novelle 2023 – GB-Nov 2023)
- Bundesgesetz, mit dem das Denkmalschutzgesetz geändert wird
- Energieraumpläne für die Bezirke 12,14,15,17
- Novellierung der Verordnungen betreffend die Parkraumbewirtschaftung (GebietsVO)
- Entwurf eines Gesetzes, mit dem die Bauordnung für Wien, das Wiener Kleingartengesetz 1996 und das Wiener Garagengesetz 2008 geändert werden
- Verordnung des Magistrates betreffend das Verbot des Befahrens der Donauregulierungsanlagen; Legistisches Verfahren
- Wiener Leichen- und Bestattungsgesetz – WLBG

- Wiener Wohnbeihilfegesetz – WrWbG und Änderung des WWFSG 1989
- Novellierung von Verordnungen der Wiener Landesregierung sowie des Magistrats der Stadt Wien betreffend die Festsetzung der Kosten für die Entfernung und Aufbewahrung von Fahrzeugen in Bauschbeträgen
- Gesetz, mit dem die Wiener Stadtverfassung, das Wiener Bedienstetengesetz und das Wiener Parteienförderungsgesetz 2013 geändert werden und das Gesetz über die Organisation des Stadtrechnungshofes (Stadtrechnungshofgesetz), das Gesetz über die Förderung der staatsbürgerlichen Bildungsarbeit in Wien ab 2024 (Wiener Akademieförderungsgesetz 2024) und das Gesetz über die Beschränkung von Wahlwerbungskosten und zur Einrichtung eines Wiener Unabhängigen Parteienprüfensates (Wiener Parteiengesetz) erlassen werden
- Änderung des Wiener Wohnbauförderungs- und Wohnhaussanierungsgesetzes – WWFSG 1989
- Verordnung der Wiener Landesregierung über die Gewährung von Förderungen im Rahmen des II. Hauptstückes des WWFSG 1989 (Sanierungs- und Dekarbonisierungsverordnung 2024)
- Petition – Durchgängiger Radweg auf der Donaufelder Straße
- Petition – Durchgängiger Radweg auf der Prager Straße
- Petition – Erweiterung des Ersten Wiener Wohnstraßen-Grätzels im Nibelungenviertel, 1150 Wien
- Petition – Kosten für Parkpickerl an Richtwert-Mietzins koppeln
- Petition – Radschnellverbindung Süd begradigen – Radwege Herndl gasse jetzt!
- Petition – TEMPO 30 für die GANZE Favoritenstraße im 4. Bezirk
- Petition – Verkehrsberuhigung am Hannovermarkt
- Petition – Zugangserleichterung für die kulturelle Nutzung öffentlicher Orte – Free Spaces



GERECHTIGKEIT #FÜR DICH

Die Arbeiterkammer setzt sich seit mehr als 100 Jahren für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ein. Sie steht für soziale Gerechtigkeit in Österreich.

Damals. Heute. Für immer.



[WIEN.ARBEITERKAMMER.AT](https://www.wien.arbeiterkammer.at)



GERECHTIGKEIT MUSS SEIN